KRIMINOLOGISCHES FORSCHUNGSINSTITUT NIEDERSACHSEN E.V.

Forschungsbericht Nr. 156

Perspektiven von Studierenden

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“

Carl Philipp Schröder, Laura-Romina Goede und Lena Lehmann

2020

FORSCHUNGSBERICHT Nr. 156

Perspektiven von Studierenden

Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“

Carl Philipp Schröder, Laura-Romina Goede und Lena Lehmann

2020

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN: 978-3-948647-04-9
Druck: DruckTeam Druckgesellschaft mbH, Hannover.

© Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. 2020
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.de Internet: www.kfn.de

Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, fotomechanische Wiedergabe, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM etc. nur nach schriftlicher Zustimmung des Rechteinhabers.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung ... 2

1.1 Verbundprojekt: Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ) ... 3
1.2 Extremismusdefinition im RadigZ-Verbund ... 5

2 Methode und Stichprobenbeschreibung ... 7

2.1 Methodische Vorgehensweise ... 7
2.2 Stichprobe ... 10

3 Gemeinschaft ... 15

3.1 Studiensituation ... 15
3.2 Freizeit ... 16
3.3 Familie und Freundeskreis ... 18
3.4 Einbindung und Zugehörigkeit ... 19

4 Religion ... 23

4.1 Konfessionelle Zugehörigkeit und Wichtigkeit der Religion ... 23
4.2 Religiöse Aktivitäten ... 26
4.3 Fundamentalismus und Religionsfeindlichkeit ... 28
4.3.1 Christlicher Fundamentalismus ... 28
4.3.2 Islamischer Fundamentalismus ... 30
4.3.3 Religionsfeindlichkeit ... 31

5 Politik ... 33

5.1 Politisches Engagement ... 33
5.2 Internetaktivitäten ... 37
5.3 Interesse an Politik und politische Wirksamkeit ... 38
5.4 Politische Selbstverortung ... 40

6 Extremistische Einstellungen und Handlungen ... 43

6.1 Rechtsextremismus ... 45
6.1.1 Rechtsextreme Einstellungen ... 45
6.1.2 Rechtsmotivierte Handlungen ... 50
6.2 Linksextremismus ... 51
6.2.1 Linksextreme Einstellungen ... 51
6.2.2 Linksmotivierte Handlungen ... 54
6.3 Islamistischer Extremismus ... 55
6.3.1 Islamistische Einstellungen ... 55
6.3.2 Islamistisch motivierte Handlungen ... 58
6.4 Zwischenfazit ... 60

7 Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen ... 61

7.1 Soziodemografische Merkmale ... 61

7.2 Gemeinschaft ... 64
7.2.1 Studium ... 65
7.2.2 Freizeit ... 69
7.2.3 Familie und Freundeskreis ... 71
7.3 Religion ... 73
7.4 Politik ... 77
7.4.1 Engagement ... 78
7.4.2 Internet ... 79
7.4.3 Politische Selbstverortung ... 80
7.5 Ausgewählte Vulnerabilitätsfaktoren für extremistische Einstellungen ... 82
7.5.1 Selbstwirksamkeit ... 83
7.5.2 Deprivation ... 84
7.5.3 Ambiguitätsintoleranz ... 85
7.5.4 Anomie ... 86
7.5.5 Zukunftssicht ... 87
7.5.6 Geschlechterrollen ... 88
7.5.7 Einstellungen zu Gewalt und Recht ... 93

8 Zusammenfassung ... 98

9 Literaturverzeichnis ... 106

Danksagung

Die Studierendenstudie StuPe wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Verbundprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ gefördert. Für die Förderung des Projektes bedanken wir uns.

Unser Dank gilt auch der ehemaligen Projektleiterin Dr. Nadine Jukschat, die an der Konzeption der Befragung bis Oktober 2018 maßgeblich mitgewirkt und zum Gelingen beigetragen hat.

Zusätzlich danken wir allen am Pretest der Studie beteiligten Kolleg*innen und Studierenden für die kritische Auseinandersetzung mit unserem Fragebogen.

Besondere Erwähnung sollen auch die Hochschulen und jeweiligen Kontaktpersonen finden, da die Studie erst durch ihre Genehmigungen und ihr Engagement realisiert werden konnte.

Vor allem gilt unser Dank den Studierenden, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Bedanken möchten wir uns auch bei den Praktikant*innen Jenny Butt, Frederike Wistuba, Synka Wendebourg, Stella Lorenz, Anne Seiler, Jannik Bruns, Friederike Engelking und insbesondere unseren studentischen Hilfskräften Azime Bekil, Lena Deyerling und Amelie Lopez Trillo für die Unterstützung während der Projektzeit.

1 Einleitung

Radikalisierung und Extremismus sind Themenfelder, die in den letzten Jahren aufgrund terroristischer Anschläge und Bedrohungsszenarien immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und politischer sowie wissenschaftlicher Debatten gerückt sind. Im besonderen Interesse der Forschung steht dabei die Frage danach, welche Faktoren eine Radikalisierung beeinflussen und in welchem Maße sie dies tun. Dabei wird auch ein Augenmerk auf das Alter gelegt, da u. a. Benslama (2017), der sich dem Thema aus einer entwicklungspsychologischen Sicht widmet, feststellt, dass zwei Drittel der Radikalisierten zwischen 15 und 25 Jahre alt sind. Dabei sind neben dem Alter auch die Orte und die Kontexte, in denen eine Radikalisierung stattfindet, von Bedeutung. So konnte in den letzten Jahren identifiziert werden, dass extremistischen Gruppierungen demokratische und gewaltfreie Demonstrationen immer wieder für ihre Zwecke nutzen.[1]

Im Zuge dieser Debatten finden immer wieder Auseinandersetzungen darüber statt, ob und in welchem Maße junge Menschen politisch interessiert und engagiert sind, inwiefern ihr Engagement im Rahmen demokratischer Meinungsbildung legitim ist bzw. Einstellungen und Handlungen von Regelverstößen und illegitimen Mitteln geprägt sind. Insbesondere mit den Demonstrationen von „Fridays for Future“ aber auch rund um die Proteste gegen den Upload Filter wurde der Blick wieder verstärkt auf das politische Bewusstsein und Verhalten jüngerer Menschen gelegt.

Die 1968er Bewegung wird als Sinnbild einer politischen Generation angeführt. Wenn auch besonders nach 1968 ein Rückgang des politischen Interesses und Engagements zu verzeichnen war, zeigen Studien (Shell-Jugendstudien, Arbeitsgruppe Hochschulforschung Universität Konstanz), dass die Zahlen diesbezüglich wieder steigen und jungen Menschen eine vermehrte Auseinandersetzung mit Politik bescheinigen. Der Vergleich und die Bezugnahme auf frühere Generationen und deren politische Partizipation, insbesondere zu den 1968er Bewegungen, zeigt, an welchem Ideal sich spätere Studierendengenerationen gemessen haben und gemessen wurden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Studierende sich nur „anders“ politisch engagieren als früher oder ob ihr Engagement tatsächlich ein anderes Ausmaß hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass Studierende mit Politik eher Staat und Organisation assoziieren, d.h. dass die Teilnahme an Demonstrationen, Engagement in der Hochschulpolitik oder das Unterschreiben von Petitionen von den jungen Menschen nicht unmittelbar als politischer Akt angesehen wird (Albert, Hurrelmann, Quenzel & TNS Infratest, 2015; Ramm, Multrus, Bargel & Schmidt, 2014). Wird das politische Interesse und Engagement lediglich durch Aktivitäten und Mitgliedschaft in Parteien gemessen, müssten junge Menschen eher als wenig aktiv beschrieben werden, da sich immer weniger von ihnen in Parteien engagieren (Niedermayer, 2009). Gründe hierfür liegen u. a. darin, dass die Jüngeren den Parteien wenig Vertrauen entgegenbringen, vielmehr wird von ihnen wahrgenommen, dass sie lediglich einen geringen Einfluss haben. Mit veränderten Medienformaten verschaffen sich junge Menschen auf anderen Wegen einen Zugang zu und die Partizipation an politischen Inhalten. Vor allem soziale Netzwerke eröffnen neue Möglichkeiten, wie man es an dem Beispiel des YouTubers Rezo sehen konnte.

So stand im Rahmen des Forschungsverbundprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) neben der Befragung von Schüler*innen („Jugendliche Perspektiven auf Politik, Religion und

[1] Beispielsweise wurde in Bezug auf Demonstrationen, die sich gegen Covid-19 Maßnahmen richteten, vor einer Unterwanderung von extremistischen Gruppierungen gewarnt.

Gemeinschaft (JuPe)"; Goede, Schröder & Lehmann, 2020) auch eine Studierendenbefragung mit dem Titel „Studentische Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft" (StuPe) im Fokus.

Zahlreiche Publikationen widmen sich dem Themenfeld Studium, der Situation von Studierenden an Hochschulen und Universitäten sowie ihrer politischen Partizipation (Bargel, 2008; Bargel & Simeaner, 2011; Knopke, Krüger & Siri, 2017). So besteht u. a. seit Anfang der 1980er Jahre (Wintersemester 1982/83) die Langzeitstudie „Studiensituation und studentische Orientierungen" an Universitäten und Fachhochschulen. Neben Themen wie bspw. Fachwahl und Erwartungen, Studiendauer und Zeitaufwand sowie Studienqualität werden auch Aspekte wie gesellschaftliche Werthaltungen und Vorstellungen, demokratische Einstellungen und politische Beteiligungen abgefragt. Die Gründe für die Fokussierung auf Studierende sind vielfältig: Studierende nehmen eine besondere Position ein, da neben der wissenschaftlichen Qualifikation auch eine intellektuelle Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemlagen Inhalte des Studiums sein können oder sind (Bargel, 2008). Hochschulen sind zudem nicht nur Institutionen der Bildung, wissenschaftlichen Qualifikation und Innovation, sondern gelten auch als Orte der Persönlichkeitsentwicklung. Darüber hinaus führt die akademische Ausbildung dazu, dass im späteren Berufsleben Positionen besetzt werden, die eine gesellschaftliche Mitgestaltung ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist es Ziel der Studierendenbefragung StuPe, herauszufinden, was Studierende in der heutigen digitalen Zeit bewegt, und ihre Sichtweisen auf gesellschaftliche Probleme und Regelverstöße einzufangen. Ihre Erfahrungen und Orientierungen sowie ihr politisches und soziales Engagement sollen abgebildet und mit der persönlichen Lebenssituation in Verbindung gesetzt werden. In der Befragung werden verschiedene Aspekte des alltäglichen Lebens aufgegriffen und Themen wie die persönliche Lebens- und Studiensituation, Familie, Freundeskreis und Freizeitgestaltung angesprochen. Zudem werden Fragen zu politischen Ansichten, Partizipation, Weltanschauung und Religion gestellt. Mit der Studierendenbefragung verfolgt das KFN einen breiten Forschungsansatz und interessiert sich in diesem Zusammenhang für verschiedene Aspekte des alltäglichen Lebens Studierender in Deutschland. Dabei werden auch Einstellungen in den Blick genommen, die im Widerspruch zu allgemeinen Werten wie Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen und mitunter als radikal oder extremistisch angesehen werden können. Zudem wird auch die Bedeutung des Internets für Radikalisierungsprozesse thematisiert. Das liegt zum einen daran, dass sich im Zuge der retrospektiven Aufarbeitung der Biografien von einschlägigen Täter*innen immer wieder Verbindungen zu Gleichgesinnten gezeigt haben, die über das Internet oder andere digitale Medien vermittelt und gelebt wurden. Zum anderen zeigten die Untersuchungen von elektronischen Asservaten, dass Betroffene ausgesprochen häufig einschlägige Propaganda rezipiert hatten. Studien weisen darauf hin, dass das Internet nicht die Ursache für eine Radikalisierung ist, aber verstärkende und beschleunigende Wirkung haben kann und neue Möglichkeiten schafft (Hohnstein & Glaser, 2017).

1.1 Verbundprojekt: Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)

Vor dem Hintergrund dieser, in der Einleitung skizzierten, Ausgangsbedingungen konzipierte das KFN im Januar 2016 gemeinsam mit sieben weiteren Forschungseinrichtungen ein Forschungsprojekt, in dessen Rahmen die Vulnerabilität für eine Radikalisierung junger Menschen und damit verbunden, die Bedeutung des Internets untersucht werden soll.

Die vorliegenden Ergebnisse entstanden im Rahmen des vom BMBF geförderten Forschungsprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)". Bei

RadigZ handelt es sich um ein Verbundprojekt, an dem acht Institutionen beteiligt sind. Das Verbundprojekt wird durch das Programm „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017“ der Bundesregierung im Rahmen der Bekanntmachung „Zivile Sicherheit – Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung“ gefördert. Das Vorhaben startete im Februar 2017 und läuft bis August 2020.

Das Verbundprojekt behandelt in acht Teilvorhaben (TV) verschiedene Fragestellungen. In der untenstehenden Abbildung 1 ist der Arbeitsplan des gesamten Projektes schematisch dargestellt.

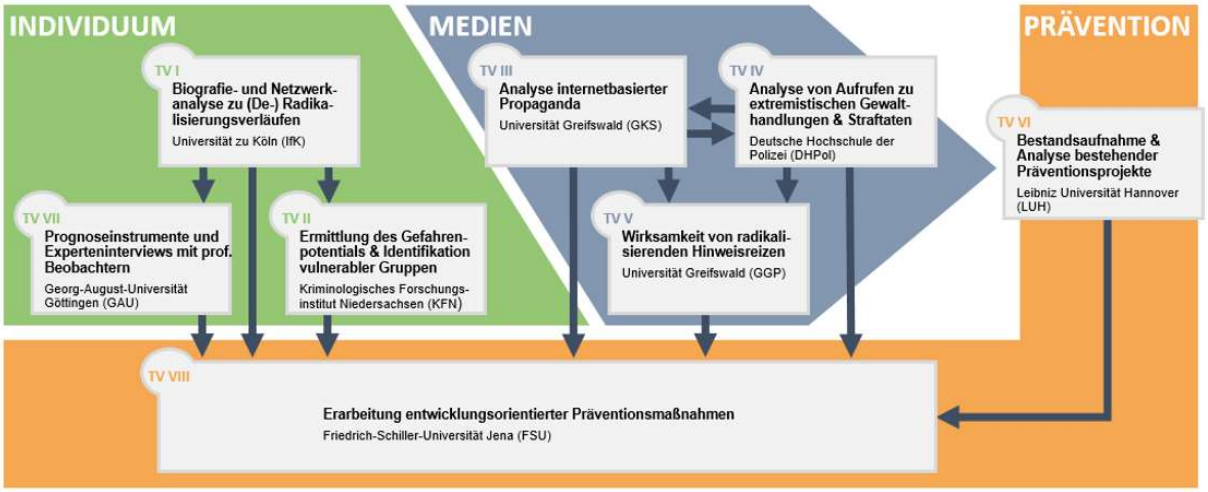

Abbildung 1: Aufbau des Projektes RadigZ

Im Rahmen des Teilvorhabens I (TV I) wird eine Biographie- und Netzwerkanalyse vorgenommen, bei der die Übergänge zwischen Online- und Offlinewelt sowie zwischen kognitivem und gewaltbereitem Extremismus beleuchtet werden. Hierfür werden qualitative Interviews mit Personen geführt, die auf unterschiedliche Weise von Prozessen der Radikalisierung betroffen waren oder sind. TV II widmet sich der Ermittlung des Gefahrenpotenzials extremistisch eingestellter Personen und der Identifikation vulnerabler Gruppen. Dieses Arbeitspaket wird durch das KFN bearbeitet und in dem vorliegenden Forschungsbericht näher ausgeführt. Die Untersuchung der Wirkungen von radikaler Kommunikation in Foren und sozialen Netzwerken steht im Zentrum von TV III, in dessen Rahmen eine qualitative und quantitative Analyse internetbasierter Propaganda vorgenommen wird. Methodisch wird dabei auf Inhalts-, Diskurs- und Netzwerkanalysen von entsprechenden Medien zurückgegriffen. In TV IV steht die Analyse von Aufrufen zu extremistischen Gewalthandlungen und Straftaten über das Internet bzw. über Social Media im Fokus. Auf der Basis einer Aktenanalyse werden die Inhalte von entsprechenden Aufrufen sowie die Delikte, die Adressat*innen, der Anlass und die Legitimation sowie mögliche Einbindungen handlungspraktischer Information untersucht. Im Rahmen von TV V wird die Wirksamkeit von potentiell radikalisierenden Botschaften näher beleuchtet (z.B. Internet-Propaganda im Vergleich zu persönlicher Kommunikation in sozialen Netzwerken). Hierzu werden unterschiedliche Hinweisreize (Texte, Bilder und persönliche Kommunikation) einer Gruppe von Proband*innen auf dem Computer systematisch dargeboten und zugleich die Aufmerksamkeitsfokussierung mittels Eye-Tracker aufgezeichnet. In TV VI wird eine systematische Bestandsaufnahme und Analyse bestehender Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft erstellt. Expert*inneninterviews mit professionellen Beobachter*innen (Mitarbeiter*innen der Landeskriminalämter sowie der Landesämter für Verfassungsschutz) bzw. mit Betreuer*innen von Betroffenen (Sozialarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen von Aussteigerprogrammen) werden im Zuge des Teilvorhabens VII durchgeführt.

Die Interviews sollen ebenfalls Erkenntnisse darüber liefern, welche Antriebe, Motive und sozialen Kontakte zu einer Radikalisierung führen und welche Bedeutung der Internetpropaganda beizumessen ist. Im Zuge des Teilvorhabens VIII werden auf Basis der Ergebnisse der anderen Arbeitspakete entwicklungsorientierte Maßnahmen zur Prävention von Radikalisierungsprozessen entwickelt. Die neuen Maßnahmen sollen vor allem Jugendliche adressieren.

Den Schwerpunkt des vom KFN durchgeführten Teilvorhabens II „Ermittlung des Gefahrenpotentials & Identifikation vulnerabler Gruppen“ bilden die Schüler*innenbefragung „Jugendliche Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (JuPe)“ und die Studierendenbefragung „Studentische Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (StuPe)“. Der hier vorliegende Bericht informiert über die Ergebnisse der Studierendenbefragung.

1.2 Extremismusdefinition im RadigZ-Verbund

Es lässt sich eine Vielzahl von Extremismusdefinitionen identifizieren, die in Wissenschaft und Praxis zur Anwendung kommen. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede darin, welche Aspekte in der Definition Bestand haben sollen (bspw. Gewaltbefürwortung, Handlungsebene etc.). Oftmals werden rechter, linker, islamistischer oder anderer Extremismus jeweils als einzelne Phänomene definiert, ohne eine allgemeine Definition von Extremismus zugrunde zu legen. Einige Studien verweisen auf die Definitionen der Sicherheitsbehörden, die jedoch für eine wissenschaftliche Perspektive nur bedingt zu gebrauchen sind. Sicherheitsbehörden und Wissenschaft betrachten das Phänomen Extremismus aus jeweils einem anderen Blickwinkel, denn Sicherheitsbehörden bezeichnen Personen als Extremist*innen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen. Die Aufgaben von Sicherheitsbehörden bestehen u. a. darin, das Ausmaß extremistischer Bestrebungen und die Anzahl von Extremist*innen zu bestimmen sowie Terroranschläge zu verhindern. Die Wissenschaft versucht u. a., vor dem Hintergrund von gesellschaftlichen Veränderungen relevante Risikofaktoren zu bestimmen. Es werden unterschiedliche Definitionen, Messinstrumente und cut-off Points gewählt, was eine Vergleichbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse erschwert (Goede, 2019; Lehmann & Jukschat, 2019).

Im Rahmen des RadigZ-Projektes wurden im Verbund zahlreiche Diskussionen und Abwägungen unternommen, welcher bisherigen Definition das Verbundprojekt folgen sollte, bzw. angeregt, eine eigene für den Verbund zu verwendende Arbeitsdefinition zu entwickeln. Dies begründet sich daraus, dass die bisherigen Definitionen in diesem Feld Einschränkungen unterliegen und Lücken aufweisen. So entwickelte Beelmann (2019) ein entwicklungsorientiertes Radikalisierungsmodell, bei dem er eine allgemeine Definition von Extremismus ausformuliert.

Nach Beelmann (2019) ist Extremismus zunächst gekennzeichnet durch die „[…] signifikante Abweichung in Einstellungen und Handlungen von bestimmten Rechtsnormen (Grundprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung [...]) und humanitären Wertesystemen (allgemeine Menschenrechte) […]“ (Beelmann, 2019, S. 187). Die Absicht extremistischer Personen oder Gruppen ist die „Durchsetzung davon abweichender Rechts- und Normsysteme [.] und diese mit mehr oder weniger geschlossenen totalitären politischen Ideologien, ethnischer oder nationaler Überlegenheit oder religiösem Fundamentalismus [zu] begründen und [zu] legitimieren“ (Beelmann, 2019, S. 188). Extremismus ist dabei unabhängig vom Status Quo der Gesellschaft oder der Politik. Die Werte und Ziele, die hinter den Einstellungen und Handlungen stehen, sind von entscheidender Bedeutung. Es werden dabei nicht die verwendeten Mittel zur Erreichung der Ziele, ob legitim oder illegitim, herangezogen. Auch ein Mittel wie Gewalt spielt nur dann zur Bestimmung von Extremismus eine

Rolle, wenn der Zweck die Durchsetzung von abweichenden Rechtsnormen oder humanitären Wertesystemen beinhaltet. Die Ziele müssen dabei nicht zwangsläufig deutlich artikuliert werden, sondern können auch „vorgetäuschte, nicht bewusste und latente Ziele“ (Beelmann, 2019, S. 188) sein.

2 Methode und Stichprobenbeschreibung

2.1 Methodische Vorgehensweise

Zur Realisierung einer bundesweiten Befragung von Studierenden wurde eine Online-Befragung gewählt. Online-Befragungen bieten im Vergleich zu schriftlichen, persönlichen oder telefonischen Befragungen eine Reihe von Vorteilen (Baur & Florian, 2009, S. 110). Neben der Vermeidung von Interviewer-Effekten, geringerer Probleme bezüglich sozial erwünschtem Antwortverhalten, Vorteilen bei der visuellen Umsetzung und der Filterführung in den Fragebögen war auch eine schnelle und ökonomisch sinnvolle Realisierung der Befragung unabdingbar. Der Fragebogen besteht überwiegend aus standardisierten, geschlossenen Fragen. Die Antwortskalen unterscheiden sich je nach Frage. Neben einer Einfachauswahl als Antwortmöglichkeit wurden auch Fragen mit Mehrfachauswahl eingesetzt. Dabei kamen auch Drop-Down-Listen und Schieberegler zum Einsatz, die vor allem in Online-Befragungen sinnvoll genutzt werden können (Kuckartz, Ebert, Rädiker & Stefer, 2009, 40ff.). Bei der Gestaltung der Fragebögen wurde auf die Nutzerfreundlichkeit geachtet und es wurden aktuelle Standards, etwa bei Seitenlänge, Farbschema und Schriftgröße eingehalten (Kuckartz et al., 2009, 45f.; Maurer & Jandura, 2009, 67ff.). Um einen möglichst hohen Rücklauf zu erreichen, wurde deshalb z. B. die Länge des Einleitungstextes minimiert, eine Fortschrittsanzeige integriert und eine möglichst weit verbreitete optische Darstellung gewählt. Des Weiteren sollte die geschätzte Ausfülldauer der Fragebögen 20 Minuten nicht überschreiten. Auch bei der Formulierung der Fragen, der Dramaturgie des Fragebogens und weiteren Aspekten der Fragen- und Fragebogengestaltung wurde sich an sozialwissenschaftlichen Standards orientiert (Porst, 2014).

Für die technische Umsetzung wurde zunächst zwischen dem KFN und der SoSci Survey GmbH ein Auftragsdatenverarbeitungsvertrag geschlossen. Außerdem wurde das Datenschutzkonzept extern durch den Datenschutzbeauftragten der Georg-August-Universität Göttingen geprüft und positiv bewertet. Um bei der Befragung höchsten Datenschutz gewährleisten zu können, wurde mit der SoSci Survey GmbH eine Plattform gewählt, die nicht nur allen datenschutzrechtlichen Ansprüchen (z. B. Server in Deutschland, keine Speicherung von Cookies oder IP-Adressen usw.) erfüllt, sondern auch bei der technischen Umsetzung des Fragebogens und der Erhebung einige Vorteile mit sich bringt.

Im Zuge eines Pretests wurde der Fragebogen in mehreren Stufen getestet. Zum einen wurde der Online-Fragebogen vor Beginn der Erhebung fachkundigen Kolleg*innen des KFN und kooperierender Institutionen vorgelegt. In einer zweiten Stufe wurden Studierende eines Seminars des Bachelor-Studiengangs Sozialwissenschaften der Leibniz Universität Hannover gebeten, den Fragebogen auszufüllen und anschließend zu diskutieren. Nach jeder Stufe des Pretests wurden Verbesserungen vorgenommen. Insbesondere die Bearbeitungsdauer des Fragebogens konnte so optimiert werden.

Die Bearbeitungszeit des Fragebogens war neben den individuellen Faktoren der Befragten auch abhängig von der Anzahl der angezeigten Filterfragen, die sich je nach vorangegangenen Angaben im Fragebogen unterscheiden konnte. Während der Befragung hatten die Studierenden jederzeit das Recht, auch nur einzelne Fragen zu beantworten. Darüber hinaus sollte bei der Befragung eine Incentivierung die Teilnahmebereitschaft der Studierenden erhöhen. Unter allen Teilnehmer*innen

wurden 100 Gutscheine à 10 € des Onlineversandhändlers Amazon verlost.[2] Die Einladungen zur Teilnahme an der Befragung zielten auf alle immatrikulierten Studierenden in Deutschland ab. Der Fragebogen wurde ausschließlich in deutscher Sprache zur Verfügung gestellt. Um Verzerrungen durch soziale Erwünschtheit gering zu halten, wurde im Einführungstext auf die Anonymität der Teilnahme hingewiesen. Weder der Name noch das Geburtsdatum oder der Wohnort der Studierenden wurden erfragt.

Für die Ziehung der Stichprobe wurde in einem ersten Schritt eine Liste aller Hochschulen in Deutschland erstellt. Von den 431 Hochschulen[3] wurde eine Zufallsstichprobe von einem Drittel, also 144 Hochschulen, gezogen. Darüber hinaus wurden Hochschulen hinzugezogen, mit denen eine Kooperation besteht. So kooperiert das KFN durch die Einbindung in das Projekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“ eng mit der Universität zu Köln, der Leibniz Universität Hannover, der Deutschen Hochschule der Polizei, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Universität Greifswald und der Georg-August-Universität Göttingen. Insgesamt wurden 150 Hochschulen kontaktiert.

Da die Stichprobenziehung jedoch nicht gänzlich auf einem systematischen Zufallsverfahren beruht, kann nicht von einer probabilistischen Stichprobe gesprochen werden (Kuckartz et al., 2009, 51f.; Maurer & Jandura, 2009, 62f.). Es lassen sich demnach keine Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit aller Studierenden in Deutschland ziehen.[4] Nachteile von Online-Stichproben, wie beispielsweise Undercoverage, also niedrigere Zugangschancen zum Internet einiger soziodemografischer Gruppen, spielen hier keine Rolle, da davon ausgegangen wird, dass alle Studierenden online potentiell erreichbar sind (Baur & Florian, 2009, S. 112). Auch Overcoverage stellt kein Problem dar. Die Mehrfachteilnahme einer Person an dem Fragebogen kann zwar nicht ausgeschlossen werden, durch Plausibilitätschecks im Zuge der Datenbereinigung wurde dieses potentielle Problem jedoch überprüft. Ein weiteres Overcoverage-Problem stellen nicht-intendierte Zielgruppen dar (Baur & Florian, 2009, 117f.). Die Befragung wurde auf eine spezifische Zielgruppe, nämlich alle Studierenden in Deutschland, ausgelegt. Abgesehen von der Beherrschung der deutschen Sprache sowie der technischen und physischen Möglichkeit an der Befragung teilzunehmen, sollten die Befragten in Deutschland studieren. Im Zuge der Datenbereinigung wurden Fälle ausgeschlossen, die mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit nicht studieren. Fehlten neben soziodemografischen Merkmalen auch sämtliche Angaben mit Bezug zum Studium, wie z. B. Studiengang, Semesterzahl, Hochschulart usw., so wurde dieser Fall aus der Stichprobe ausgeschlossen. Weitere Schritte der Datenbereinigung umfassten die Überprüfung des Anteils fehlender Werte. So wurden Fälle ausgeschlossen, die mehr als 25 % fehlende Werte aufwiesen[5] oder die Befragung nach weniger als einem Viertel der Gesamtzahl aller Seiten

[2] Auf der letzten Befragungsseite konnte ein entsprechendes Häkchen gesetzt werden, um die Teilnahme an der Verlosung zu bestätigen und im Anschluss zu einer separaten Seite geleitet zu werden, auf der die E-Mail-Adresse unabhängig von den Daten des Fragebogens angegeben und gespeichert werden konnte. Von allen Teilnehmer*innen nahmen 3.463 an der Verlosung teil. Den 100 per Zufallsverfahren ausgelosten Studierenden wurde am 7.6.2019 ein 10 €-Amazon-Gutscheincode zugeschickt.

[3] Hochschulen mit mehreren Standorten wurden nur einmal gezählt. Die Liste stammt vom Statistischen Bundesamt (www.destatis.de).

[4] Da es in der Studie jedoch vordergründig um den Zusammenhang von latenten Variablen geht, schmälern die inferenzstatistischen Einschränkungen einer nicht-zufälligen Stichprobe die Qualität der Ergebnisse nicht. Zusammenhänge von Variablen sind wenig anfällig für Stichprobenverzerrungen und können belastbare Ergebnisse liefern (Maurer & Jandura, 2009, S. 70; Schnell, 1991, S. 133). Dennoch können die Ergebnisse nicht als repräsentativ ausgegeben werden.

[5] Hier wurde eine Indexvariable benutzt, die bei der Berechnung des Anteils fehlender Werte die Wahrscheinlichkeit jedes Items einbezieht, Angaben zu enthalten und dadurch Items schwächer gewichtet, die häufig fehlende Werte aufweisen.

abbrachen. Des Weiteren wurden Fälle ausgeschlossen, die bei mehr als einer Variable unplausible Angaben enthielten. Zum Ausschluss von „Durchklickern“ wurde darüber hinaus eine Indexvariable verwendet, die als Maß der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer pro Seite dient (Leiner, 2016).

Des Weiteren kann Item-Nonresponse vor allem dann ein Problem darstellen, wenn sie nicht zufällig geschieht. Dies kann insbesondere bei heiklen Fragen der Fall sein (Baur & Florian, 2009, 121ff.). Da der eingesetzte Fragebogen durchaus sensible Items enthielt, wurden die Abbruchquoten für alle Items ausgewertet. Abgesehen von erwartbaren Abbrüchen zum Ende der Befragung konnte im Zuge der Überprüfung bei keinem Item eine erhöhte Abbruchquote festgestellt werden.

Der Kontakt zu den Hochschulen erfolgte über unterschiedliche Wege. Die Anfragen bei den Hochschulen wurden an unterschiedliche Ansprechpartner*innen sowie Zuständigkeitsbereiche weitergeleitet. Es wurde bei jeder Hochschule individuell eine zuständige Kontaktperson recherchiert und das Anliegen besprochen. Die Kontaktpersonen kamen aus unterschiedlichen Einrichtungen wie Rektoraten, Dekanaten, Studierendensekretariaten, IT-Abteilungen, Allgemeinen Studierenden-ausschüssen (AStA), Studierendenparlamenten, Studierendenräten, Präsidien, Büros der Kanzler*innen usw. Dabei wurden zunächst offizielle Vertretungen der Hochschulen kontaktiert und erst danach ggf. eine Person assoziierter Institutionen wie z. B. der Studierendenvertretung. In der Regel wurde sich auf einen Kontakt pro Hochschule beschränkt, um Mehrfachkontakt (cross-posting) und damit einhergehenden Unmut zu vermeiden. In einigen Fällen wurden, je nach Empfehlung der Kontaktperson, auch mehrere Wege gewählt. Daraufhin wurde ein Informationsschreiben und ein vorgefertigter Text, der als Vorlage für die Einladung der Studierenden diente, sowie bei Bedarf der Fragebogen und das Datenschutzkonzept an die Kontaktperson geschickt. In dem Einladungstext waren die wichtigsten Informationen zu der Studie sowie der Link zu der Befragungsseite enthalten. Dieser Einladungstext sollte nach Möglichkeit über E-Mail-Verteiler, Newsletter, Social Media-Seiten oder andere Wege an die Studierenden versendet werden. Hierbei wurde nicht nach Studiengang, Jahrgang, Alter, o. ä. unterschieden. Das Ziel war es, durch zentrale Verteiler möglichst alle Studierenden der jeweiligen Hochschule zu erreichen, um Verzerrungen durch Selbstselektionseffekte in der Stichprobe, die beispielsweise durch Werbung auf Internetseiten entstehen, zu minimieren. E-Mail-Verteiler der Studierendensekretariate wurden jedoch selten eingesetzt. Die meisten Hochschulen verwiesen auf die zweckgebundene Nutzung von E-Mail-Verteilern nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Häufig kamen Newsletter, Homepage-Meldungen oder Social Media-Seiten der Hochschulen oder einzelner Institutionen (z. B. AStA oder Fakultät) zum Einsatz, um die Studie zu bewerben. Eine für die Studie eigens entworfene Seite ermöglichte die Verbreitung auf Facebook. Zudem wurden auf einer eigenen Homepage Informationen, Kontaktdaten des KFN sowie der Befragungslink zur Verfügung gestellt. Vereinzelt hingen darüber hinaus auch gedruckte Aushänge an schwarzen Brettern aus.

Von den 150 kontaktierten Hochschulen beteiligten sich 57 Hochschulen nachweislich. 31 Hochschulen lehnten eine Beteiligung aus unterschiedlichen Gründen ab. Bei sieben Hochschulen konnte kein Kontakt zu einer Ansprechperson hergestellt werden und bei 55 Hochschulen war bis zum Ablauf der Feldphase nicht klar, ob die Studie beworben wurde oder nicht. In diesen Fällen bestand ein Austausch mit der Hochschule und in einigen Fällen gab es Zusagen einer Unterstützung, es konnte jedoch nicht abschließend überprüft werden, ob die Studie tatsächlich verbreitet wurde. Den zeitlichen Rahmen für die Befragung bildete das Wintersemester 2018/2019. Die Feldphase erstreckte sich von September 2018 bis März 2019.

2.2 Stichprobe

Von den ursprünglich 6.189 Fällen der Brutto-Stichprobe verbleiben nach allen Bereinigungsschritten noch 4.835 Fälle in der Netto-Stichprobe.

Die Teilnehmer*innen sind im Durchschnitt 24,2 Jahre alt (SD=5,4). Der Großteil der Befragten ist, wie in Abbildung 2 ersichtlich, zwischen 19 und 24 Jahren alt. 57,5 % geben als Geschlecht weiblich, 41,9 % männlich und 0,6 % divers an.

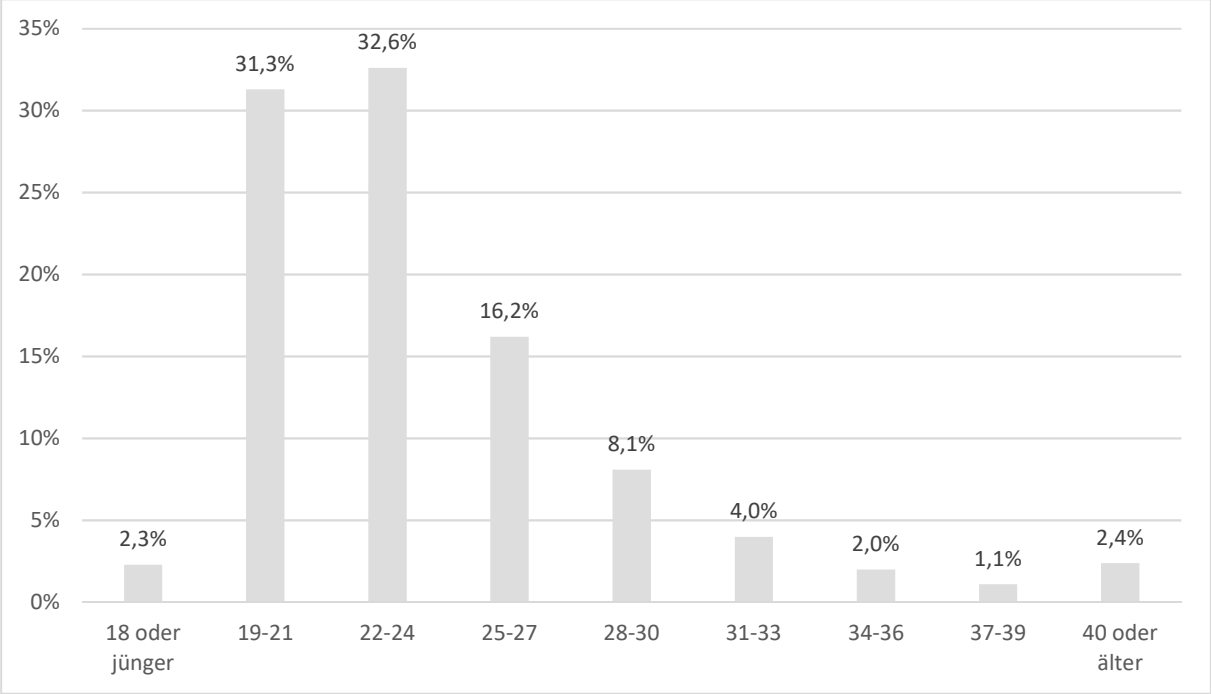

Abbildung 2. Alter; *N* = 4.829

Fast die Hälfte der Befragten wohnt in einer eigenen Wohnung (Abbildung 3). 20,6 % wohnen in ihrer Wohnung alleine und 24,3 % leben zusammen mit einer Partnerin oder einem Partner in der eigenen Wohnung. Die Wohngemeinschaft oder das Studierendenwohnheim wird von 35,1 % der Studierenden angegeben. 19,8 % wohnen bei den Eltern oder einem Elternteil und lediglich 0,2 % leben in einer anderen Konstellation.

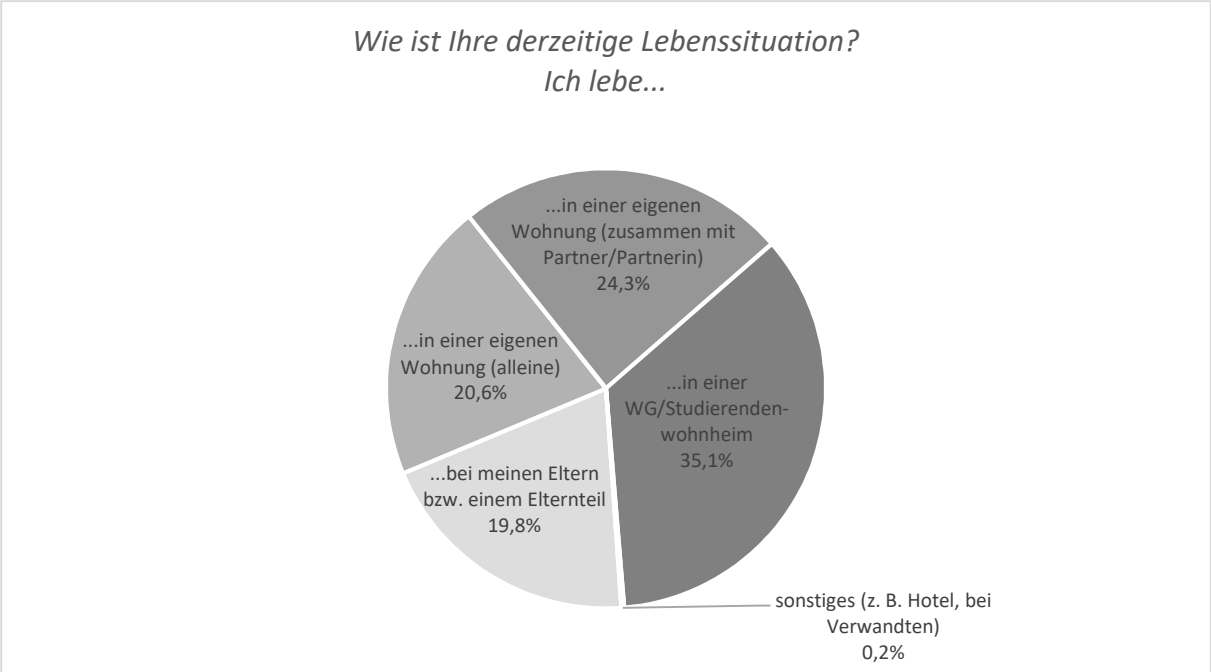

Abbildung 3. Wohnsitz; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.830

Von den befragten Studierenden ist der Großteil mit 94,3 % in Deutschland geboren (Tabelle 1). Die übrigen 5,7 % der Befragten nennen insgesamt 70 verschiedene Geburtsländer. Nach Deutschland sind die häufigsten Nennungen Russland mit 0,9 %, Ukraine mit 0,5 % und Syrien mit 0,4 %.

Tabelle 1. Geburtsland; *N* = 4.834

Geburtsland	Nennungen	gültige Prozente
Deutschland	4.560	94,3
Russland	43	0,9
Ukraine	22	0,5
Syrien	19	0,4
Kasachstan	15	0,3
Polen	13	0,3
Türkei	9	0,2
Österreich	8	0,2
Indien	7	0,1
Schweiz	7	0,1
Sonstige Länder (61)	131	2,7

Mit insgesamt 97,1 % haben fast alle Studierenden der Stichprobe die deutsche Staatsangehörigkeit (Tabelle 2). Die übrigen Staatsangehörigkeiten verteilen sich auf 56 Länder. Davon werden mit 0,3 % die syrische, mit 0,2 % die türkische und mit ebenfalls 0,2 % die russische Staatsangehörigkeit am häufigsten genannt. Von den deutschen Staatsbürger*innen haben 3,4 % noch eine weitere Staatsangehörigkeit. Die Befragten mit einer zweiten Staatsangehörigkeit neben der deutschen

nennen insgesamt 47 Länder. Am häufigsten haben sie die polnische, die russische, die französische und die US-amerikanische Staatsangehörigkeit.

Von den Eltern der Befragten ist der überwiegende Teil mit 86,8 % der Mütter und 86,2 % der Väter in Deutschland geboren. Als häufigste Geburtsländer werden bei den Müttern der Befragten neben Deutschland vor allem Russland bzw. die ehemalige Sowjetunion mit 2,1 %, Polen mit 1,7 % und die Türkei mit 1,5 % genannt. Bei den Vätern der Befragten sind die häufigsten Geburtsländer neben Deutschland mit 2,0 %, Russland bzw. die ehemalige Sowjetunion, mit 1,5 % die Türkei und mit 1,3 % Polen. Bei den Geburtsländern der Eltern werden insgesamt 105 verschiedene Länder genannt.

Von den Eltern der Befragten haben 94,1 % der Mütter und 93,1 % der Väter die deutsche Staatsangehörigkeit. 1,8 % der Mütter und 2,0 % der Väter haben neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit. Andere Staatsangehörigkeiten sind bei den Müttern der Befragten vor allem die türkische mit 0,8 %, die polnische mit 0,4 % und die russische mit ebenfalls 0,4 %. Bei den Vätern der Befragten haben 0,9 % die türkische Staatsangehörigkeit, 0,5 % die russische und 0,4 % die syrische. Insgesamt wurden 75 unterschiedliche, weitere Staatsangehörigkeiten genannt. Der Anteil der Befragten, der nicht in Deutschland geboren ist und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat sowie von dem mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist oder nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat, liegt bei 18,1 %.

Tabelle 2. Staatsangehörigkeit; *N* = 4.835

Staatsangehörigkeit	Nennungen	gültige Prozente		zweite Staatsangehörigkeit	Nennungen	gültige Prozente
Deutsch	4.532	93,7				
Deutsch und eine Weitere	164	3,4	→	Polnisch	22	13,2
Syrisch	16	0,3		Russisch	18	10,8
Türkisch	9	0,2		Französisch	11	6,6
Russisch	8	0,2		US-Amerikanisch	11	6,6
Indisch	6	0,1		Türkisch	9	5,4
Indonesisch	6	0,1		Britisch	6	3,6
Italienisch	6	0,1		Iranisch	6	3,6
Ukrainisch	6	0,1		Italienisch	6	3,6
Österreichisch	5	0,1		Algerisch	5	3,0
Marokkanisch	4	0,1		Österreichisch	5	3,0
Sonstige Länder (47)	73	1,5		Sonstige Länder (37)	68	40,7

Bedingung für die Teilnahme an der Befragung war, dass die teilnehmende Person zum Zeitpunkt der Befragung in Deutschland studieren musste. Welche Hochschule sie besuchte, spielte dabei keine Rolle. 43,5 % der Befragten geben an, an einer Universität zu studieren. 54,9 % studieren an einer Fachhochschule. 1,6 % der Befragten nennen entweder eine andere Hochschulform oder studieren zu gleichen Teilen an mehreren Hochschulformen.

Die Befragten studieren in zahlreichen unterschiedlichen Studiengängen. Sie konnten ihren Studiengang in einem offenen Feld im Fragebogen angeben. Die Einteilung der Studiengänge, wie in Abbildung 4 zu sehen, wurde nicht von den Studierenden vorgenommen. Die größten Gruppen von Studiengängen bilden die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge mit 20,0 %. Gesellschafts- und Sozialwissenschaften mit 19,3 %, Ingenieurswissenschaften mit 18,3 % sowie Naturwissenschaften und Mathematik mit 17,0 % bilden ähnlich große Gruppen. Deutlich weniger Befragte studieren Medizin oder Studiengänge, die dem Gesundheitswesen zugeordnet werden können (8,0 %) oder Lehramtsstudiengänge (6,0 %). 4,8 % der Studierenden sind in einem Studiengang eingeschrieben, den man zu Beamtenstudiengängen zählen kann und 3,7 % studieren sprach- oder kulturwissenschaftliche Studiengänge. Nur wenige Befragte studieren Studiengänge, die im Bereich Kunst, Gestaltung oder Musik (1,5 %) oder Agrar- bzw. Forstwissenschaften (0,7 %) angesiedelt sind. Von den Befragten geben 0,7 % zudem Studiengänge an, die keinem der Bereiche zugeordnet werden konnten. Insgesamt nennen darüber hinaus 173 Befragte einen zweiten Studiengang.

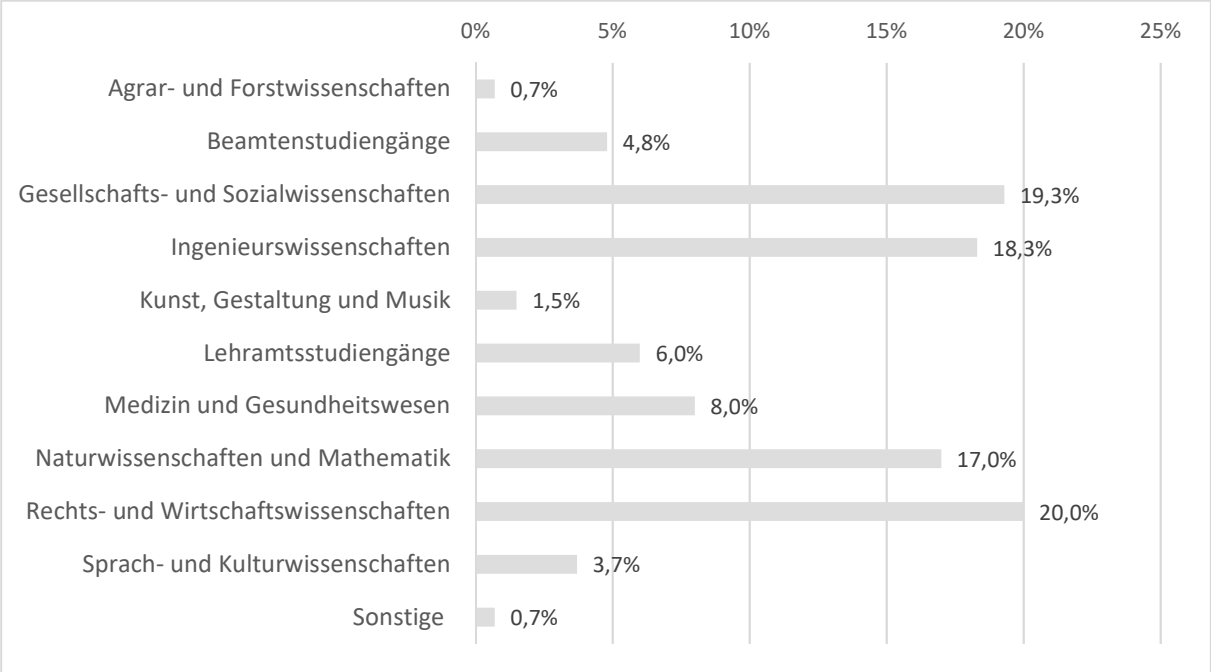

Abbildung 4. Studiengänge; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.810

In ihrem aktuellen Studiengang streben 66,8 % der befragten Studierenden den Bachelor an, 18,0 % den Master. 10,6 % der Befragten streben ein Staatsexamen an, 2,3 % möchten ein Diplom und 0,2 % einen Magister erlangen. Darüber hinaus werden von 2,1 % der Befragten andere Abschlüsse genannt.

Die befragten Studierenden befinden sich in unterschiedlichen Phasen ihres Studiums. Etwa die Hälfte der Befragten studiert im ersten bis vierten Hochschulsemester (Abbildung 5).

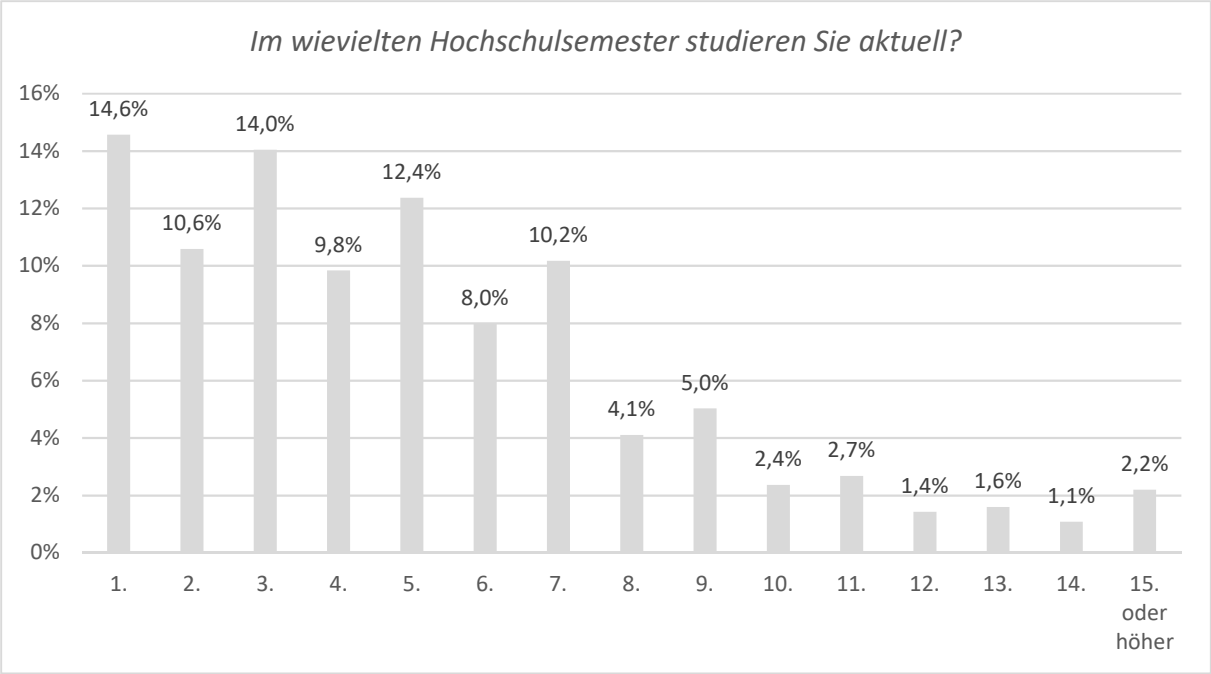

Abbildung 5. Hochschulsemester; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.829

3 Gemeinschaft

In diesem Kapitel werden verschiedene Aspekte des sozialen Umfeldes der Studierenden betrachtet. Dazu gehört nicht nur die Situation der Studierenden an den Hochschulen. Das Miteinander in Vorlesungen und Seminaren und der darüberhinausgehende Kontakt zu Kommiliton*innen sind für viele Studierende in Deutschland zwar wichtige Bezugspunkte im Alltag, doch prägen viele weitere Aspekte ebenfalls das soziale Umfeld der Studierenden. Neben Aktivitäten, die an Hochschulen angeboten werden, sind viele Studierende in Gruppen aktiv, denen sie schon vor dem Studium angehörten. In der Zeit des Studiums können sich auch neue Interessen herausbilden.

Die Familie ist für Studierende oftmals ein wichtiger Bezug und eine Stütze im Alltag. Viele Studierende wohnen bei ihren Eltern. Für ein gelingendes Studium ist ein unterstützendes soziales Umfeld ein wichtiger Faktor. Studierende, die nicht in Deutschland geboren sind, haben zum Teil größere Schwierigkeiten dabei, Kontakte an den Hochschulen zu knüpfen als Studierende, die in Deutschland geboren sind (Morris-Lange, 2017). Aufgrund der aufgezählten Punkte wird im folgenden Kapitel der Fokus auf die Themen Studium, Freizeitverhalten, Familie und Integration gelegt.

3.1 Studiensituation

Die Situation an den Hochschulen ist für Studierende von zahlreichen Faktoren geprägt, wie der Hochschule selbst, dem Studiengang und auch den Erfahrungen, die sie dort gewinnen. Dabei wird der Alltag der Studierenden nicht nur von den Regeln und Vorgaben der jeweiligen Hochschule oder des Studiengangs bestimmt. Die vielfältigen Herausforderungen, die Studierende im Rahmen des Studiums und auch neben dem Studium zu bewältigen haben, setzen ein Umfeld voraus, welches sie auf formelle und informelle Art unterstützt.

Anhand von fünf Items wurde die Studiensituation der Studierenden abgefragt. Der Großteil der Items stammt aus dem Studierendensurvey der Universität Konstanz (Multrus, Majer, Bargel, Simeaner & Lang, 2017). Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, haben 68,4 % der Befragten Ansprechpartner*innen an der Hochschule, an die sie sich bei Problemen wenden können. Auf einen Teil von 10,8 % trifft das nicht zu. Darüber hinaus ist mit 50,2 % knapp die Hälfte der Studierenden der Meinung, dass es an ihrer Hochschule viele Möglichkeiten gibt, sich über Gremienarbeit, Forschung oder Verwaltung zu informieren. Die andere Hälfte der Studierenden kann dieser Aussage nicht in vollem Umfang zustimmen. Von allen Befragten sehen 43,6 % die Hochschule als einen Ort, an dem ausschließlich ihre Leistung im Studium gefordert ist. Auf 29,1 % trifft das „nicht“ oder „eher nicht“ zu, 27,3 % geben „teils/teils“ an. Inwiefern sich die Studierenden an ihren Hochschulen anonym fühlen, hängt unter anderem von der Größe der Hochschule, des Studiengangs bzw. der Kohorte und von dem Sozialverhalten der Studierenden ab. In Tabelle 3 zeigt sich zu diesem Thema ein differenziertes Bild. Mit 49,3 % trifft es etwa auf die Hälfte der Studierenden „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu, dass es an ihrer Hochschule niemandem auffallen würde, wenn sie einmal eine Woche lang fehlten. Auf etwa 35,4 % trifft die Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu und 15,3 % geben „teils/teils“ an. Mit 23,3 % gibt jedoch nur knapp ein Viertel der Befragten an, in der Masse der Studierenden unterzugehen. Diese Aussage trifft auf 51,8 % der Befragten „nicht“ oder „eher nicht“ zu, während es auf 25,0 % zum Teil zutrifft.

Tabelle 3. Eingebundenheit im Studienalltag; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.821

	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu
Ich habe genug Ansprechpartner an der Hochschule, an die ich mich mit meinen Problemen wenden kann.	1,4	9,4	20,7	43,2	25,2
Es gibt an meiner Hochschule viele Möglichkeiten, sich zu informieren, was in den Gremien, der Forschung, der Verwaltung geschieht.	2,1	14,1	33,7	39,6	10,6
Ich habe oft das Gefühl, meine Leistungen im Studium sind das Einzige, was an der Hochschule gefragt ist.	3,8	25,3	27,3	29,6	14,0
Wenn ich einmal eine Woche lang nicht an der Hochschule wäre, würde das dort niemandem auffallen.	24,2	25,1	15,3	16,7	18,7
In der Masse der Studierenden an der Hochschule geht man unter.	19,7	32,1	25,0	15,1	8,2

3.2 Freizeit

An den Hochschulen haben Studierende viele Möglichkeiten, aktiv zu werden und sich in vielerlei Hinsicht zu engagieren. Neben Studierendenvertretungen und hochschulpolitischen Gruppen können auch Aktivitäten im Hochschulrahmen wahrgenommen werden, deren Kern nicht direkt mit der Hochschule verbunden ist. Aus Tabelle 4 geht hervor, dass als häufigste Aktivität die Sportgruppe angegeben wird, in der 28,7 % „manchmal“ oder „oft“ aktiv sind. Verhältnismäßig häufig sind die Befragten darüber hinaus in kulturelle Aktivitäten, wie Theater-, Musik- oder Orchestergruppen, eingebunden. Auch wenn 79,3 % „nie“ in einer solchen Gruppe aktiv sind, geben 12,8 % an, sich dort „manchmal“ oder „oft“ einzubringen. Auch Fachschaften und Selbstverwaltungs- oder Studierendenvertretungsgruppen, wie z. B. Allgemeine Studierenden Ausschüsse (AStA), werden zwar relativ häufig besucht, es zeigt sich jedoch, dass nur eine Minderheit dort aktiv ist. Besonders in religiösen und politischen Gruppen sowie offiziellen Selbstverwaltungsgremien, wie Senat oder Konzil und in Studentenverbindungen, ist nur ein kleiner Teil der Befragten aktiv. Über 90 % der Befragten sind in den jeweiligen Gruppen „nie“ aktiv. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass nicht an jeder Hochschule alle abgefragten Gruppen vorhanden sind.

Tabelle 4. Häufigkeit des Engagements in Hochschulgruppen; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.829

Hochschulgruppe	nie	selten	manchmal	oft
Fachschaft	87,4	4,9	3,8	3,9
Studentische Selbstverwaltung/Vertretungsgruppe (z.B. AStA)	91,3	3,2	2,7	2,8
Offizielles Selbstverwaltungsgremium (z.B. Senat, Konzil)	94,9	2,0	1,3	1,8
Politische Studierendengruppe	93,6	2,7	2,0	1,8
Studentenverbindung	95,6	1,8	1,2	1,3
Sportgruppe	62,4	8,9	14,5	14,2
Kulturelle Aktivitäten (z.B. Theater-, Musik-, Orchestergruppe)	79,3	7,8	7,5	5,3
Studierendengemeinde oder religiöse Gruppe	91,9	2,9	2,2	3,0
Andere Hochschulgruppe	83,5	5,2	6,1	5,2

Neben den Aktivitäten an den jeweiligen Hochschulen gehen die Befragten zum Teil Aktivitäten in Vereinen außerhalb der Hochschulen nach. Am häufigsten werden dabei Sport-, Turn- oder Reitvereine genannt (Tabelle 5). 42,0 % der Befragten sind in einem solchen Verein „manchmal“ oder „oft“ aktiv. Auch Vereine aus dem Bereich Musik, Tanz oder Theater werden verhältnismäßig häufig genannt. Von den Befragten geben 20,1 % an, „manchmal“ oder „oft“ in einem solchen Verein aktiv zu sein. Religiöse Gruppen, Fan-Gruppen und helfende Gruppen werden weniger häufig besucht. Verhältnismäßig selten werden vor allem Natur- und Umweltschutzvereine, politische Gruppen sowie Schützen-, Trachten- und Karnevalsvereine genannt. Hier liegt die Beteiligungsquote der Befragten, die „manchmal“ oder „oft“ angegeben haben, zwischen 6,4 % und 11,7 %.

Tabelle 5. Häufigkeit des Engagements in Vereinen; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.826

Verein	nie	selten	manchmal	oft
Sport-, Turn-, Reitverein	48,5	9,4	15,1	26,9
Schützen-, Trachten-, Karnevalsverein	89,7	3,9	2,9	3,5
Musik-, Tanz- oder Theaterverein, Musikschule, Chor	71,9	8,1	8,6	11,5
Helfende Gruppe (z. B. DLRG, DRK, THW, Freiwillige Feuerwehr)	78,8	7,6	6,4	7,2
Religiöse Gruppe (z.B. in der Kirche oder Moschee)	76,4	9,5	6,5	7,6
Politisch-gesellschaftliche Gruppe (z. B. Partei, politische Gruppe, NGO)	81,6	6,7	6,3	5,4
Fan-Gruppe (z. B. Musik, Sport)	77,1	8,4	8,1	6,4
Natur-, Umweltschutz-, Tierschutzverein	77,4	11,1	7,7	3,9

3.3 Familie und Freundeskreis

Lediglich 5,6 % der Befragten geben an, Kinder zu haben. Neben jenen Studierenden, die bereits eine eigene Familie gegründet haben, sind viele Studierende nach wie vor mit ihren Eltern bzw. ihrer Herkunftsfamilie stark verbunden. Unabhängig von ihrem derzeitigen Wohnort, der bei vielen vermutlich durch den Standort der Hochschule bedingt ist, wurden die Studierenden der Stichprobe gefragt, wie sie ihren Herkunftsort beschreiben würden. Wie Abbildung 6 zu entnehmen ist, kommen 13,6 % aus der Großstadt und 12,4 % aus einem Vorort bzw. dem Stadtrand einer Großstadt. Aus einer Mittel- oder Kleinstadt kommen 36,7 % und mit 37,3 % ist das Dorf die häufigste Nennung.

Abbildung 6. Herkunftsort; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.829

In Tabelle 6 zeigt sich, dass die meisten Studierenden ein gutes Verhältnis zu ihrer Herkunftsfamilie haben. Auf einen Anteil von 84,7 % der Befragten trifft die Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass man sich in der Familie gegenseitig hilft und unterstützt. Ein Großteil von 78,4 % stimmt darüber hinaus der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass es sie stolz macht, ein Teil ihrer Familie zu sein. Über 80 % der Befragten wenden sich außerdem an ihre Eltern, wenn sie Probleme haben. Auf 19,4 % trifft diese Aussage „eher“ und auf 61,3 % „voll und ganz“ zu.

Tabelle 6. Herkunftsfamilie; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.829

	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu
In unserer Familie helfen und unterstützen wir uns gegenseitig.	1,1	3,5	10,8	25,1	59,6
Ich bin stolz, ein Teil meiner Familie zu sein.	1,9	4,7	15,0	21,9	56,5
Wenn ich Probleme habe, kann ich mich an meine Eltern wenden.	2,9	4,6	11,8	19,4	61,3

Neben der Familie sind viele Studierende auch im Freundeskreis stark eingebunden. Auf 65,7 % der Befragten trifft die Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass sie im Freundeskreis viel gemeinsam unternehmen (Tabelle 7). Auf 9,9 % trifft das „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu und 24,4 % antworten mit „teils/teils“. Darüber hinaus hilft der Freundeskreis, ebenso wie die Familie, bei Schwierigkeiten und Problemen. 82,3 % der Befragten geben an, es trifft „eher“ oder „voll und ganz“ auf sie zu, dass sie im Freundeskreis bei Sorgen und Problemen Unterstützung finden. Auf 4,5 % trifft das „eher“ oder „überhaupt nicht“ zu und auf 13,2 % „teils/teils“. Die Studierenden geben überwiegend (88,9 %) an, in einem sozialen Umfeld aufgehoben zu sein, dass sie ohne weiteres akzeptiert. Auf 2,8 % trifft das tendenziell nicht zu und auf 8,4 % „teils/teils“.

Tabelle 7. Freundeskreis; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.833

	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu
In meinem Freundeskreis unternehmen wir viel gemeinsam.	1,5	8,4	24,4	36,1	29,6
In meinem Freundeskreis finde ich Unterstützung, wenn ich Sorgen und Probleme habe.	0,8	3,7	13,2	30,9	51,4
In meinem Umfeld gibt es genügend Menschen, die mich so nehmen wie ich bin.	0,4	2,4	8,4	35,3	53,6

3.4 Einbindung und Zugehörigkeit

Studierende in Deutschland mit einem Migrationshintergrund stehen oftmals vor einer Reihe von Hürden im Studium. Die Gründe hierfür können nicht verallgemeinert werden, da die Gruppe heterogen ist. Nach Morris-Lange (2017) spielen bei vielen in Deutschland geborenen Studierenden mit Migrationshintergrund vor allem sozioökonomische Gründe eine Rolle. Sie kommen im Vergleich zu Kommilitonen, die keinen Migrationshintergrund haben, häufiger aus bildungsfernen Familien. Zu der Gruppe der Studierenden mit Migrationshintergrund gehören jedoch auch internationale Studierende, die nur für das Studium nach Deutschland gekommen sind. Diese Studierenden sind oftmals durch Sprachprobleme im Studienerfolg und in der sozialen Integration benachteiligt (Morris-Lange, 2017).

Im Folgenden wird die Anzahl an Freund*innen mit Migrationshintergrund betrachtet (Abbildung 7). Dabei werden zunächst alle Befragten, dann nur jene ohne Migrationshintergrund und schließlich alle mit Migrationshintergrund beschrieben. Dies kann auf der einen Seite als Indikator dafür dienen, inwieweit Studierende mit Migrationshintergrund Kontakt zu Personen ohne Migrationshintergrund haben. Auf der anderen Seite kann, der sogenannten Kontakthypothese (Allport, 1954) folgend, für Studierende ohne Migrationshintergrund der Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund Vorurteile abbauen. Im Anschluss daran wird berichtet, inwieweit die Studierenden der Stichprobe, die einen Migrationshintergrund aufweisen, mit ihren Freund*innen Deutsch sprechen und schließlich wird das Zugehörigkeitsgefühl von Studierenden, die nicht in Deutschland geboren sind oder nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, dargestellt (Tabelle 8).

Alle Befragten wurden gebeten, für ihre fünf besten Freund*innen anzugeben, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Es wurde an dieser Stelle keine Definition vorgegeben, sondern die Befragten schätzen selbstständig ein, inwiefern ein Migrationshintergrund vorliegt. Die erstgenannte beste Freundin oder der beste Freund hat bei 79,7 % der Befragten der Gesamtstichprobe keinen Migrationshintergrund. Bei den Freund*innen, die an Platz zwei bis fünf genannt wurden, liegt der Anteil an Freund*innen ohne Migrationshintergrund jeweils über 80 %. Von denjenigen Befragten, die keinen Migrationshintergrund haben, geben 85,0 % an, dass ihre beste Freundin oder ihr bester Freund ebenfalls keinen Migrationshintergrund haben. Bei den Freund*innen, die an zweiter bis fünfter Stelle genannt werden, liegt der Anteil von Freund*innen ohne Migrationshintergrund zwischen 85,0 % und 87,2 %. Von denjenigen, die selbst einen Migrationshintergrund haben (Kapitel 2.2), geben 55,7 % an, dass die erstgenannte beste Freundin oder bester Freund keinen Migrationshintergrund hat. Bei denjenigen Freund*innen, die an Platz zwei bis fünf genannt werden, liegt der Anteil zwischen 59,8 % und 67,4 %, bei denen kein Migrationshintergrund angegeben wird.

Die genannten Angaben wurden kumuliert. In Abbildung 7 ist die Anzahl von Freund*innen mit Migrationshintergrund dargestellt. Unter allen Befragten ist der Anteil jener, die keine*n Freund*innen mit Migrationshintergrund haben bei 50,3 %. Von 24,6 % der Befragten hat einer der fünf besten Freund*innen einen Migrationshintergrund. 15,2 % haben zwei Freund*innen mit Migrationshintergrund und nur 8,1 % haben drei bis fünf Personen mit Migrationshintergrund unter den fünf besten Freund*innen.

Unter jenen Befragten ohne Migrationshintergrund haben 56,0 % keine Freund*innen mit Migrationshintergrund. Von 25,5 % der Befragten ohne Migrationshintergrund hat eine oder einer der fünf besten Freund*innen einen Migrationshintergrund. 13,8 % geben an, dass zwei von fünf besten Freund*innen einen Migrationshintergrund haben und nur 4,7 % der Befragten ohne Migrationshintergrund haben drei oder mehr Personen mit Migrationshintergrund unter ihren fünf besten Freund*innen.

Unter den Befragten, die selbst einen Migrationshintergrund haben, geben lediglich 24,4 % an, dass keine*r ihrer fünf besten Freund*innen einen Migrationshintergrund hat. Von 20,5 % hat eine*r der fünf besten Freund*innen einen Migrationshintergrund und von 21,8 % sind es zwei. Bei 15,2 % und 8,0 % sind es drei und vier der fünf besten Freund*innen, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Von 10,0 % der Befragten mit Migrationshintergrund haben alle fünf besten Freund*innen ebenfalls einen Migrationshintergrund.

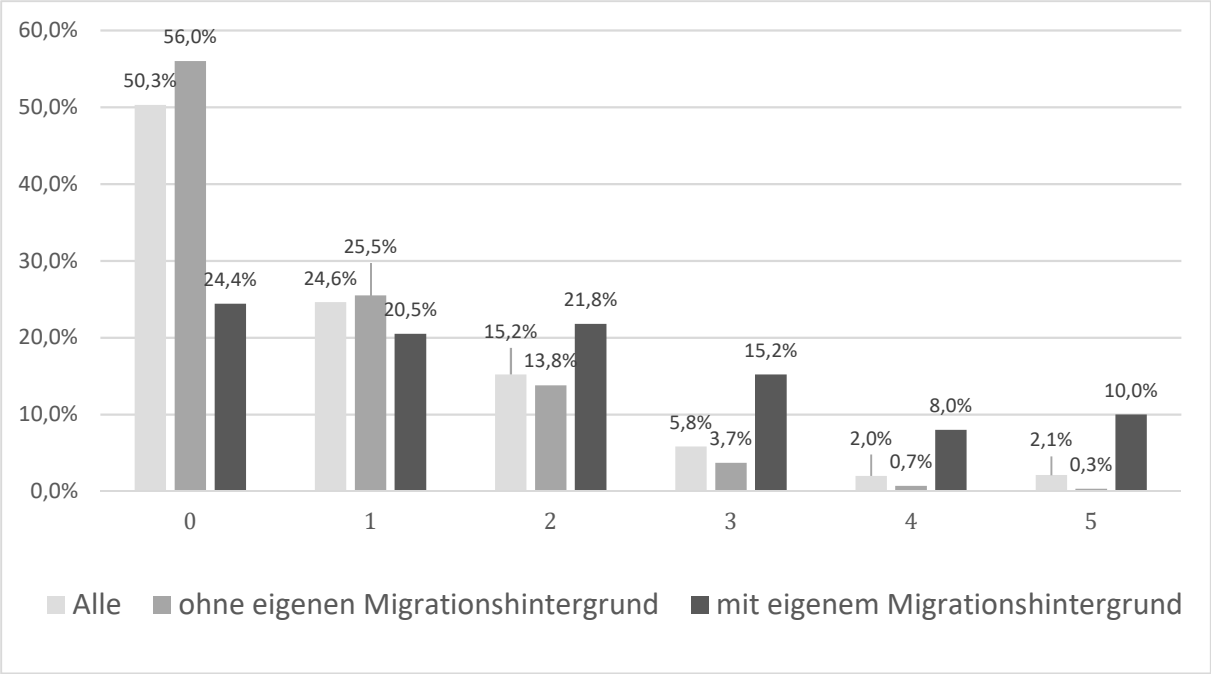

Abbildung 7. Anzahl an Freund*innen mit Migrationshintergrund; Angaben in gültigen Prozenten; Gruppe mit Migrationshintergrund *N* = 876, Gruppe ohne Migrationshintergrund *N* = 3.959; Migrationshintergrund der Freund*innen basiert auf Einschätzung der Befragten

Wie in Kapitel 2.2 erwähnt, haben 18,1% der Stichprobe einen Migrationshintergrund. Diese Studierenden wurden gefragt, wie häufig sie sich mit ihren Freund*innen auf Deutsch unterhalten. Lediglich 0,7 % geben an, dass sie sich mit ihren Freund*innen „nie“ auf Deutsch unterhalten. 1,7 % unterhalten sich nur „selten“ mit ihren Freund*innen auf Deutsch und 3,8 % nur manchmal. 20,9 % unterhalten sich „oft“ mit ihren Freund*innen auf Deutsch und der Großteil von 73,6 % tut dies „immer“.

5,7 % der Befragten sind nicht in Deutschland geboren (Tabelle 1) und 2,9 % besitzen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (Tabelle 2). Der Anteil derjenigen, die nicht in Deutschland geboren sind oder nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, beläuft sich auf 6,2 %. Von diesen unterhält sich ebenfalls nur ein geringer Teil von 2,0 % „nie“ und 2,8 % „selten“ mit ihren Freund*innen auf Deutsch. 10,4 % tun dies „manchmal“, 27,5 % „oft“ und 57,4 % „immer“.

Von den Befragten, die nicht in Deutschland geboren sind oder die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, geben knapp zwei Drittel an, dass die Aussage „Ich fühle mich als Teil von Deutschland“ auf sie zutrifft (Tabelle 8). 27,9 % geben an, dass diese auf sie „eher“ zutrifft und auf 39,4 % trifft sie „voll und ganz“ zu. Auf 5,6 % und 11,6 % trifft es jedoch „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu, dass sie sich als Teil von Deutschland fühlen und 15,5 % antworten mit „teils/teils“. Mehr als die Hälfte von ihnen fühlt sich darüber hinaus eng mit den Deutschen verbunden. Insgesamt trifft dies auf 29,9 % „voll und ganz“ und auf 28,3 % „eher“ zu. Auf 8,4 % und 10,0 % trifft die Aussage „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu und 23,5 % antwortet hier mit „teils/teils“.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich ein Großteil von denjenigen Befragten, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben oder nicht in Deutschland geboren sind, sich gut eingebunden und zugehörig fühlt. Die meisten Studierenden mit Migrationshintergrund haben sowohl Freund*innen mit als auch ohne Migrationshintergrund und sie sprechen zum Großteil ausschließlich deutsch.

Tabelle 8. Zugehörigkeitsgefühl von Studierenden, die nicht in Deutschland geboren sind oder keine deutsche Staatsangehörigkeit haben; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 251

	trifft überhaupt nicht zu	**trifft eher nicht zu**	**teils/teils**	**trifft eher zu**	**trifft voll und ganz zu**
Ich fühle mich als Teil von Deutschland.	5,6	11,6	15,5	27,9	39,4
Ich fühle mich eng verbunden mit den Deutschen.	8,4	10,0	23,5	28,3	29,9

4 Religion

Religion und Hochschule weisen zahlreiche Berührungspunkte auf. Schnabel und Schützeichel (2016) nennen vier wesentliche Dimensionen, an denen das mitunter schwierige Verhältnis von staatlicher Neutralität und Religionsfreiheit an Hochschulen sichtbar wird. Erstens sind in Deutschland zahlreiche Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft. Zweitens sind Theologien und verschiedene religionsbezogene Wissenschaften an vielen Hochschulen vertreten. Drittens ist eine Hochschule nicht zuletzt auch öffentlicher Raum, an dem die Ausübung religiöser Praxis im Sinne der Religionsfreiheit, Gleichbehandlung und Anti-Diskriminierung gewährleistet werden muss. Viertens sind Hochschulen Orte, an denen die „Mitglieder eine bestimmte Haltung und Einstellung zu Religion und Religiosität haben und damit auch selbstbezüglich über das Verhältnis von Hochschule und Religion befinden“ (Schnabel & Schützeichel, 2016, S. 82). Anhand einer Analyse des Umgangs von Hochschulleitungen mit sogenannten Räumen der Stille und einer Studierendenbefragung an zwei Hochschulen fassen die Autor*innen zusammen, dass sowohl von Seiten der Hochschulleitungen als auch von Seiten der Studierenden ein Konsens darüber herrscht, dass „Hochschulen ein weltanschaulich neutraler Raum sind“ (Schnabel & Schützeichel, 2016, S. 85). Empirische Untersuchungen über die Religiosität von Studierenden gibt es kaum, weshalb diesem Thema im Folgenden Raum gegeben wird.

Es wird im folgenden Kapitel zunächst die konfessionelle Zugehörigkeit der befragten Studierenden dargestellt. Dabei wird nicht differenziert, für wie religiös sich die Befragten halten oder inwiefern sie aktive Mitglieder ihrer jeweiligen Institution wie z. B. Kirche sind. Anschließend wird dann jedoch betrachtet, wie wichtig den Befragten Religion ist. Dabei wird zwischen der Wichtigkeit der Religion im persönlichen Alltag der Befragten und in der Familie sowie dem Freundeskreis der Befragten unterschieden. Der Anteil derjenigen, denen Religion wichtig ist, wird darüber hinaus für die verschiedenen Konfessionen verglichen. Es wird außerdem auf religiöse Aktivitäten wie Besuche von Gotteshäusern und Aktivitäten im Internet eingegangen. Dem Thema Fundamentalismus wird sich differenziert nach Christentum und Islam gewidmet. Dabei werden Items dargestellt, deren Formulierungen für die Messung von Fundamentalismus im Allgemeinen verwendet werden können und nur anhand einer Filterung der Stichprobe darauf geschlossen wird, ob es sich um christlichen bzw. islamischen Fundamentalismus handelt. Darüber hinaus werden auch religionsspezifische Items für den Bereich Fundamentalismus verwendet und die Verteilung der Angaben dargestellt. In einem weiteren Unterkapitel werden außerdem religionsfeindliche Einstellungen in den Blick genommen. Es werden dabei keine Items verwendet, deren zu bewertende Aussage sich gegen eine spezifische Religion richtet, sondern es werden religionsfeindliche Aussagen betrachtet, die sich gegen Religion im Allgemeinen richten.

4.1 Konfessionelle Zugehörigkeit und Wichtigkeit der Religion

Hinsichtlich der Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft (Abbildung 8) zeigt sich, dass der Großteil der Befragten christlichen Konfessionen angehört. Als evangelisch bezeichnen sich 32,8 % und als katholisch 23,1 % der Studierenden. 3,8 % gehören einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft an. Ein großer Teil der Befragten gibt an, keiner Religion anzugehören (36,4 %). Eine muslimische Glaubensrichtung geben 2,7 % der Befragten an. 1,2 % der Befragten benennen eine andere Religionsgemeinschaft.

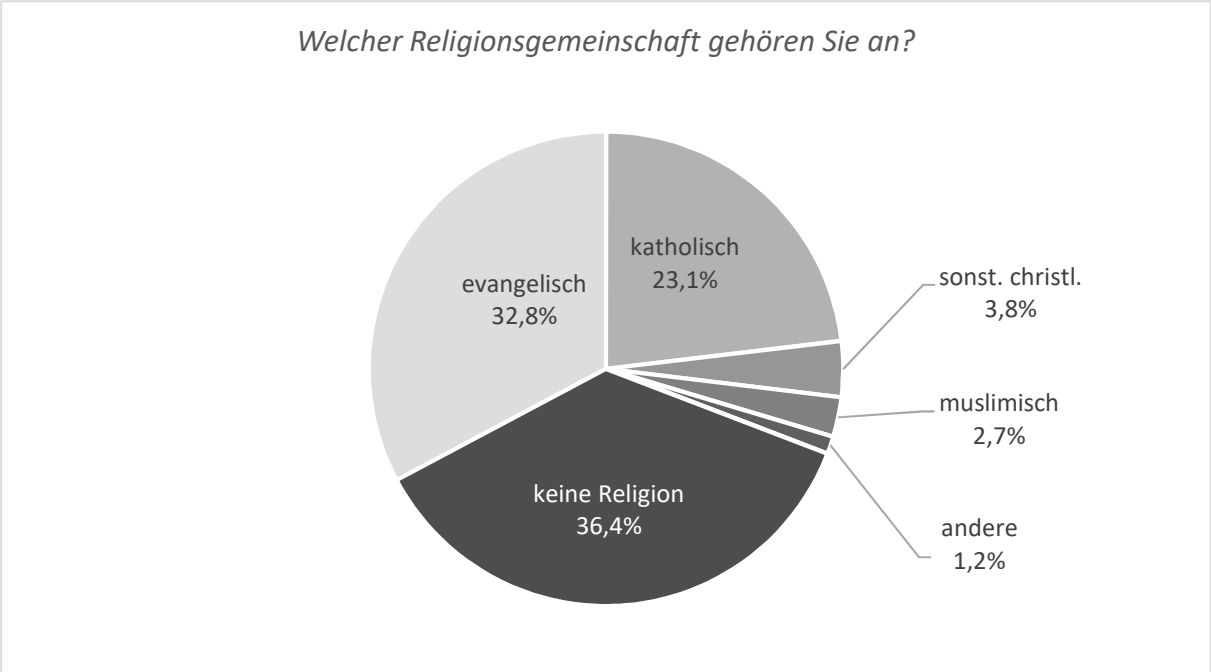

Abbildung 8. Religionszugehörigkeit; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.802

Von den muslimischen Studierenden sind 75,0 % sunnitisch, 8,1 % alevitisch, 5,6 % schiitisch und die sonstigen 11,3 % geben entweder eine andere muslimische Religionszugehörigkeit an oder wissen nicht, zu welcher Glaubensrichtung die ihrige zählt.

In Tabelle 9 werden die Ergebnisse zur Wichtigkeit der Religion im Alltag, in der Familie und im Freundeskreis gezeigt. Darin lässt sich erkennen, dass für die meisten Studierenden die Religion als „völlig unwichtig“ oder „eher unwichtig“ beschrieben wird. In Bezug auf die Wichtigkeit der Religion im Alltag geben 48,2 % an, dass sie die Religion als „völlig unwichtig“ erleben. 24,4 % der Studierenden ist ihre Religion „eher unwichtig“, während 12,3 % die Wichtigkeit der Religion mit „teils/teils“ angeben. Eine große Bedeutung hat die Religion für 15,1 % der Studierenden, die Religion im Alltag als „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ bezeichnen. 30,6 % der Befragten geben an, dass Religion in ihrer Familie „völlig unwichtig“ ist und 28,5 %, dass Religion in ihrer Familie „eher unwichtig“ ist. Die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ wählen hier 21,8 % der Studierenden. Im Vergleich zum Alltag und dem Freundeskreis geben in Bezug auf die Familie mehr Studierende an, dass die Religion als „eher wichtig“ (11,1 %) und „sehr wichtig“ (7,9 %) erlebt wird. In Bezug auf den Freundeskreis beschreiben 36,9 % die Rolle von Religion als „völlig unwichtig“ und 38,1 % als „eher unwichtig“. Die Antwortmöglichkeit „teils/teils“ wird von 19,6 % der Studierenden gewählt. Ein geringer Teil von 3,5 % der Studierenden beschreibt die Religion im Freundeskreis hingegen als „eher wichtig“ und 1,8 % als „sehr wichtig“.

Tabelle 9. Wichtigkeit der Religion; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.819

	völlig unwichtig	**eher unwichtig**	**teils/teils**	**eher wichtig**	**sehr wichtig**
Wie wichtig ist Religion für Sie persönlich in Ihrem Alltag?	48,2	24,4	12,3	8,8	6,3
Wie wichtig ist Religion in Ihrer Familie?	30,6	28,5	21,8	11,1	7,9
Wie wichtig ist Religion in Ihrem Freundeskreis?	36,9	38,1	19,6	3,5	1,8

In Abbildung 9 ist der Anteil jener Studierender dargestellt, die Religion für sie persönlich im Alltag, in ihrer Familie und in ihrem Freundeskreis für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ halten. Es zeigt sich, dass, insbesondere im Vergleich zu den anderen Konfessionen, Studierende, die sich einer „sonstigen“ christlichen Konfession oder dem muslimischen Glauben zuordnen, Religion vor allem im Alltag und in der Familie eine hohe Bedeutung beimessen. 75,7 % der Angehörigen „sonstiger“ christlicher Konfessionen geben dies in Bezug auf den Alltag, und 72,4 % in Bezug auf die Familie an. Bei den Muslim*innen sind es 63,8 % im Alltag und 69,2 % in der Familie. In Relation dazu bewerten die evangelischen und katholischen Christ*innen Religion als weniger wichtig in ihrem Alltag und in der Familie. 15,1 % der evangelischen und 19,1 % der katholischen Christ*innen halten Religion im Alltag für wichtig, 15,5 % und 28,8 % in der Familie. Über alle Konfessionen hinweg wird die Wichtigkeit der Religion im Freundeskreis als weniger wichtig im Vergleich zu dem Alltag oder der Familie bewertet. Bei den „sonstigen“ christlichen Konfessionen finden 38,1 %, dass Religion im Freundeskreis wichtig ist. Bei den Muslim*innen geben dies 35,4 %, bei den evangelischen Christ*innen 4,1 %, bei den katholischen Christ*innen 3,8 % und bei den „anderen“ Konfessionen 11,9 % an. Von den Studierenden, die sich keiner Religion zuordnen, geben 5,5 % in Bezug auf die Familie, 1,3 % in Bezug auf den Alltag und 1,5 % in Bezug auf den Freundeskreis an, dass ihnen Religion „eher“ oder „sehr wichtig“ ist.

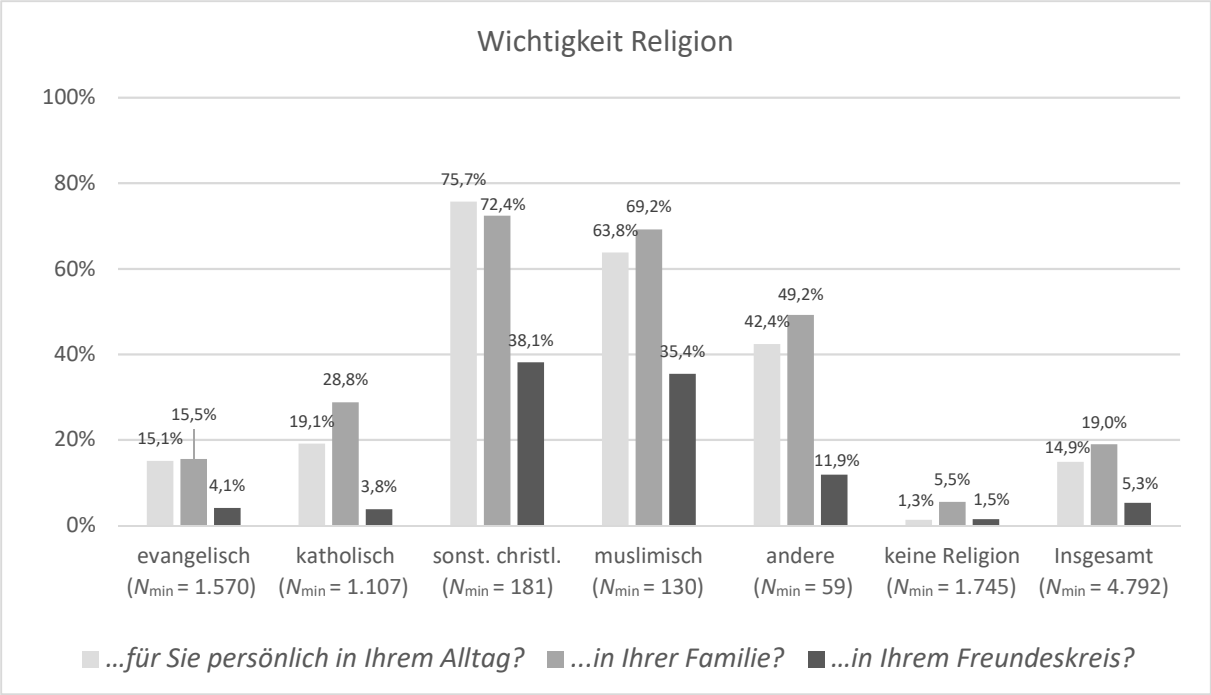

Abbildung 9. Wichtigkeit der Religion nach Religionszugehörigkeit; Anteil an Befragten, denen Religion „eher“ oder „sehr“ wichtig ist; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.792

4.2 Religiöse Aktivitäten

Die Studierenden wurden gebeten, Angaben dazu zu machen, in welchem Umfang sie in den letzten 12 Monaten an religiösen Aktivitäten teilgenommen haben (Tabelle 10). 50,9 % der Studierenden geben an, nie gebetet zu haben. 30,5 % haben dies „1- oder 2-mal“ oder „3- bis 12-mal“ getan. Mehrmals pro Monat beten 5,5 % der Studierenden und 6,7 % mindestens einmal pro Woche. 6,3% geben an, täglich zu beten.

Ein Gotteshaus, wie eine Kirche, Moschee oder Synagoge, haben 34,8 % der Studierenden „nie“ in den letzten 12 Monaten besucht. „1- oder 2-mal“ und „3- bis 12-mal“ besuchten 55,9 % der Studierenden ein Gotteshaus, während 3,9 % dies mehrmals im Monat taten. Mindestens einmal pro Woche besuchen 5,2 % und „täglich“ 0,2 % der Studierenden ein Gotteshaus.

48,0 % der Studierenden geben an, dass sie in den letzten 12 Monaten keine religiöse Veranstaltung besucht haben, während 29,3 % dies „1- oder 2-mal“ und 15,0 % „3- bis 12-mal“ getan haben. Deutlich häufiger nahmen etwa 7,7 % der Befragten an einer Veranstaltung teil. Diese Studierenden geben an, dass sie „mehrmals pro Monat“ (3,3 %), „einmal pro Woche“ (2,1 %) und „mehrmals pro Woche“ (2,2 %) an einer religiösen Veranstaltung teilnehmen. Täglich an einer religiösen Veranstaltung teilzunehmen, geben 0,1 % der Befragten an.

Tabelle 10. Religiöse Praxis; Häufigkeiten verschiedener religiöser Handlungen in den letzten 12 Monaten; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.818

	nie	1- oder 2-mal	3- bis 12-mal	mehr-mals pro Monat	einmal pro Woche	mehr-mals pro Woche	täglich
Wie oft haben Sie gebetet?	50,9	16,5	14,0	5,5	1,7	5,0	6,3
Wie oft haben Sie ein Gotteshaus (z.B. Kirche, Moschee, Synagoge) besucht?	34,8	34,8	21,1	3,9	3,9	1,3	0,2
Wie oft haben Sie eine religiöse Veranstaltung besucht?	48,0	29,3	15,0	3,3	2,1	2,2	0,1

In der heutigen, digitalen Zeit spielt das Internet auch für die Religionsausübung eine wichtige Rolle. Die Studierenden der StuPe-Stichprobe wurden deshalb nach ihrem Verhalten im Internet und insbesondere in sozialen Medien befragt (Tabelle 11). Neben dem Konsumverhalten (Besuch vom Internetseiten) wurden auch Aktivitäten wie Posting und Vernetzung erhoben. 73,5 % der Befragten geben an, „nie“ Webseiten mit religiösen Inhalten zu besuchen. 24,2 % tun dies „selten“ oder „manchmal“, während 2,3 % „oft“ auf religiösen Webseiten Zeit verbringen. Das Posten von religiösen Inhalten wird in Bezug auf das Internet am wenigsten von den Studierenden praktiziert. 96,7 % geben an, dies „nie“ oder „selten“ zu tun. 2,5 % posten „manchmal“ religiöse Inhalte in den sozialen Netzwerken und nur 0,9 % tun dies „oft“. Auch der Austausch über religiöse Fragen kann online stattfinden. Jedoch geben nur 1,5 % der Befragten an, dies „oft“ zu tun. „Manchmal“ oder „selten“ tauschen sich 14,7 % der Studierenden aus, während 83,8 % dies „nie“ tun.

Tabelle 11. Internetaktivitäten mit religiösem Bezug; Angaben in gültigen Prozenten; nur Befragte mit Religionszugehörigkeit; N_{min} = 3.045

	nie	selten	manchmal	oft
Ich besuche gerne Seiten im Internet mit religiösem Inhalt.	73,5	17,4	6,8	2,3
Ich poste Dinge wie Bilder, Links, oder Texte mit religiösem Inhalt in den sozialen Netzwerken	90,3	6,4	2,5	0,9
Ich tausche mich online mit anderen über religiöse Fragen aus.	83,8	9,9	4,8	1,5

4.3 Fundamentalismus und Religionsfeindlichkeit

Der Begriff Fundamentalismus, der seine Ursprünge im amerikanischen Protestantismus des frühen 20. Jahrhunderts hat und dessen Wortbedeutung von wortgläubig und schriftgläubig kommt, beschreibt eine Lebenspraxis, in der die wortgemäße Anwendung religiöser Schriften im Mittelpunkt steht (Klein, Zwingmann & Jeserich, 2017, 140f.). Abweichungen von den als Anweisungen verstandenen religiösen Schriften oder deren Interpretation werden abgelehnt. Fundamentalismus wird als „vormachtorientierte Instrumentalisierung der eigenen religiösen oder weltanschaulichen Wahrheitsansprüche“ (Meyer, 2011, S. 27) gesehen. Als politische Ideologie und Bewegung ist Fundamentalismus „der Versuch, den modernen Prozess der Öffnung und der Ungewissheit, sei es ganz, sei es in seinen zentralen Bereichen, umzukehren und die von seinen Verfechtern zur absoluten Gewissheit erklärte Variante der Weltdeutung, der Lebensführung, der Ethik, der sozialen Organisation zu Lasten aller Anderen verbindlich zu machen“ (Meyer, 2011, S. 29). Der Fundamentalismus hat dabei die Funktion, Ungewissheiten zu ersetzen, indem er „Deutungsalternativen im Rückgriff auf geheiligte Traditionen oder künstlich immunisierte Gewissheiten absolut setzt“ (Meyer, 2011, S. 29).[6]

In diesem Kapitel wird neben Fundamentalismus von Christ*innen und Muslim*innen auch Religionsfeindlichkeit einbezogen. Konzeptionell unterscheiden sich ablehnende Einstellungen gegenüber Religion von Fundamentalismus erheblich. Die Gruppe der Konfessionslosen, die zunächst einmal Menschen einschließt, die keine formellen Mitglieder einer Religionsgemeinschaft sind und sowohl atheistische Überzeugungen als auch andere Weltanschauungen innehaben können, bildet aufgrund dieser Heterogenität keine mit einer Religion gleichzusetzende Gruppe. Darüber hinaus liegen keine heiligen Schriften zugrunde, die eine geteilte Weltanschauung begründen könnten. Es wird jedoch deutlich, dass Aspekte wie Überlegenheitsgefühle oder ein Absolutheitsanspruch der Weltanschauung nicht nur in Religionen, sondern auch im Hinblick auf kritische, ablehnende oder feindselige Einstellungen gegenüber Religion als solches in der Gruppe der Konfessionslosen zu finden sein können.[7]

4.3.1 Christlicher Fundamentalismus

Tabelle 12 beinhaltet die Verteilung der Angaben christlicher Studierender zu den Items einer konfessionsübergreifenden Fundamentalismusskala. Der Großteil der Items ist angelehnt an die Fundamentalismusskala von Frindte et al. (2011) und wurde für die Anwendung bei allen Religionen umformuliert. Es zeigt sich, dass die meisten Studierenden den Items „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zustimmen. Lediglich der Aussage, dass es schwer ist, in Deutschland nach den richtigen religiösen Regeln zu leben, stimmen mit 6,1 % im Verhältnis zu den vorherigen Items mehr Studierende „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Am wenigsten Zustimmung erfahren die Aussagen, dass Menschen, die die Religion modernisieren, die wahre Lehre zerstören und dass die Befolgung der Gebote der Religion wichtiger ist als die Befolgung der deutschen Gesetze. Dem stimmen 2,8 % der Befragten „eher“ und 3,0 % „voll und ganz“ zu.

[6] Eine detailliertere Aufschlüsselung verschiedener Konzepte von Fundamentalismus und dessen unterschiedlichen Operationalisierungen in empirischen, sozialwissenschaftlichen Studien finden sich u. a. bei Klein, Zwingmann und Jeserich (2017).

[7] Von einigen Autor*innen wird der Fundamentalismusbegriff nicht nur in Bezug auf Religion verwendet, sondern auch für solche Bereiche, in denen Verabsolutierung von Überzeugungen jeglicher Art zu finden ist (Klein, Zwingmann & Jeserich, 2017; Meyer, 2011; Prisching, 2005).

Tabelle 12. Konfessionsübergreifende Fundamentalismusitems; Angaben in gültigen Prozenten; nur Christ*innen; N_{min} = 2.824

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Menschen, die meine Religion modernisieren, zerstören die wahre Lehre.	81,7	10,9	4,6	2,1	0,7
Ungläubige kommen in die Hölle.	86,9	5,7	2,8	2,1	2,6
Auf lange Sicht wird sich meine Religion in der ganzen Welt durchsetzen.	72,1	16,5	8,1	2,0	1,3
Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die deutschen Gesetze.	82,8	10,0	4,2	1,9	1,1
Meine Religion ist die einzig wahre Religion.	82,5	7,0	3,9	2,8	3,9
Nach den richtigen Regeln der Religion zu leben, ist in Deutschland sehr schwer.	56,5	23,2	14,3	4,9	1,2

Neben der konfessionsübergreifenden Fundamentalismusskala wurden religionsspezifische Fundamentalismusitems im Fragebogen verwendet (Tabelle 13). Der spezifisch christliche Fundamentalismus wurde durch sechs Items abgefragt, die aufgrund eines Filters nur von christlichen Studierenden beantwortet werden konnten. Die Items gehen zum einen zurück auf die Übersetzungen der Intratextual Fundamentalism Scale (Klein et al., 2017; Paul Williamson, Hood, Ahmad, Sadiq & Hill, 2010), dem Six Country Immigrant Integration Comparative Survey (SCIICS) (Koopmans, 2015) und zum anderen auf Adaptionen von Items zur Messung religiöser Ideologie (Bergmann, Baier, Rehbein & Mößle, 2017; Goede et al., 2020, S. 46).

95,5 % der Christ*innen stimmen der Aussage „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu, dass es nur eine Auslegung der Bibel gibt, an die sich alle Christ*innen halten müssen. Wiederum befürworten diese Aussage 1,6 % „eher“ oder „voll und ganz“. Ähnlich werden die Aussagen bewertet, dass alles in der Bibel absolut wahr ist oder keine der Aussagen in der Bibel angezweifelt werden. Diesen Items stimmen 91,2 %, bzw. 91,3 % der Studierenden „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Ein homogeneres Bild zeichnet sich bei den Aussagen dazu ab, dass es eine christliche Leitkultur in Deutschland gibt, auf die sich Muslim*innen einstellen müssen und der Aufforderung, dass Christ*innen zu den Wurzeln des Christentums zurückkehren sollten. 55,6 % der Studierenden stimmen der Aussage bezüglich der Leitkultur „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu, während 22,4 % „teils/teils“ angeben. „Eher“ oder „voll und ganz“ stimmen 22,0 % dieser Aussage zu. Eine Rückkehr zu den Wurzeln des Christentums befürworten 78,4 % der Studierenden, 13,6 % geben „teils/teils“ an. 8,0 % stimmen dem „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die meisten christlichen Studierenden den Aussagen des christlichen Fundamentalismus kritisch gegenüberstehen und die Aussagen überwiegend ablehnen.

Tabelle 13. Christentumspezifische Fundamentalismusitems; Angaben in gültigen Prozenten; nur Christ*innen; N_{min} = 2.732

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Es gibt nur eine Auslegung der Bibel und alle Christen müssen sich daran halten.	85,3	10,2	2,9	1,2	0,4
Alles in der Bibel ist ohne Frage absolut wahr.	82,8	8,4	4,2	2,2	2,3
Die Bibel sollte nie angezweifelt werden, selbst wenn wissenschaftliche oder historische Erkenntnisse gänzlich dagegen sprechen.	81,4	9,9	5,2	2,0	1,5
Es ist die Pflicht jedes Christen, Gottes Wort auf der ganzen Welt zu verbreiten.	70,0	14,6	8,6	4,2	2,6
Es gibt so etwas wie eine Leitkultur, zu der auch das Christentum gehört. Die Muslime in Deutschland müssen sich darauf einstellen.	36,2	19,4	22,4	14,5	7,5
Christen sollten zu den Wurzeln des Christentums zurückkehren.	61,2	17,2	13,6	4,9	3,1

4.3.2 Islamischer Fundamentalismus

Tabelle 14 beinhaltet die gleichen Items, die schon in Tabelle 12 zur Messung von Fundamentalismus bei Christ*innen verwendet wurden. Im Folgenden wird die Verteilung der Angaben muslimischer Studierender zu den Items dargestellt. Mehr als 50 % der Befragten stimmen jeweils bei fünf der Items „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Den Items, in denen es darum geht, dass die eigene Religion die einzig wahre Religion ist und es in Deutschland sehr schwer ist, nach religiösen Regeln zu leben, stimmen mit 39,5 % und 31,2 % der Befragten relativ viele Befragte zu.

Neben den Items zur Messung von Fundamentalismus nach u. a. Frindte et al. (2011), die für alle Religionen eingesetzt werden können, wurde ein Item in den Fragebogen aufgenommen, welches explizit salafistische Einstellungen abdecken soll (Pollack, Müller, Rosta & Dieler, 2016). Dem ist zu entnehmen, dass 11,2 % der muslimischen Studierenden „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen, dass Muslim*innen die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben sollten.

Tabelle 14. Konfessionsübergreifende Fundamentalismusitems und Salafismus; Angaben in gültigen Prozenten; nur Muslim*innen; N_{min} = 108

	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Menschen, die meine Religion modernisieren, zerstören die wahre Lehre.	32,8	21,6	20,8	9,6	15,2
Ungläubige kommen in die Hölle.	42,7	19,4	17,7	5,6	14,5
Auf lange Sicht wird sich meine Religion in der ganzen Welt durchsetzen.	37,9	20,2	22,6	9,7	9,7
Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die deutschen Gesetze.	47,2	20,0	19,2	8,0	5,6
Meine Religion ist die einzig wahre Religion.	33,9	10,5	16,1	12,9	26,6
Nach den richtigen Regeln der Religion zu leben, ist in Deutschland sehr schwer.	24,8	20,0	24,0	20,0	11,2
Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben.	51,9	16,7	20,4	5,6	5,6

4.3.3 Religionsfeindlichkeit

In Tabelle 15 sind Items und deren Antwortverteilung konfessionsloser Studierender dargestellt. Die Items beinhalten eine ablehnende Haltung gegenüber Religion. Dabei wird kein Bezug auf eine konkrete Religion genommen, sondern Religion als solches thematisiert. Besonders kritisch zeigen sich die Studierenden gegenüber dem Ausdruck von Religiosität in der Öffentlichkeit und bezüglich Religion als Ursache von Konflikten.

Es stimmen 43,4 % der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass Religion nichts in der Öffentlichkeit zu suchen hat. 66,0 % tun dies in Bezug auf die Aussage, dass Religion eher zu Konflikten führt als zum Frieden. Besonders wenig Zustimmung zeigt sich bei jenem Item, das eine Forderung nach einem Verbot von Religion enthält und bei demjenigen, in dem Glauben als Ausdruck einer schwachen Persönlichkeit thematisiert wird. 80,3 % lehnen ein Verbot der Religion ab oder stimmen „eher nicht“ zu. 65,1 % stimmen der Aussage, dass der Glaube eine schwache Persönlichkeit ausdrückt „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Besonders viel Zuspruch wird der Aussage entgegengebracht, dass Religionen eher zu Konflikten als zu Frieden führen. Nur 10,4 % stimmen dieser Aussage „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Dagegen stimmen nur 9,7 % der Studierenden „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass Religionen verboten werden sollten.

Tabelle 15. Einstellungen zu Religion; Angaben in gültigen Prozenten; nur Konfessionslose; N_{min} = 1.700

	stimme überhaupt nicht zu	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Man sollte alle Religionen verbieten.	59,8	20,5	10,0	4,9	4,8
Glaube ist Ausdruck einer schwachen Persönlichkeit.	42,3	22,8	18,9	10,2	5,8
Religionen haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen.	9,6	17,7	29,3	19,3	24,1
Religionen führen eher zu Konflikten als zum Frieden.	4,1	6,3	23,6	30,0	36,0

5 Politik

Studierende können sich auf unterschiedlichste Art und Weise politisch engagieren. Dabei bietet nicht nur die Hochschule viele Betätigungsfelder der politischen Meinungsbildung und politischen Partizipation. Unter politischer Partizipation werden Verhaltensweisen von Bürger*innen verstanden, die sich freiwillig an politischen Entscheidungen beteiligen. Dies kann sowohl als Gruppe oder auch als Einzelperson sowie auf verschiedenen Ebenen (Hochschule, Kommune, Land, Bund) erfolgen. Politische Partizipation kann entweder anhand von konventionellen oder unkonventionellen Formen ausgeübt werden. Nach Niedermayer (2005) lassen sich insgesamt sechs Formen der politischen Partizipation ableiten: Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen; parteibezogene Aktivitäten; Gemeinde, Wahlkampf und Politiker*innen bezogene Aktivitäten; legaler Protest; ziviler Protest; politische Gewalt. Auch Gewalt gegen Sachen oder Personen ist demnach eine Form der politischen Partizipation (Niedermayer, 2005). Dabei ist diese die extremste Form.

Im folgenden Kapitel 5.1 wird zunächst das politische Engagement der befragten Studierenden beschrieben. Im nächsten Unterkapitel 5.2 werden internetspezifische Items hinsichtlich politischer Aktivitäten dargestellt und anschließend das allgemeine Interesse an Politik sowie die politische Wirksamkeit in Kapitel 5.3 thematisiert.

5.1 Politisches Engagement

Politisches Engagement kann auf unterschiedlichen Wegen stattfinden. Zum einen bieten viele Universitäten und Hochschulen Gruppen einen Rahmen, in dem sich Studierende für bestimmte politische Zwecke einsetzen können. Darunter können sowohl die Hochschulpolitik als auch gesellschaftsbezogene Politik fallen. Zum anderen kann politisches Engagement auch außerhalb der Hochschule stattfinden, bspw. in Parteien oder durch die Teilnahme an Demonstrationen.

Insbesondere Personen mit Hochschulabschluss beteiligen sich häufiger an nicht institutionalisierten und organisatorischen Formen der politischen Partizipation (Weßels, 2018, S. 353). Auf Basis des European Social Survey 2016 zeigt Weßels (2018, S. 353), dass Personen mit Hochschulabschluss zu 27 % und Personen ohne Hochschulabschluss zu 16 % Politiker*innen kontaktiert haben. Besonders deutlich ist der Unterschied bei der Unterschriftensammlung. 54 % der Personen mit Hochschulabschluss und 35% der Personen ohne Hochschulabschluss beteiligten sich an einer Sammlung von Unterschriften. Insgesamt kann festgestellt werden, dass von 2002 bis 2016 das politische Engagement sowohl in West- als auch in Ostdeutschland gestiegen ist. Im Jahr 2016 nahmen 11 % der Westdeutschen und 13 % der Ostdeutschen an einer Demonstration teil. 2008 waren es in Westdeutschland 8 % und in Ostdeutschland 7 % (Weßels, 2018, S. 353).

Tabelle 16 kann entnommen werden, dass sich die Befragten der Studierendenbefragung StuPe ähnlich stark für Umwelt- und Tierschutz sowie Interessen von Jugendlichen bzw. jungen Leuten engagieren. Nur zwischen 37,0 % und 38,9 % tun dies „nie“ und 12,5 % bzw. 15,2 % tun dies „oft“. Ein großer Teil der Befragten von knapp 50 % tut dies in beiden Fällen „selten“ oder „manchmal“. Etwas geringer fällt das Engagement für Geflüchtete aus. Etwa die Hälfte der Befragten (54,5 %) engagiert sich „nie“ für Geflüchtete, 25,2 % „selten“, 14,5 % „manchmal“ und 5,9 % „oft“. Tendenziell häufiger engagieren sich die Befragten hingegen für benachteiligte Menschen, im Bereich soziale oder politische Veränderungen und für ein besseres Zusammenleben von Ausländer*innen und Deutschen. Für die Pflege deutscher Kultur und Tradition sowie für Menschen in armen Ländern und für Sicherheit und Ordnung am Wohnort engagieren sich die Befragten zwar verhältnismäßig seltener, jedoch sind

es auch in diesen Feldern noch zwischen 14,5 % und 19,6 % der Befragten, die sich „manchmal“ oder „oft“ engagieren.

Tabelle 16. Soziales und politisches Engagement; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.818

Ich bin aktiv für…	nie	selten	manchmal	oft
…den Umwelt- und Tierschutz	37,0	25,4	25,1	12,5
…die Interessen von Jugendlichen, jungen Leuten	38,9	22,4	23,5	15,2
…geflüchtete Menschen	54,4	25,2	14,5	5,9
…ein besseres Zusammenleben von Ausländern und Deutschen	47,8	24,4	19,4	8,4
…die Sicherheit und Ordnung an meinem Wohnort	64,5	20,0	10,4	5,1
…benachteiligte Menschen (z.B. Ältere, Arme, Behinderte)	43,8	27,0	20,6	8,5
…soziale und politische Veränderung in Deutschland	44,3	26,9	20,3	8,5
…die Menschen in armen Ländern	57,0	26,3	13,0	3,7
…die Pflege deutscher Kultur und Tradition	58,7	21,7	13,6	6,0

Aus dem Fragebogen des Forschungsprojektes „DJI-Jugendsurvey“, in dem eine Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt wurde, können darüber hinaus unterschiedliche Möglichkeiten des politischen oder sozialen Engagements entnommen werden (Deutsches Jugendinstitut, 2003). Den Studierenden unserer Befragung wurde daraus folgende Frage vorgelegt. „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sozial oder politisch aktiv zu sein. Was würden Sie tun, was haben Sie bereits gemacht, welche Möglichkeiten lehnen Sie ab?“. Anschließend sollten sie 18 ausgewählte Möglichkeiten bewerten und zwar,

- ob sie solch ein Engagement noch nie gezeigt haben und es auch unter keinen Umständen tun würden,
- ob sie so ein Engagement noch nie gezeigt haben, aber es vielleicht tun würden
- ob sie so ein Engagement früher bereits gezeigt haben
- ob sie so ein Engagement in den letzten 12 Monaten gezeigt haben.

Tabelle 17 zeigt die Verteilung des Engagements. Am häufigsten in den letzten 12 Monaten haben sich die Studierenden an einer Unterschriftensammlung (36,1 %) und einer Online-Protestaktion (34,5 %) beteiligt. Ungefähr ein Fünftel haben in den letzten 12 Monaten einen Kommentar zu einem politischen oder gesellschaftlichen Thema im Internet geschrieben (19,0 %) oder an einer genehmigten Demonstration/Kundgebung teilgenommen (21,7 %). Am seltensten berichten die Studierenden, an wichtigen Aktionen teilgenommen zu haben, bei denen nicht völlig auszuschließen war, dass dabei Personen zu Schaden kommen (0,5 %) oder an einer Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken oder Ämtern beteiligt gewesen zu sein (0,5 %).

Die häufigste Ablehnung zeigt sich bei den folgenden Möglichkeiten:

- ein politisches Symbol oder einen Spruch an eine Hauswand oder ähnliches malen bzw. sprayen (87,0 %)
- Informationsmaterial zu religiösen Themen (z.B. Bibel, Koran) im öffentlichen Raum verteilen (86,0 %)
- Teilnahme an Aktionen, bei denen es auch mal zu Sachbeschädigungen kommt (86,9 %).

Die Verteilung zeigt deutlich, dass die befragten Studierenden die legitimen Mittel des politischen oder sozialen Engagements deutlich häufiger wählen als die illegitimen Mittel.

Tabelle 17. Möglichkeiten des politischen oder sozialen Engagements; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.484

	Nie getan und würde es unter keinen Umständen tun	Nie getan, würde es aber vielleicht tun	Nur früher mal getan	In den letzten 12 Monaten getan
Briefe/Mails an Politiker schreiben	21,9	62,2	8,2	7,7
sich in öffentlichen Versammlungen an Diskussionen beteiligen	14,2	56,6	16,1	13,1
ein politisches Amt übernehmen	36,9	57,3	3,5	2,4
Kommentare zu politischen oder gesellschaftlichen Themen im Internet schreiben	30,1	40,1	10,7	19,0
in eine Partei eintreten und dort aktiv mitarbeiten	32,8	59,9	3,2	4,1
in einer anderen politischen Gruppierung mitmachen	34,4	55,1	4,3	6,1
für eine Partei, Bürgerinitiative, religiöse oder politische Gruppierung an einer Spendensammlung mitwirken	35,5	49,2	9,5	5,8
sich an einer Unterschriftensammlung beteiligen	9,5	31,8	22,6	36,1
sich an einer Online-Protestaktion beteiligen	15,3	33,5	16,7	34,5
Informationsmaterial zu religiösen Themen (z.B. Bibel, Koran) im öffentlichen Raum verteilen	86,0	10,0	2,7	1,4
Informationsmaterial zu politischen Themen (z.B. Zeitschriften, Flyer) im öffentlichen Raum verteilen	41,6	47,0	6,4	4,9
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration/Kundgebung	12,4	43,8	22,0	21,7
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration/Kundgebung	55,9	35,8	5,3	3,0
ein politisches Symbol oder einen Spruch an eine Hauswand oder ähnliches malen bzw. bzw. sprayen	87,0	10,0	2,2	0,8
Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	81,1	17,0	1,3	0,5
Teilnahme an Aktionen, bei denen es auch mal zu Sachbeschädigungen kommt	86,9	10,5	2,0	0,6
Teilnahme an wichtigen Aktionen, auch wenn nicht völlig auszuschließen ist, dass dabei Personen zu Schaden kommen	84,4	14,0	1,1	0,5
Beteiligung an einem Boykott	48,2	41,0	5,2	5,7

1.972 Studierende der Stichprobe geben an, „früher mal“ oder „in den letzten 12 Monaten“ an einer genehmigten oder nicht genehmigten Demonstration oder Kundgebung teilgenommen zu haben (Tabelle 17). Ihnen wurde die Frage gestellt, wofür oder wogegen diese Demonstration oder Kundgebung war. Vorgegeben waren zunächst sechs Möglichkeiten (z. B. Demonstration/Kundgebung für Tierschutz/Umweltschutz, gegen einen Nazi-Aufmarsch, gegen die Islamisierung (z.B. PEGIDA), eines islamischen Predigers (z.B. Pierre Vogel), für Europa, für bessere Bildung). Da jedoch viele Befragte die Möglichkeit einer offenen Antwort wahrnahmen (34 %), wurden sowohl die vorgegebenen Möglichkeiten als auch die offenen Nennungen nach Themengebieten sortiert. Dabei ist anzumerken, dass sich die Einordnung der offenen Angaben nicht in allen Fällen als klar erwies. Die in Abbildung 10 dargestellten Kategorien weisen zudem an einigen Stellen inhaltliche Überschneidungspunkte auf. Es lässt sich festhalten, dass die häufigsten Angaben bei Demonstrationen oder Kundgebungen „gegen Rechts“ zu finden sind, gefolgt von den Themen Bildung sowie Tier- und Umweltschutz. Demonstrationen oder Kundgebungen für Europa sind mit 24,3 % ebenfalls noch relativ häufig vertreten, während die übrigen Themen hingegen deutlich seltener genannt wurden.

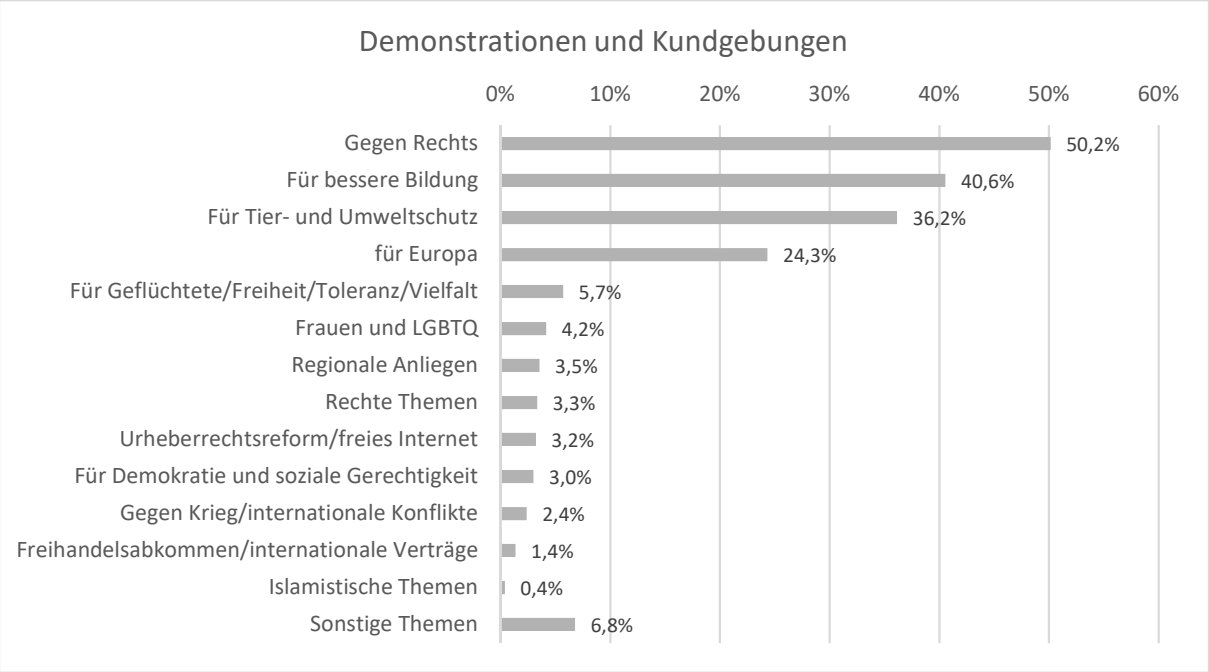

Abbildung 10. Anteil von Studierenden, die mindestens einmal an einer Demonstration oder Kundgebung zu dem jeweiligen Thema teilnahmen; Mehrfachnennungen möglich; Angaben in absoluten Prozenten von *N* = 1.972, die „früher mal“ oder „in den letzten 12 Monaten“ an einer genehmigten oder nicht genehmigten Demonstration oder Kundgebung teilgenommen haben

5.2 Internetaktivitäten

Wie schon in Tabelle 17 zu sehen, kann man sich neben politischer Mitwirkung in der Freizeit oder in der Hochschule auch im Internet über Politik informieren bzw. austauschen. Ergänzend zum erwähnten Kommentieren von Beiträgen im Internet wurden zusätzlich drei internetspezifische Items in den Fragebogen integriert. Die Studierenden sollten die Häufigkeit ihrer Internetnutzung im Hinblick

auf politische Inhalten angeben (Tabelle 18). Über die Hälfte der Befragten (53,5 %) besuchen „manchmal“ oder „oft“ Seiten mit politischem Inhalt im Internet. Knapp ein Fünftel (19,2 %) gibt an, sich mit anderen „manchmal“ oder „oft“ über politische Fragen im Internet auszutauschen. 9,3 % der Studierenden posten „manchmal“ oder „oft“ politischen Inhalt auf verschiedene Art und Weise im Internet. Das Internet wird demnach zwar nicht von allen, aber dennoch einem Großteil der Studierenden regelmäßig für politische Zwecke genutzt.

Tabelle 18. Politische Internetaktivität; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.464

	nie	selten	manchmal	oft
Ich besuche gerne Seiten im Internet mit politischem Inhalt.	13,6	33,0	32,0	21,5
Ich poste Dinge wie Bilder, Links oder Texte mit politischem Inhalt in den sozialen Netzwerken.	73,2	17,5	6,7	2,6
Ich tausche mich online mit Anderen über politische Fragen aus.	56,7	24,2	12,9	6,3

5.3 Interesse an Politik und politische Wirksamkeit

Dem Datenreport 2018 ist die Entwicklung des politischen Interesses in der Bevölkerung von 1980 bis 2016 auf Basis der ALLBUS-Datensätze zu entnehmen. Das Interesse schwankt zwischen den einzelnen Jahren, allerdings lässt sich kein Trend erkennen, der eine Zu- oder Abnahme des politischen Interesses abbilden könnte. Es kann aber festgestellt werden, dass das politische Interesse durch soziale Unterschiede, nämlich Bildung, geprägt ist. Der Anteil an Personen mit Abitur, die sich „stark“ oder „sehr stark“ für Politik interessieren, lag 2016 in Westdeutschland bei 55 % und in Ostdeutschland bei 53 %. Damit zeichnet sich das Interesse mit 15 Prozentpunkten über dem Bevölkerungsdurchschnitt ab (Weßels, 2018, S. 351). Demnach ist davon auszugehen, dass auch bei Studierenden das Interesse an Politik höher ist als bei Nicht-Studierenden.

Der Studie „Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden“ lassen sich Entwicklungen politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und Handlungen Studierender zwischen den Jahren 1983 und 2007 entnehmen. Unter anderem kann anhand der Zahlen des Studierendensurvey erkannt werden, dass sich das politische Interesse Studierender von 2001 bis 2007 verringert hat (Bargel, 2008, S. 7). Während 2001 noch 46 % der Studierenden ein sehr starkes politisches Interesse angaben, waren es 2007 nur noch 37 %. Die Studie konnte auch feststellen, dass sich insbesondere verstärktes politisches Desinteresse bei Studentinnen entwickelt hat. 2007 gaben 26 % der Studentinnen an, gänzlich desinteressiert an Politik zu sein. Bei den Studenten zeigte sich nur ein Anteil von 16 %. Vor der Jahrtausendwende konnte auch ein starker Unterschied des politischen Interesses zwischen Studierenden an Fachhochschulen und an Universitäten festgestellt werden. Die Zahlen von 2007 zeigen jedoch, dass das Interesse annähernd gleich stark ist. An der Fachhochschule interessieren sich 33 % und an der Universität 37 % der Studierenden stark für Politik (Bargel, 2008, S. 8).

Das Thema Politik wurde mit der Frage nach der Stärke des Interesses der Studierenden an Politik eingeleitet. Abbildung 11 zeigt deutlich, dass das Interesse der Studierenden eher stark als schwach ausfällt, wobei der Großteil der Befragten (36,4 %) angibt, sich „etwas“ für Politik zu interessieren.

„Starkes“ oder „sehr starkes“ Interesse besteht bei 47,9 % der Studierenden. Nur 2,3 % der Befragten geben an, sich „überhaupt nicht“ für Politik zu interessieren. Es zeigt sich außerdem, dass sich männliche Befragte stärker für Politik interessieren als ihre weiblichen Kommilitoninnen.

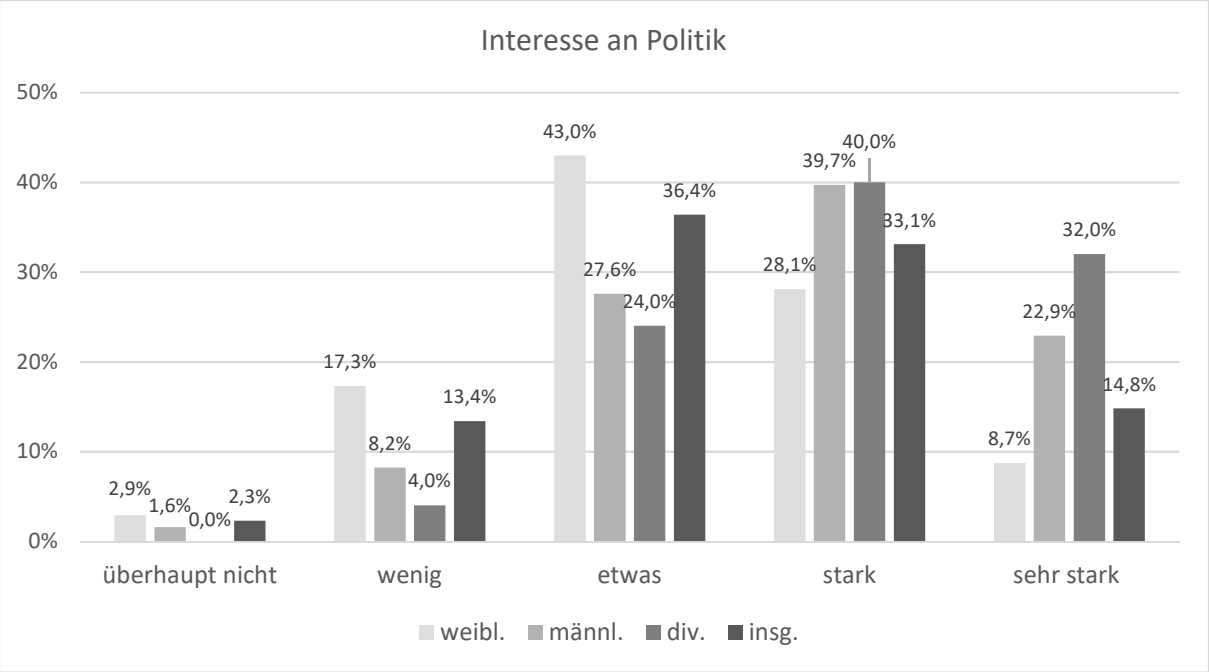

Abbildung 11. Interesse an Politik; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 2.621 weiblich, *N* = 1.913 männlich, *N* = 25 divers, *N* = 4.559 insgesamt

Die Wahrnehmung eines Mangels an Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse oder eine allgemeine Politikverdrossenheit ist unter den befragten Studierenden nicht zu erkennen. Dennoch zeigt sich ein differenziertes Bild bei der Analyse politischer Deprivation. Eingesetzt wurden hier zwei Items, die aus den Surveys zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stammen (GMF-Surveys; Heitmeyer, 2002). Aus Tabelle 19 geht hervor, dass knapp die Hälfte der Befragten der Aussage nicht zustimmt, dass sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut. „Eher“ oder „voll und ganz“ stimmen dennoch 21,5 % der Studierenden zu und 29,1 % antworten mit „teils/teils“. Knapp 10 % der Befragten hält es für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Der Großteil der Befragten von knapp 73 % sieht das nicht so und etwa 18 % wählt die Mittelkategorie „teils/teils“.

Tabelle 19. Politische Deprivation; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.553

	stimme überhaupt nicht zu	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	18,0	31,5	29,1	16,3	5,2
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	39,6	33,0	17,6	7,1	2,8

Mittels der Items „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen“ und „Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen“ konnten die Studierenden ihre politische Kompetenz- und Einflussüberzeugung beurteilen. Die Items stammen aus der Internal Political Efficacy Kurzskala (PEKS) und bilden die Überzeugung ab, politische Vorgänge zu verstehen und sich an Gesprächen zu politischen Fragen beteiligen zu können (Beierlein, Kemper, Kovaleva & Rammstedt, 2012a). Beide Items werden zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Die Verteilung ist der Abbildung 12 zu entnehmen. Dabei ist zu erkennen, dass 57,9 % der Studierenden den beiden Items durchschnittlich „ziemlich“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Die Hälfte der Studierenden ist demnach davon überzeugt, sich wirksam an Politik beteiligen zu können.

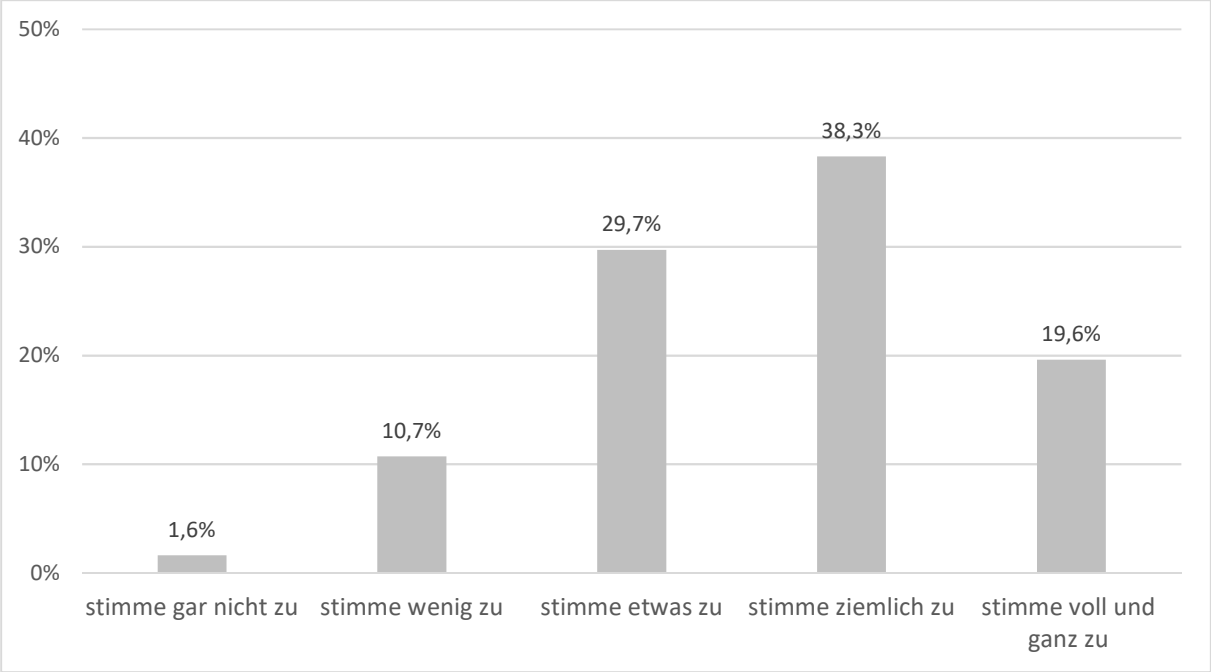

Abbildung 12. Zustimmung zu der Mittelwertskala „Politische Wirksamkeit“; Gerundete Werte; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.566

5.4 Politische Selbstverortung

Um einen ersten Überblick über die politische Verortung der Studierenden zu erhalten, wird zum einen mit Hilfe einer Links-Rechts-Skala eine Selbstverortung abgebildet und zum anderen die sogenannte „Sonntagsfrage“ nach der Parteipräferenz dargestellt. In methodischer Anlehnung an die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) (Breyer, 2015) wurde die politische Orientierung auf einer Links-Rechts-Skala abgefragt. Anhand eines Schiebereglers konnten die Studierenden ihre politische Selbstverortung von links nach rechts angeben. Der Wertebereich lag dabei zwischen 1 und 100 und wurde aus Gründen der Darstellung auf 10er-Schritte verkürzt. Abbildung 13 zeigt, dass sich die deutliche Mehrheit von 73,2 % der Studierenden mit Werten von 1 bis 5, also links von der Mitte einordnet. Der Median liegt bei 4. Ganz links sehen sich 8,3 % und ganz rechts 0,8 %.

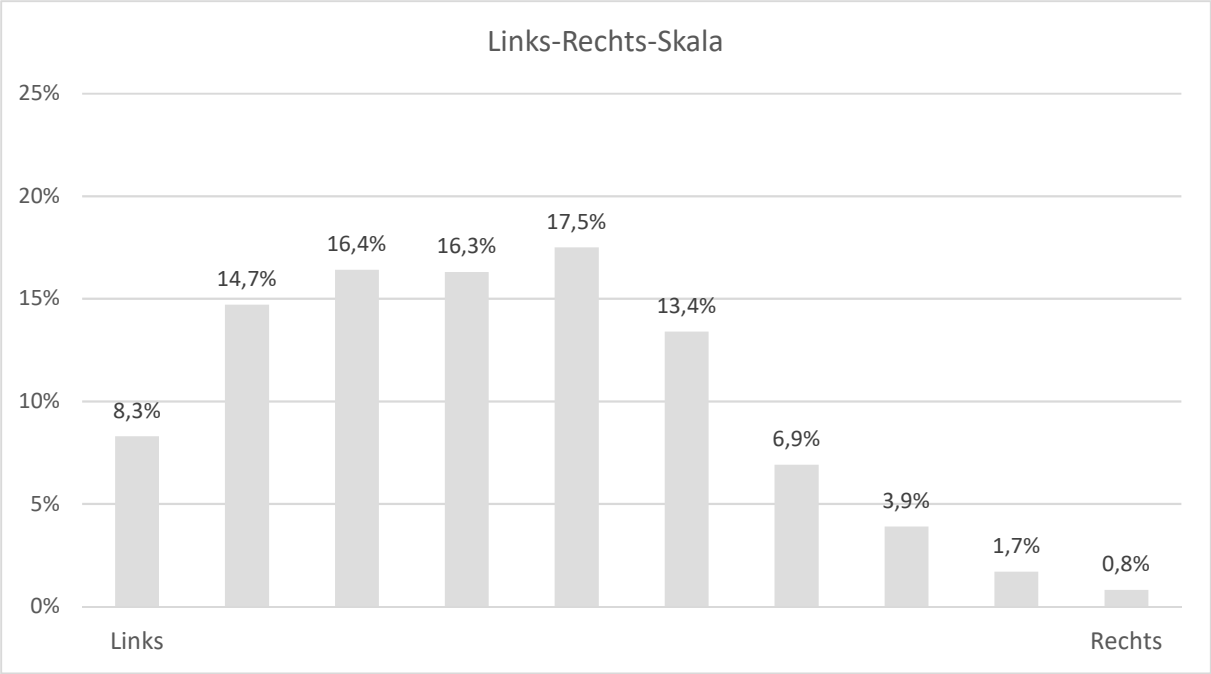

Abbildung 13. Politische Verortung von links nach rechts; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.523

Die Studierenden sollten angeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre (Abbildung 14). Vorgegeben waren die sechs Parteien, die bei der Bundestagswahl 2017 die 5 %-Hürde überschritten, CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Linke und Grüne. Zusätzlich konnten Parteien in einem offenen Feld angegeben werden. Von den befragten Studierenden geben 5,9 % an, dass sie nicht wählen gehen würden. Von den Übrigen, würden 39,2 % Die Grünen wählen. Am zweithäufigsten wurde mit 15,0 % die CDU/CSU und am dritthäufigsten mit 13,7 % die Partei Die Linke genannt. Der SPD und der FDP würden 10,2 % bzw. 10,6 % der befragten Studierenden ihre Stimme geben. 4,0 % würden die AfD wählen und bei den offenen Nennungen ist mit insgesamt 3,2 % die PARTEI die am häufigsten genannte Partei. Unter der Kategorie Sonstige befinden sich Parteien wie die Piratenpartei, die Partei „Mensch Umwelt Tierschutz“, die Partei „Freie Wähler“ oder die „Ökologisch-demokratische Partei“.

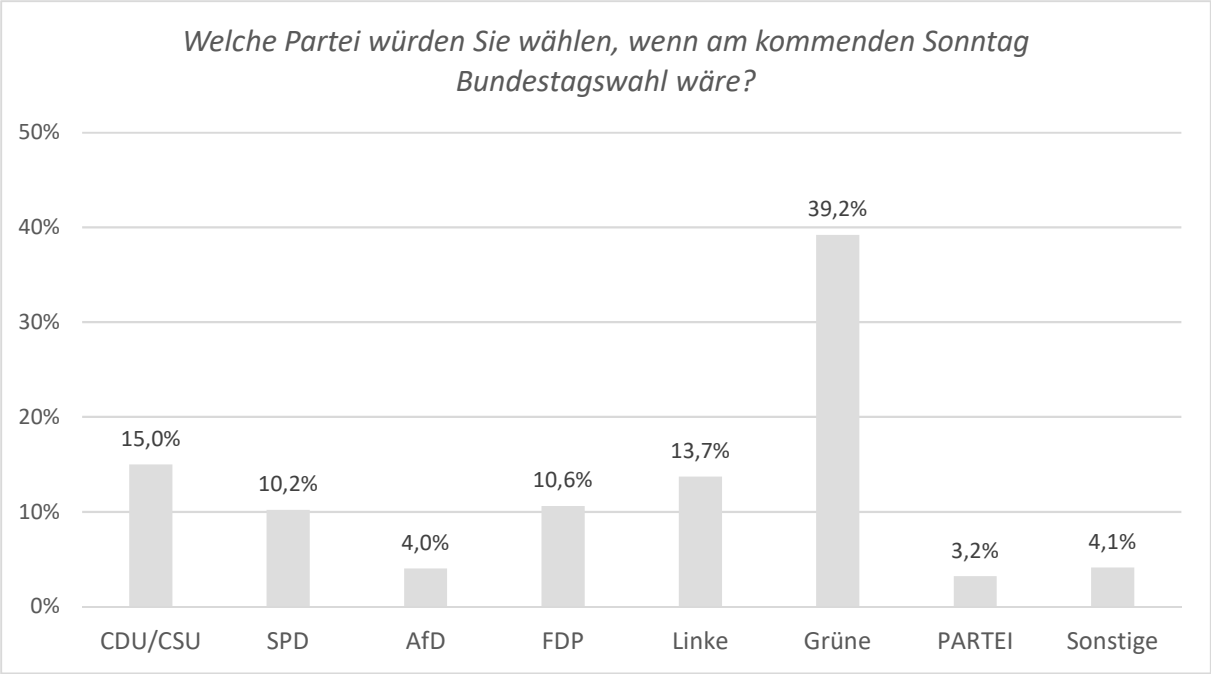

Abbildung 14. Parteipräferenz; Angaben in gültigen Prozenten; *N* = 4.216

6 Extremistische Einstellungen und Handlungen

Der Begriff Extremismus wird zurzeit wissenschaftlich breit diskutiert. Konsens besteht darin, dass Extremismus als ein Endprodukt einer vorhergehenden Radikalisierung zu sehen ist. Dabei stellt Radikalisierung einen Prozess dar, der je nach Erklärungsmodell unterschiedlich verlaufen und durch verschiedene Faktoren beeinflusst werden kann. Bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Messung und Operationalisierung von Extremismus wird eine Vielzahl von Schwierigkeiten deutlich. Zurzeit besteht keine einheitliche wissenschaftliche Definition von Extremismus, die die zu berücksichtigenden Aspekte (z.B. Handlungsebene, Gewaltbefürwortung, Abschaffung des Systems, Errichtung einer neuen Ordnung) benennt bzw. eingrenzt (Beelmann, 2019; Borum, 2011a, 2011b; Sedgwick, 2010). In der Forschungsliteratur zum Themenfeld Extremismus werden unterschiedliche Definitionen und Konzepte zugrunde gelegt, die wiederum unterschiedliche Elemente umfassen. Auch die bisher bestehenden Instrumente zur Messung von Extremismus werden zurzeit vielfach kritisiert (Goede et al., 2020). Des Weiteren wird der Zeitpunkt bzw. die statistische Grenzzahl (cut-off Point), ab wann eine Person als Extremist*in bezeichnet werden könnte, in der Wissenschaft, aber auch in der Praxis nicht einheitlich festgelegt. Gleichzeitig wird diskursiv behandelt, inwiefern eine allgemeingültige versus spezifische Extremismuskonzeption für die politischen Lager dienlich ist (Baron, Drücker & Seng, 2018). So werden in einigen wissenschaftlichen Studien explizit die Phänomene Rechtsextremismus oder Islamismus definiert, es wird jedoch keine allgemeine Extremismusdefinition geliefert bzw. diskutiert, inwiefern sich die Phänomenbereiche und Elemente der Definition voneinander unterscheiden. Insbesondere für eine Vergleichbarkeit der drei Phänomenbereiche – Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus – ist eine einheitliche Extremismusdefinition zwingend notwendig. Wie in der Einleitung bereits erwähnt, entwarfen die Wissenschaftler*innen des RadigZ-Verbundprojektes im Laufe der Projektzeit eine eigene Arbeitsdefinition von Extremismus, welche stetig weiterentwickelt und an die Forschungsergebnisse des Verbundes angepasst wurde (Beelmann, 2019).

Kapitel 6 beinhaltet die Ergebnisse hinsichtlich der Verbreitung extremistischer Einstellungen und politisch oder religiös motivierter devianter Handlungen. Dabei werden die Phänomenbereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischer Extremismus untersucht. Es werden verschiedene Messinstrumente erläutert und die Zustimmungsverteilung der Studierenden zu den jeweiligen Items aufgezeigt. Die Items klassischer Messinstrumente werden im Folgenden als *Operationalisierung A* bezeichnet. Darauf folgt ein Versuch, die Items der klassischen Messinstrumente auf die Extremismusdefinition von Beelmann (2019) zu übertragen. Dieses Vorgehen wird als *Operationalisierung B* bezeichnet.

Operationalisierung A

In der Studierendenbefragung „Studentische Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (StuPe)“ wurden Items aus etablierten Messinstrumenten zur Operationalisierung extremistischer Einstellungen von Jugendlichen eingesetzt (*Operationalisierung A*). Dabei wurden Skalen aus verschiedenen Studien (Bergmann et al., 2017; Brettfeld & Wetzels, 2007; Decker & Brähler, 2006; Frindte et al., 2011; Neu, 2009; Zick, Krause, Berghan & Küpper, 2016) verwendet bzw. sich an diesen orientiert. Diese Skalen stützen sich auf verschiedene Definitionen und Konzeptualisierungen und messen meist tendenziell radikale oder extremistische politische Einstellungen. Die untersuchten Phänomene werden je nach Studie unterschiedlich definiert. In den meisten Fällen ist der Anspruch

dieser Studien, Extremismus oder mindestens ein extremistisches Phänomen wie Rechtsextremismus, Linksextremismus oder Islamismus zu thematisieren und empirisch abzubilden.

In den Unterkapiteln wird bei den einzelnen Extremismusspektren zunächst *Operationalisierung A*, also ideologiespezifische Items bisheriger Studien, präsentiert. Die unterschiedlichen Items konnten mit einer fünfstufigen Likertskala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ bewertet werden. Im Fragebogen wurden alle Phänomenbereiche zu etwa gleichgroßen Teilen thematisiert. Alle Studierenden der Stichprobe bekamen identische Fragen. Nach Religionszugehörigkeit oder Migrationshintergrund wurde bei den abgefragten Items auf der Einstellungsebene nicht unterschieden bzw. gefiltert. Die verwendeten Items aus *Operationalisierung A* werden hinsichtlich der unterschiedlichen Dimensionen und Ursprungsquellen beschrieben. Daraufhin wird die prozentuale Verteilung der Zustimmung bzw. Ablehnung zu den formulierten Items unter den Studierenden präsentiert. Mehrere Items bilden zusammen eine Einstellungsdimension ab. Das bedeutet, dass die unterschiedlich formulierten Aussagen dasselbe inhaltliche Konstrukt messen. Um dieses sicherzustellen, wird die Reliabilität (Cronbachs α) betrachtet. Diese gibt die Zuverlässigkeit der Messmethode an. Wenn die Reliabilität der Items einer Einstellungsdimension zufriedenstellend ist, kann anhand der Mittelwerte der Items eine Skala gebildet werden. Anhand dieser Skala wird die Verbreitung der jeweiligen Einstellungen unter den Studierenden der StuPe-Stichprobe abgebildet.

Mit den in diesen Unterkapiteln erstellten Messinstrumenten werden in Kapitel 7 Prädiktoren für extremistische Einstellungen untersucht. Da es keine allgemeine Extremismusdefinition für die mit *Operationalisierung A* gemessenen Phänomene gibt, sollen die Ergebnisse nur mit Vorbehalt verglichen werden.

Diese Zahlen liefern nur Auskunft über die Studierenden, die an der StuPe-Studie teilgenommen haben und lassen sich nicht auf alle Studierenden Deutschlands übertragen.

Operationalisierung B

Wie bereits in der Einleitung ausgeführt, wurde im Verbund während der Projektlaufzeit eine Arbeitsdefinition zu Extremismus von Beelmann (2019) entwickelt. Diese begründet sich u. a. auf dem wissenschaftlichen Dissens bzgl. der Festlegung, welche Aspekte Extremismus beinhalten sollte.

Mit *Operationalisierung B* soll ein erster Anstoß zum Überdenken bisheriger Extremismuskonzeptionen und Messinstrumente geleistet werden. Für jeden der drei Phänomenbereiche wird der Versuch unternommen, Items aus bisherigen Instrumenten an die Extremismusdefinition von Beelmann (2019) anzulegen und daraus eine *Operationalisierung B* zu entwerfen. Damit soll geprüft werden, inwiefern die verwendeten Items weiterhin berücksichtigt werden können. Die verwendeten Items müssen somit in ihren Grundsätzen Abweichungen von bestimmten Rechtsnormen und humanitären Wertesystemen darstellen und auf deren zumindest partielle Abschaffung abzielen. Bei der Überprüfung wurde ersichtlich, dass je nach Extremismusspektrum einige Items nicht länger berücksichtigt werden konnten und somit zur Operationalisierung von Extremismus entfallen. Welche Items weiterhin für die einzelnen Extremismusspektren verwendet werden, wird in dem jeweiligen Kapitel des Extremismusspektrums (rechts, islamistisch, links) berichtet.

6.1 Rechtsextremismus

6.1.1 Rechtsextreme Einstellungen

Insbesondere durch den vereitelten Anschlag auf eine Synagoge in Halle mit zwei Toten und den rassistisch motivierten Anschlag auf zwei Shishabars in Hanau mit zehn Toten ist das Thema Rechtsextremismus wieder verstärkt in der medialen Öffentlichkeit präsent. Obwohl der Zusammenhang zwischen Einstellungen und Handlungen umstritten ist und nur ein geringer Teil von rechtsextrem eingestellten Personen auch derart motivierte Gewalttaten begeht, muss zum einen bedacht werden, dass Gewalttaten, denen eine eindeutige rechtsextreme Einstellung voraus geht, drastische Folgen haben und zum anderen, dass rechtsextreme Einstellungen auch zu niedrigschwelligen Handlungen wie Diskriminierung von Personen oder zu Tolerierung bzw. Unterstützung von rechtsextremen Gruppen, Personen oder Aktivitäten führen können. Die Analyse von Faktoren, die derartige Einstellungen bedingen, und die Betrachtung des Ausmaßes ist daher geboten. Im folgenden Kapitel werden deshalb unterschiedliche Messinstrumente zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen vorgestellt. Zunächst werden jene Messinstrumente präsentiert, die vielfach in quantitativen Studien verwendet werden (*Operationalisierung A*) und im Anschluss daran wird eine Operationalisierung vorgeschlagen, die in Einklang mit der allgemeinen Extremismusdefinition nach Beelmann (2019) steht (*Operationalisierung B*).

Operationalisierung A

Neben einer nationalistischen Ideologie umfassen rechtsextreme Einstellungen die Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen zum Beispiel aufgrund ihrer Religion, ihrer Herkunft oder äußerer Merkmale. Ein etabliertes Modell, welches Bezug zur Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen nimmt, wurde von Heitmeyer (2002) unter dem Namen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) entwickelt. Dieses Konstrukt umfasst die Abwertung von 13 Fremdgruppen. Neben der Messung und Analyse Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die alle zwei Jahre von einer Bielefelder Forscher*innengruppe durchgeführt wird (Zick, Berghan & Mokros, 2019), werden in derselben Studie auch darüber hinausreichende rechtsextreme Einstellungen in Deutschland gemessen (Küpper, Krause & Zick, 2019). Des Weiteren beschäftigt sich u. a. die sogenannte Leipziger Mitte-Studie bzw. Autoritarismus-Studie im zweijährlichen Rhythmus auf ähnliche Art und Weise mit rechtsextremen Einstellungen sowohl im Bereich der Fremdgruppenabwertung als auch mit der Zustimmung zur rechtsextremen Ideologie (Decker, Kiess, Schuler, Handke & Brähler, 2018). Das dort angewandte Messkonstrukt besteht aus sechs Dimensionen: Befürwortung der rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus (Decker et al., 2018, 71ff.; Decker & Brähler, 2006, 20f.). Die Studierendenstudie StuPe orientierte sich an den skizzierten Studien und integrierte die sechs Dimensionen des klassischen Rechtsextremismus (Decker et al., 2018; Küpper et al., 2019) in den Fragebogen.

Tabelle 20 ist zu entnehmen, dass die Mehrheit aller Studierenden den Items überwiegend „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zustimmen. Der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ stimmen über ein Viertel der Studierenden „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Die nächst höchste Zustimmung zeigen die Items der Dimension Ausländerfeindlichkeit auf. Dem Item „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ wird mit 10,4 % und dem Item „Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ mit 13,9 % „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt. Die niedrigsten Zustimmungswerte können bei der Aussage der Dimension

Antisemitismus „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“ (1,5 %) und der Aussage der Dimension Sozialdarwinismus „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ (1,8 %) festgestellt werden.

Tabelle 20. Übersicht der verwendeten Items und Dimensionen der Gesamtskala „rechtsextreme Einstellungen“ nach *Operationalisierung A*; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.311

Bezeichnung der Dimension und Maß für interne Konsistenz der Subskala (α = .79)	**Itemwortlaut**	**stimme über-haupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Sozialdarwinismus (*r* = .34***)	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	74,5	17,9	5,8	1,5	0,3
	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	87,0	7,5	3,0	1,5	0,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus (*r* = .46***)	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	70,6	16,6	9,2	3,2	0,5
	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	71,7	18,1	7,2	2,3	0,7
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (*r* = .40***)	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die beste Staatsform.	79,4	11,1	6,2	2,1	1,2
	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle alle mit starker Hand regiert.	86,2	8,2	3,5	1,8	0,4
Chauvinismus (*r* = .47***)	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	31,4	19,0	24,1	16,6	9,0
	Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zu steht.	66,3	19,3	10,2	3,2	1,0
Ausländerfeindlichkeit (*r* = .78***)	Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	48,3	27,2	14,1	6,2	4,2
	Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	50,5	22,0	13,6	9,0	4,8
Antisemitismus (*r* = .53***)	Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	75,3	15,6	6,2	2,0	0,9
	Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	84,5	10,1	3,9	1,2	0,3

Die sechs vorgestellten Dimensionen werden zu einer Gesamtskala zusammengefasst, in der jeweils der Mittelwert der sechs Subskalen einfließt. Für jede Subskala muss dabei ein gültiger Wert vorliegen. Für die weiteren Analysen bildet diese Gesamtskala rechtsextreme Einstellungen ab und weist ein

Cronbachs α von .79 auf. Dieser Wert weist auf eine akzeptable Reliabilität der Skala hin. Diese gebildete Skala wird in Kapitel 7 für die Analyse der Vulnerabilitätsfaktoren rechtsextremer Einstellungen verwendet. Teilt man die Skala, die Werte von 1 bis 5 enthält, so zeigt sich, dass 2,3 % der Befragten Werte über 3,00 aufweisen und somit den Items tendenziell zustimmen.

Operationalisierung B

Für die *Operationalisierung B* des Rechtsextremismus werden aus den bestehenden, etablierten Messinstrumenten (*Operationalisierung A*) jene Items ausgewählt, die nach der Definition von Beelmann (2019) Extremismus abbilden. Bei diesen Items muss eine eindeutige Ablehnung der Rechtsnormen (Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung) oder humanitärer Wertesysteme (allgemeine Menschenrechte) bzw. die Zustimmung zu abweichenden Werte- und Normsystemen, die im klaren Gegensatz zu den genannten Punkten stehen, hervorgehen.

Die verbleibenden sechs Items (Tabelle 21) weisen mit einem Cronbachs α von .74 eine akzeptable interne Konsistenz auf. Aus den Items wird eine Mittelwertskala mit Werten von 1 bis 5 gebildet. Wird diese Mittelwertskala nach Befragten, die den Items durchschnittlich nicht zustimmen, also einen Wert bis 3,00 aufweisen und Befragten, die tendenziell zustimmen und somit einen Wert über 3,00 haben, geteilt, zeigt sich, dass 1,1 % (N = 48) der Studierenden der StuPe-Stichprobe rechtsextreme Einstellungen aufweisen.

Tabelle 21. Übersicht über die verwendeten Items der Gesamtskala „rechtsextreme Einstellungen“ nach *Operationalisierung B*; Zustimmung in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.311

Itemwortlaut (α = .74)	**Zustimmung**
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die beste Staatsform.	3,3
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	2,2
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	1,8
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	2,4
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	3,7
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	3,0

Rassismus, Islamverschwörung und Einstellung gegenüber Geflüchteten

Neben der Messung von rechtsextremen Einstellungen (*Operationalisierung A* und *Operationalisierung B*), wurde bei der Konzeption des Fragebogens der Studierendenbefragung auf aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Gesellschaft Bezug genommen, indem die Dimensionen Rassismus, Islamverschwörung und Einstellung gegenüber Geflüchteten integriert wurden (Tabelle 22). Diese Themen wurden identifiziert, da ihre Präsenz in öffentlichen Diskursen von Bedeutung ist und sie in

den bisherigen Messinstrumenten zum Rechtsextremismus nicht wiederzufinden waren.[8] Auch diese Aussagen konnten die Befragten mit der fünfstufigen Zustimmungsskala bewerten.

Die beiden Items zur Messung von Rassismus weisen sehr unterschiedliche Zustimmungsanteile auf. Während dem Item „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ 2,7 % „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen, äußern dagegen 9,9 % der Befragten ihre Zustimmung gegenüber dem Item „Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen“. 15,8 % der Studierenden stimmen der Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass der Islam zu viel Einfluss in Deutschland habe und 11,4 % sehen die Unterwanderung der deutschen Gesellschaft durch den Islam. Der Unterstellung, dass Geflüchtete „nur von unserem Wohlstand profitieren“ wollen, stimmen 9,3 % der Befragten „eher“ oder „voll und ganz“ zu.

Tabelle 22. Rassismus, Islamverschwörung und Einstellung gegenüber Geflüchteten; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.327

Bezeichnung der Dimension und Maß für interne Konsistenz der Subskala	Itemwortlaut	stimme über-haupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils/ teils	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Rassismus (*r* = .41***)	Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	83,1	9,4	4,8	1,9	0,7
	Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	67,6	12,5	10,1	7,3	2,6
Islamverschwörung (*r* = .81***)	Der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss.	39,8	27,4	17,1	10,6	5,2
	Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.	49,2	25,8	13,6	7,7	3,7
Einstellungen gegenüber Geflüchteten (*r* = .39***)	Die Flüchtlinge wollen nur von unserem Wohlstand profitieren.	34,7	33,2	22,7	6,9	2,4
	Jeder Mensch sollte das Recht haben, dort zu leben, wo er möchte. (-)	3,8	6,1	14,7	29,6	45,7

[8] Die Items zu Islamverschwörung sind bei Küpper, Häusler und Zick (2016) entnommen und werden im Kontext von deren Studie zu neurechte Einstellungen gezählt. Die Bielefelder Mitte-Studie Küpper et al. (2016) integrierte erstmals 2016 ein Einstellungskonstrukt, das die Verbreitung neurechter Ideologien unter Erwachsenen misst.

6.1.2 Rechtsmotivierte Handlungen

Für die Messung politisch motivierter devianter Handlungen im Phänomenbereich Rechtsextremismus sollten die Studierenden berichten, ob sie bereits jemanden körperlich, verbal oder im Internet angegriffen haben, weil diese Person ein*e Ausländer*in[9] war.

Abbildung 15 kann entnommen werden, dass die verbal geäußerte Beleidigung gegen Ausländer*innen am häufigsten unter den Studierenden der StuPe-Stichprobe vorkam. 4,5% (*N* = 193) der befragten Studierenden haben schon mindestens einmal und 1,9 % (*N* = 92) in den letzten 12 Monaten eine Person aufgrund ihrer ausländischen Herkunft beschimpft, beleidigt oder hässliche Dinge über diejenige oder denjenigen gesagt. Ein Anteil von 1,2 % (*N* = 50) der befragten Studierenden hat im Internet eine Person aufgrund ihrer Herkunft verspottet, beleidigt, beschimpft oder bedroht. 0,5 % (*N* = 25) taten dieses in den letzten 12 Monaten. Am seltensten von diesen rechtsmotivierten Verhaltensweisen wurde die Körperverletzung bzw. Sachbeschädigung berichtet (0,1 % jemals (*N* = 6), *N* = 2 in den letzten 12 Monaten). Insgesamt haben 5,0 % (*N* = 217) der befragten Studierenden angegeben, schon jemals eine der rechtsmotivierten devianten Handlungen begangen zu haben und 2,2 % (*N* = 108) mindestens eine der Handlungen in den letzten 12 Monaten.

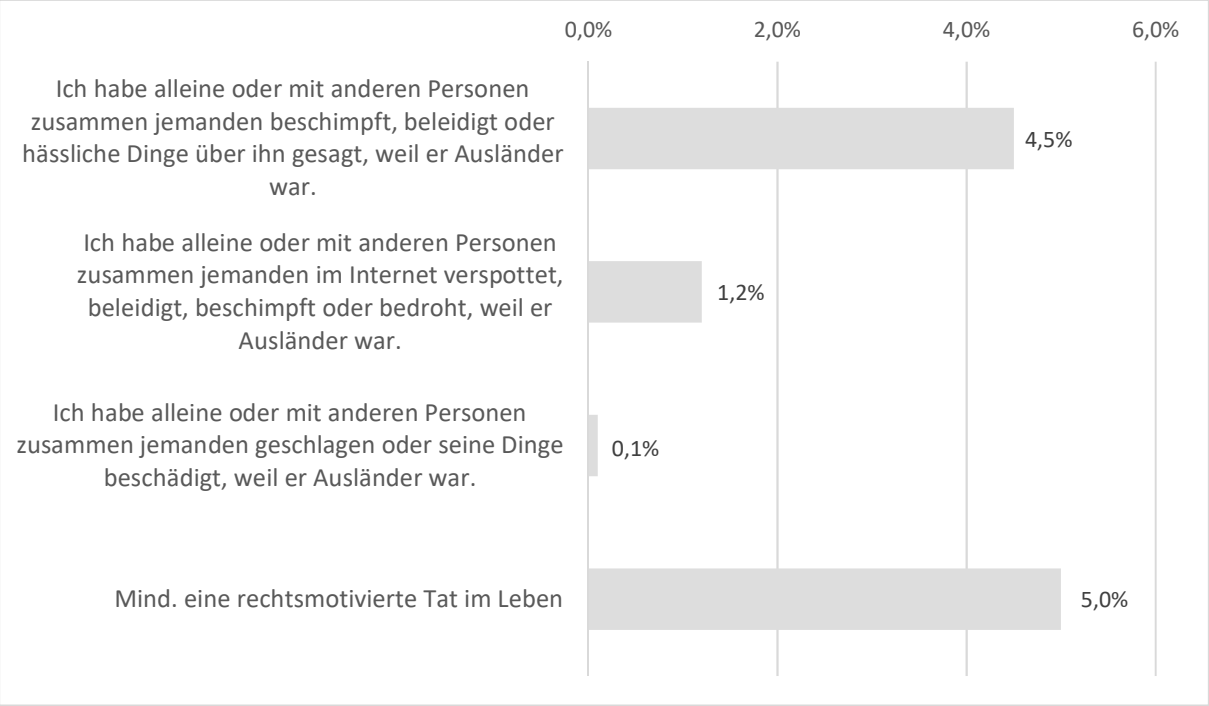

Abbildung 15. Anteil Studierender der StuPe-Stichprobe mit mindestens einer devianten Tat gegen Ausländer*innen; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.316

[9] Die Formulierungen der Items aus dem Fragebogen enthalten lediglich das generische Maskulinum. Den Teilnehmer*innen wurde im Fragebogen mitgeteilt, dass in den Items aus Gründen der vereinfachten Formulierung nur die männliche Form verwendet wird, jedoch immer alle Geschlechter gemeint sind.

6.2 Linksextremismus

6.2.1 Linksextreme Einstellungen

Empirische Untersuchungen zu dem Phänomen Linksextremismus sind Mangelware. Der Begriff Linksextremismus wird in erster Linie von Sicherheitsbehörden, aber zum Teil auch von der Wissenschaft und der medialen Öffentlichkeit verwendet. Bei der wissenschaftlichen Analyse zum Themenfeld Linksextremismus lassen sich verschiedene Problematiken identifizieren. Diese umfassen bspw. die Verwendung des Begriffs „Linksextremismus“ (was ist gemeint?), die Frage der Diagnostik (wer ist gemeint?) und damit einhergehend die Frage der Messung (Fuhrmann, 2017; Pfahl-Traughber, 2014; Riedl & Micus, 2017). Unter dem Begriff des Linksextremismus werden häufig diverse Phänomene vereint, wie bspw. ideologische und differente Strömungen und Bewegungen, Systeme und Subkulturen, wobei oftmals fraglich ist, inwiefern diese unter Linksextremismus gefasst werden können. So plädieren einige Wissenschaftler*innen für die Verwendung des Begriffs „Linke Militanz“, um der Gefahr zu entgehen, Einstellungen von Linksdemokraten und Formen radikaler Gesellschaftskritiken, welche durch die Verfassung geschützt sind, als extremistisch einzustufen (Gmeiner & Micus, 2018). „Linke Militanz“ ist darüber hinaus auch, wie Gmeiner und Micus (2018) argumentieren, als Eigenbeschreibung in der Szene zu finden und bietet somit einen forschungspragmatischen Ansatz.

Wie im Kapitel über rechtsextreme Einstellungen werden auch in diesem Kapitel zunächst Messinstrumente herangezogen, die nicht zwingend mit der Definition nach Beelmann (2019) im Einklang stehen (*Operationalisierung A*). Im Anschluss daran wird erläutert, inwiefern eine Anpassung der Messinstrumente an diese Definition möglich ist (*Operationalisierung B*).

Operationalisierung A

Neu (2012) führte eine qualitative, explorative Studie durch, in der die Einstellungsmuster von linksextremismusaffinen Jugendlichen abgebildet wurden. Die Studie sollte als Pretest für eine anschließende repräsentative Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung dienen. Das Ergebnis der Studie war, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für die 35 Befragten einen hohen Stellenwert einnahm und sie die Anwendung von Gewalt in diesem Kontext als gerechtfertigt ansahen (Neu, 2012, S. 50). Auch im Bereich „Kapitalismus“ wurde Gewalt gegen das Wirtschaftssystem von den Befragten toleriert. Insgesamt konnte Neu herausarbeiten, dass die Befragten Gewalt tolerieren, wenn sie der Annahme waren, damit einen guten Zweck zu vertreten.

Auch Schroeder und Deutz-Schroeder (2015) führten vor ihrer repräsentativen quantitativen Befragung zum Linksextremismus eine qualitative Vorstudie mit 95 Personen durch. Fazit ihrer qualitativen Studie war, dass linksaffin eingestellte Personen entweder als radikal/extremistisch oder als gemäßigt links eingeordnet werden können. Die Gemeinsamkeit der meisten befragten jungen Menschen war die Kritik am Wirtschaftssystem. Sie wollen den Kapitalismus überwinden und eine andere politische Ordnung durchsetzen (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015, S. 604).

Deutz-Schroeder und Schroeder (2016) entwarfen im Anschluss an die qualitative Studie eine sogenannte Linksextremismusskala. Diese wurde im Sommer 2014 im Rahmen einer repräsentativen Befragung zum ersten Mal verwendet, um die Verbreitung linksextremer Einstellungen in der Bevölkerung abzubilden. Neben dieser vielfach kritisierten Studie existieren für den Bereich Linksextremismus bisher kaum weitere Messinstrumente. Im Niedersachsensurvey des KFN kam in den letzten Jahren (2013, 2015, 2017) ein weiteres Instrument zur Erfassung linksextremer Einstellungen

zum Einsatz (Bergmann et al., 2017; Bergmann, Kliem, Krieg & Beckmann, 2019). Das Instrument wurde vom KFN eigens entwickelt und erstmals im Rahmen einer Schüler*innenbefragung in Berlin (Baier & Pfeiffer, 2011) und im Saarland (Baier & Rabold, 2012) angewandt. Das Messinstrument orientiert sich an dem Konzept des Verfassungsschutzes und an den Ergebnissen von Neu (2009), die in ihrer Studie die Skala „Linksextreme Antidemokratie“ und die Skala „Linkspopulismus“ integrierte (Bergmann et al., 2017). Auch in der StuPe-Studie wurde dieses Instrument verwendet.

Da es auch im Phänomenbereich Linksextremismus unterschiedliche Gruppierungen gibt, kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Gruppierungen die gleichen Ziele und Ansichten teilen. Es gibt jedoch Bestandteile, die über alle Gruppierungen hinweg auftreten und die in das Messinstrument integriert wurden. Das Instrument zur Messung linksextremer Einstellungen unterteilt sich in sechs inhaltliche Dimensionen. Die Dimension Anti-Faschismus wird durch das Hauptfeindbild, also insbesondere rechtsextreme Gruppen und Personen sowie rechtsextreme Einstellungen und Gedanken definiert (Neu, 2012, S. 50; van Hüllen, 2013, S. 109). Anti-Kapitalismus beinhaltet die Auffassung, dass aufgrund des Kapitalismus schwächere Personen innerhalb der Gesellschaft ausgebeutet werden und in Armut geraten. Die reichen Personen profitieren hingegen von dieser Ausbeutung. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird daher abgelehnt. Unter Anti-Repression wird die Kritik am staatlichen Schutz (vor allem der Polizei), der zunehmenden Überwachung des Staates und des instrumentellen Wesens der Justiz verstanden (Schroeder & Deutz-Schroeder, 2015, 558f.). Die Dimension Anti-Militarismus bezieht sich auf die Ablehnung von Militär sowie militärischer Verbünde und deren Kriegseinsätze. Die Dimension Kommunismus/Abschaffung des Staates beinhaltet das Ziel einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft, in der soziale Gleichheit und Freiheit aller Personen gelebt wird. Die Dimension Gewaltbefürwortung umfasst die Tolerierung von oder Zustimmung zur Gewaltausübung hinsichtlich der Feindbilder, insbesondere Kapitalismus, Faschismus und Polizei.

Anhand von Tabelle 23 können sowohl die einzelnen Items der sechs inhaltlichen Dimensionen, die für linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* herangezogen werden, als auch deren Häufigkeitsverteilung entnommen werden. Es zeigt sich, dass den meisten Aussagen „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zugestimmt wird, allerdings wählte auch ein relativ großer Anteil die Antwortmöglichkeit „teils/teils“. Den ideologisch orientierten Aussagen „Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden“ und „Die Wirtschaft macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer“ wird mit über 30,0 % am häufigsten „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt. Ein Anteil von 17,5 % weist Zustimmung gegenüber der Anti-Militarismus messenden Aussage „Es darf zukünftig kein Euro mehr für das Militär ausgegeben werden“ sowie ein Anteil von 3,9 % gegenüber der Aussage „Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird“ auf.

Tabelle 23. Übersicht der verwendeten Items und Dimensionen der Gesamtskala „linksextreme Einstellungen“ *nach Operationalisierung A*; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.317

Bezeichnung der Dimension und Maß für interne Konsistenz der Subskala (α = .66)	**Itemwortlaut**	**stimme über-haupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/ teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Anti-Faschismus (*r* = .23***)	Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden.	13,4	16,9	23,5	25,6	20,7
	Nazis sollten auch mit Gewalt bekämpft werden.	48,8	27,7	13,2	7,2	3,1
Anti-Kapitalismus (*r* = .64***)	Die Wirtschaft macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.	4,2	8,1	24,2	37,2	26,3
	Heutzutage werden die Menschen von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet.	6,1	13,5	29,7	33,9	16,9
Anti-Repression (*r* = .36***)	Der Staat nimmt zu viel Einblick in unser Privatleben.	15,2	26,6	28,2	20,9	9,1
	Die Polizei macht uns das Leben schwer anstatt uns zu helfen.	52,3	27,8	14,5	4,0	1,3
Anti-Militarismus	Es darf zukünftig kein Euro mehr für das Militär ausgegeben werden.	32,0	26,6	24,0	11,9	5,6
Kommunismus/ Abschaffung des Staates	Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.	69,1	18,7	8,2	2,6	1,3
Gewaltbefürwortung (α = .51)	Es ist richtig, wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden.	85,0	10,1	3,2	1,1	0,6
	Wenn Nazis sich offensichtlich auf der Straße zu erkennen geben, muss man ihnen, notfalls mit Gewalt, zeigen, dass wir sie hier nicht haben wollen.	45,9	29,3	14,2	7,6	3,0
	Wenn die Polizei mit ihren Truppen anrückt, sind Steine und Brandsätze die richtige Antwort.	89,6	7,2	2,6	0,4	0,2

Aus den Subskalen der vorgestellten sechs Einstellungsdimensionen wird eine Gesamtskala gebildet. Hierfür werden die Mittelwerte aller Subskalen herangezogen. Dabei gilt, dass für jede Subskala ein gültiger Wert vorliegen muss, dementsprechend jede Subskala in der Gesamtskala Berücksichtigung

findet. Diese Gesamtskala weist ein Cronbachs α von .66 auf. Dieser Wert deutet auf eine moderate Reliabilität der Skala hin. Diese Skala wird in Kapitel 7 verwendet, um die Prädiktoren für linksextreme Einstellungen zu untersuchen. Die Skala enthält Werte von 1 bis 5. Teilt man die Skala bei 3,00 so zeigt sich, dass 10,1 % der Befragten linksextreme Einstellungen nach Operationalisierung A aufweisen.

Operationalisierung B

Für den Bereich Linksextremismus lässt sich anhand der StuPe-Befragung aufgrund der folgenden Aspekte keine Mittelwertskala für *Operationalisierung B* berechnen. Von den in der StuPe-Befragung vorliegenden Items der *Operationalisierung A* (Tabelle 23), die, wie zuvor beschrieben, an die Messung von Linksextremismus bisheriger Studien angelehnt sind, halten unter Berücksichtigung der Definition von Beelmann (2019) bei dieser Überprüfung nur eine geringe Anzahl an Items stand (z. B. „Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird"). Diese Anzahl von Items ist nicht ausreichend, um aussagekräftige statistische Messungen und Analysen hinsichtlich dieses Phänomens durchzuführen. Dies bedeutet, dass die vorherigen verwendeten Items der *Operationalisierung A* von Linksextremismus nicht für die *Operationalisierung B* nach der hier zugrundeliegenden Definition geeignet sind. Dies liegt u. a. darin begründet, dass es sich bei Formulierungen, in denen die enthaltenen latenten Ziele nicht im Widerspruch zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder Menschenrechten stehen, um Aussagen handelt, die im demokratischen Spektrum verankert sind. Sind in bisherigen Studien z. B. anti-kapitalistische, anti-faschistische oder anti-militaristische Einstellungen zur Messung von Linksextremismus herangezogen worden, sind diese für eine *Operationalisierung B* nicht zu gebrauchen, da deren Ziele und Werte nicht im Widerspruch zu den allgemeinen Menschenrechten oder der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen und können demnach nicht in unserem Sinne als extremistisch bezeichnet werden. Nach der von uns angewendeten Definition von Extremismus nach Beelmann muss zunächst geprüft werden, inwiefern vermeintlich linksextreme Einstellungen eine zumindest partielle Abschaffung der genannten Rechtsnormen und Wertesysteme beinhalten. Demzufolge bedarf es einer Neukonzipierung von empirischen Messinstrumenten zum Extremismus des linken Spektrums, die auf Grundlage einer standfesten Definition von Extremismus beruht. Diese ist dringend geboten, wenn Linksextremismus künftig und auf Basis aktueller politischer Entwicklungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse der letzten Jahre quantitativ beforscht werden soll.

6.2.2 Linksmotivierte Handlungen

In der Befragung wurden die Studierenden gefragt, ob sie jemals und in den letzten 12 Monaten eine deviante Handlung gegen eine rechts eingestellte Person begangen haben (Abbildung 16).[10] Es zeigt sich, dass die am häufigsten genannte Tat sowohl für die Lebens- als auch 12-Monats-Prävalenz die Beschimpfung einer Person aufgrund ihrer rechten Einstellung ist. 23,5 % (*N* = 1.016) der befragten Studierenden haben bereits mindestens einmal in ihrem Leben jemanden aufgrund seiner rechten Einstellungen beschimpft und 11,0 % (*N* = 530) taten dies in den letzten 12 Monaten. Im Internet wurde eine solche problematische Verhaltensweise von 9,7 % (*N* = 419) der Studierenden jemals und von 5,1 % (*N* = 245) im letzten Jahr gezeigt. Am seltensten wurde die Körperverletzung gegen rechts eingestellten Personen berichtet. In der Lebenszeit haben 1,0 % (*N* = 42) der Befragten jemanden geschlagen oder dessen Eigentum zerstört, weil er rechts eingestellt war. Hinsichtlich der letzten 12

[10] Im Folgenden wird sich auf Handlungen gegen rechts eingestellte Personen beschränkt. Eine solche Handlung muss nicht zwingend linksmotiviert sein.

Monate reduziert sich der Anteil auf 0,2 % (*N* = 8). Insgesamt haben 27,0 % (*N* = 1.167) der Studierenden schon mindestens einmal eine solche Handlung begangen. 10,3 % (*N* = 643) geben an, eine solche Handlung mindestens einmal in den letzten 12 Monaten begangen zu haben.

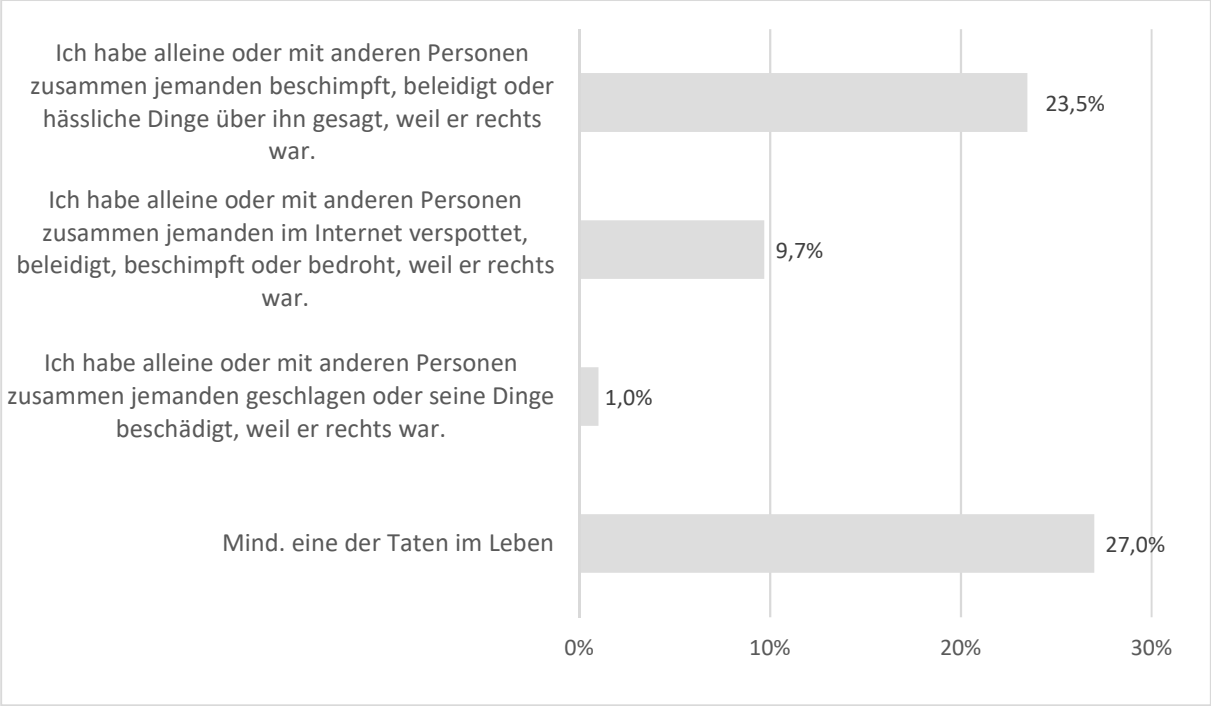

Abbildung 16. Anteil Studierender der StuPe-Stichprobe mit mindestens einer devianten Tat gegen rechts eingestellte Personen; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.317

6.3 Islamistischer Extremismus

6.3.1 Islamistische Einstellungen

Laut Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020, S. 172) wird unter dem Begriff Islamismus eine Form des politischen Extremismus verstanden. Anhänger*innen des islamistischen Extremismus grenzen sich von der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab, indem sie unter dem Islam nicht nur eine Religion, sondern auch ein politisches System verstehen. Ihre Auffassung einer politischen Ordnung steht dementsprechend im Widerspruch zu der in Deutschland herrschenden Ordnung. Im Islamismus werden die im Grundgesetz stehenden Grundsätze, bspw. Volkssouveränität, Trennung von Staat und Religion, freie Meinungsäußerung und Gleichberechtigung, nicht beachtet (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2020, S. 172). Für Anhänger*innen des Islamismus bestimmen die religiös begründeten Normen des Islams sowohl das gesellschaftliche Leben als auch die politische Ordnung. Begründet wird dieses Verständnis damit, dass diese politische Ordnung gottgewollt ist und über der von Menschen gemachten steht (Goertz & Goertz-Neumann, 2018, S. 18; Pfahl-Traughber, 2014, S. 151). Die Demokratie ist nach Auffassung der Islamist*innen nicht mit der gewollten Ordnung Allahs und den abgeleiteten Vorschriften aus dem Koran und der Sunna vereinbar. Ziel des islamistischen Extremismus ist es, die Scharia als Grundlage der politischen Ordnung anzuwenden und eine Staats- und Gesellschaftsform zu etablieren, die nach dieser Ordnung geleitet wird. Ähnlich wie in den anderen Extremismusformen gibt es ein klares

Freund-Feind-Bild, in dem die Sunniten die „wahren Muslime“ sind und Andersgläubige oder auch die westliche Welt als Ungläubige und Feind bezeichnet werden (Goertz & Goertz-Neumann, 2018, S. 19; Schneiders, 2017, 20f.).

Operationalisierung A

Zur Messung islamistischer Einstellungen wird eine Skala in Anlehnung an die des Niedersachsensurvey 2015 (Bergmann et al., 2017) verwendet. Das im Niedersachsensurvey 2015 verwendete Instrument orientiert sich an Arbeiten von Brettfeld und Wetzels (2007), Frindte et al. (2011) und Heitmeyer, Müller und Schröder (1997). Bereits in der vom KFN durchgeführten Jugendstudie JuPe wurde ein ähnliches Instrument eingesetzt (Goede et al., 2020, S. 46). Neben den übernommenen Items des Niedersachsensurvey 2015 wurden weitere Items, die gesellschaftlich und politisch aktuelle Themen abbilden, neu formuliert und in die Skala zur Messung islamistischer Einstellungen integriert. Bspw. wurde der sogenannte Islamische Staat in den Skalen zu islamistischen Einstellungen anderer Studien nicht thematisiert.

In der bisherigen Forschung zum Thema Islamismus werden Messinstrumente mit unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen angewandt und unterschiedliche Grenzen gezogen, ab welchem Punkt eine Person als islamistisch eingestellt bezeichnet werden kann. Die Studien bzw. die Ergebnisse über die Verbreitung islamistisch eingestellter Personen sind somit schwer vergleichbar (Goede, 2019).

Die Items zur Operationalisierung islamistischer Einstellungen sind in Tabelle 24 aufgeführt. Die Aussagen wurden jeder teilnehmenden Person unabhängig der Religionszugehörigkeit oder des Migrationshintergrundes präsentiert. Die Operationalisierung umfasst drei inhaltliche Dimensionen, die die Zustimmung zur religiösen Ideologie, die Befürwortung zum sogenannten Islamischen Staat und Terrorismus und Gewaltbefürwortung in Form der Akzeptanz ideologisch motivierter Gruppengewalt widerspiegeln. Die in dieser Studie verwendeten Items weisen nicht alle auf eine religiös-extremistische Einstellungen hin. Die Befürwortung einzelner Items, insbesondere der Dimension religiöse Ideologie, kann auch zunächst auf Einstellungen hinweisen, die als fundamentalistisch oder radikal religiös einzuordnen sind.

Tabelle 24 kann entnommen werden, dass die Studierenden den einzelnen Aussagen in sehr hohem Maße nicht zustimmen. Der höchste Zustimmungsanteil von „voll und ganz“ oder „eher“ kann bei der Aussage der Dimension religiöse Ideologie „Es ist die Pflicht jedes Muslims, den Islam auf der ganzen Welt zu verbreiten“ (2,7 %) festgestellt werden. Alle weiteren Items zeigen einen Zustimmungsanteil von 1,0 % und kleiner auf. Die niedrigste Zustimmung weisen die Aussagen der Dimension Befürwortung des sog. Islamischen Staates und Terrorismus (jeweils 0,4 %) auf.

Tabelle 24. Übersicht der verwendeten Items und Dimensionen der Gesamtskala „islamistische Einstellungen“ *nach Operationalisierung A*; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.619

Bezeichnung der Dimension und Maß für interne Konsistenz der Subskala (α = .80)	**Itemwortlaut**	**stimme über-haupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/ teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Religiöse Ideologie (α = .76)	Es ist die Pflicht jedes Muslims, den Islam auf der ganzen Welt zu verbreiten.	84,9	8,1	4,4	1,6	1,1
	Die islamischen Gesetze der Scharia, nach denen zum Beispiel Ehebruch oder Homosexualität hart bestraft werden, sind viel besser als die deutschen Gesetze.	96,6	2,0	0,9	0,3	0,1
	Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen.	97,1	1,5	1,0	0,2	0,2
	Der Koran ist das einzig wahre Glaubensbuch; die darin festgehaltenen Regeln müssen genau befolgt werden.	96,7	1,4	0,9	0,6	0,4
	Ein religiöser Führer, der von einem Rat unterstützt wird, stellt ein besseres Regierungssystem dar als die Demokratie.	91,5	5,7	2,0	0,5	0,3
	Frieden auf der Welt gelingt nur mit einem islamischen Gottesstaat.	96,9	1,7	0,9	0,3	0,2
Befürwortung des sog. Islamischen Staates und Terrorismus (*r* = .24***)	Ich kann mir gut vorstellen, selbst für den Islam zu kämpfen und mein Leben zu riskieren.	98,1	1,0	0,5	0,2	0,2
	Die Kämpfer des IS sind keine Terroristen, sondern Freiheitskämpfer.	94,3	4,0	1,3	0,2	0,2
Akzeptanz ideologisch motivierter Gruppengewalt (*r* = .17***)	Gegen die Feinde des Islams muss mit aller Härte vorgegangen werden.	93,2	3,3	2,6	0,5	0,4
	Es ist die Pflicht jedes Muslims, Ungläubige zu bekämpfen.	96,7	1,4	1,0	0,5	0,4

Anhand der aufgelisteten Items wurde die Gesamtskala „islamistische Einstellungen“ berechnet. Diese besteht aus den Mittelwerten der drei Subskalen, wobei bei jeder dieser Subskalen ein gültiger Wert vorliegen muss. Das Cronbachs α für die Gesamtskala beträgt .80. Dieser Wert weist auf eine hohe interne Konsistenz der Skala hin. Diese Skala enthält Werte von 1 bis 5. Wird sie bei 3,00 geteilt, zeigt sich, dass 0,2 % (*N* = 10) der Befragten islamistische Einstellungen nach Operationalisierung A aufweisen. Werden nur die Muslim*innen in der Stichprobe betrachtet, liegt der Anteil von Studierenden mit islamistischen Einstellungen nach Operationalisierung A bei 4,7 % (*N* = 5).

Operationalisierung B

Für die *Operationalisierung B* von islamistischem Extremismus nach der Definition von Beelmann werden vier Items ausgewählt (Tabelle 25), die deutlich im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bzw. allgemeinen Menschenrechten stehen, wie z. B. die Befürwortung der totalitären politischen Ideologie des sogenannten Islamischen Staats. Die Items der Skala nach *Operationalisierung B* zeigen mit einem Cronbachs α von .66 nur eine moderate interne Konsistenz. Werden die Befragten in jene, die durchschnittlich nicht zustimmen, also einen Wert bis 3,00 aufweisen und jene, die mit einem Wert über 3,00 tendenziell zustimmen, geteilt, zeigt sich, dass 0,3 % (*N* = 15) der Studierenden der StuPe-Stichprobe islamistische Einstellungen aufweisen. Unter den Muslim*innen in der Stichprobe liegt der Anteil von islamistisch eingestellten Studierenden bei 7,7 % (*N* = 9). Aufgrund der geringen Anzahl an Items, des niedrigen Cronbachs α und der geringen Varianz in den Antworten wird davon abgesehen, mit dieser Mittelwertskala Zusammenhangsanalysen durchzuführen.

Tabelle 25. Übersicht über die verwendeten Items der Gesamtskala „islamistische Einstellungen“ nach *Operationalisierung B*; Zustimmung in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.622

Itemwortlaut (α = .66)	**Zustimmung**
Die islamischen Gesetze der Scharia, nach denen zum Beispiel Ehebruch oder Homosexualität hart bestraft werden, sind viel besser als die deutschen Gesetze.	0,4
Frieden auf der Welt gelingt nur mit einem islamischen Gottesstaat.	0,5
Ein religiöser Führer, der von einem Rat unterstützt wird, stellt ein besseres Regierungssystem dar als die Demokratie.	0,8
Die Kämpfer des IS sind keine Terroristen, sondern Freiheitskämpfer.	0,4

6.3.2 Islamistisch motivierte Handlungen

Die Aussagen zur Messung religiös motivierter devianter Handlungen wurden religionsunspezifisch formuliert, sodass auch in weiteren Analysen überprüft werden kann, ob bspw. Studierende christlichen Glaubens solche religiös motivierten Handlungen begangen haben. Für die Auswertung der Handlungsebene im Bereich islamistischer Extremismus wird deshalb für die folgenden Analysen ein Filter genutzt, mit dessen Hilfe nur die Studierenden ausgewählt werden, die zuvor angaben, muslimischen Glaubens zu sein. So kann sichergestellt werden, dass die Befragten mit „ihrer Religion“

den Islam meinen. 2,8 % (*N* = 130) der befragten Studierenden deklarierten sich selbst als muslimisch. Auf diese beziehen sich nun die folgenden Auswertungen.

Die Analyse zeigt, dass 1,9 % (*N* = 2) der muslimischen Studierenden der StuPe-Stichprobe mindestens einmal in ihrem Leben eine Person beschimpft, beleidigt oder hässliche Dinge über sie gesagt haben, weil diese nicht dem Islam angehörte. Im Internet wurde solches Verhalten ebenso von 1,9 % (*N* = 2) der muslimischen Studierenden gezeigt. Jemanden aufgrund einer anderen Religionszugehörigkeit geschlagen oder dessen Dinge beschädigt zu haben, berichtet eine Person, welche 1,0 % der muslimischen Studierenden ausmacht. [11]

Berührungspunkte im Bereich Terrorismus oder Islamismus

Neben den devianten Verhaltensweisen wurden die Studierenden im Bereich islamistischer Extremismus zusätzlich gefragt, ob sie bereits Berührungspunkte im Bereich Terrorismus oder Islamismus hatten. Aus Abbildung 17 ist ersichtlich, dass 7,2 % (*N* = 329) der Befragten bereits mit jemandem gesprochen haben, der sie von einer radikalen Auslegung des Islams überzeugen wollte. Von den befragten muslimischen Studierenden trifft dies auf 21,9 % (*N* = 23) zu. Einem Anteil von 3,8 % (*N* = 174) der Studierenden ist dieses in den letzten 12 Monaten widerfahren und 14,3 % (*N* = 15) der Muslim*innen. An einer Veranstaltung, auf der für den Dschihad geworben wurde, haben 0,2 % (*N* = 8) aller Befragten teilgenommen und 2,9 % (*N* = 3) der muslimischen Studierenden. Kontakt zu einer Person, die sich beim Islamistischen Staat, der Al-Qaida oder einer ähnlichen Gruppe im Ausland aufhält, hatten 0,4 % (*N* = 17) aller Studierenden und 1,9 % (*N* = 2) der muslimischen Befragten.

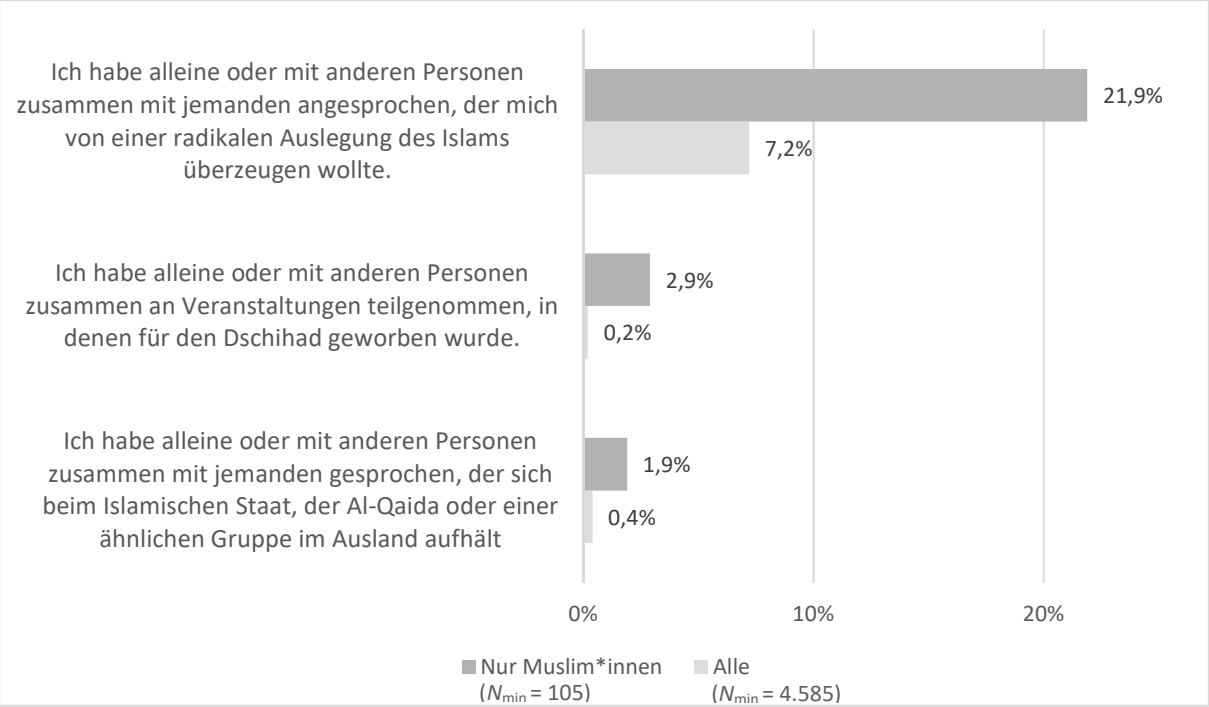

Abbildung 17. Anteil Studierender der StuPe-Stichprobe mit Berührungspunkten zu terroristischen Organisationen oder extremistischen Themen; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.588

[11] Die Fallzahlen sind so gering, dass auf eine graphische Darstellung verzichtet wird.

6.4 Zwischenfazit

In Bezug auf die Messung von Extremismus wird eine Vielzahl von Schwierigkeiten deutlich. In der empirischen Forschung besteht zurzeit keine einheitliche wissenschaftliche Definition von Extremismus, die die zu berücksichtigenden Aspekte (z. B. Handlungsebene, Gewaltbefürwortung, Abschaffung des Systems, Errichtung einer neuen Ordnung) benennt bzw. eingrenzt (Beelmann, 2019; Borum, 2011a, 2011b; Sedgwick, 2010). Des Weiteren wird der Zeitpunkt bzw. die statistische Grenzzahl (cut-off Point), ab wann eine Person als Extremist*in bezeichnet werden könnte, nicht einheitlich festgelegt. Gleichzeitig wird diskursiv behandelt, inwiefern eine allgemeingültige versus spezifische Extremismuskonzeption für die verschiedenen Phänomene dienlich ist (Baron et al., 2018). Die bisher bestehenden Instrumente zur Messung von Extremismus werden vielfach kritisiert (Goede et al., 2020; Neu, 2009, 43ff.).

Für die Messung von Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischen Extremismus wurde jeweils eine Operationalisierung *(Operationalisierung A*) gewählt, die sich an Items aus vielfach erprobten Instrumenten und Studien orientierte. Im Anschluss wurde eine Operationalisierung (*Operationalisierung B*) konzipiert, bei der sich alle verwendeten Items auf die Definition von Beelmann übertragen lassen. Anhand des Phänomens Linksextremismus wurde dabei in Kapitel 6.2.1 zum Beispiel deutlich, dass einige der bislang verwendeten Items für eine Operationalisierung in Anlehnung an die Definition von Beelmann (2019) nicht nutzbar sind.[12] Dementsprechend konnte im Bereich Linksextremismus keine *Operationalisierung B* entworfen werden. Auch bei den anderen hier behandelten Extremismen wurde ersichtlich, dass ein Teil der Items im Falle der *Operationalisierung B* nicht mehr verwendbar war. Im Bereich islamistischer Einstellungen war zudem neben der geringen Anzahl der Items die interne Konsistenz der Skala zu schwach und die Varianz der Antworten zu gering.

Anhand von Tabelle 26 lässt sich der Anteil extremistisch eingestellter Studierender der StuPe-Stichprobe je nach Operationalisierung und je nach Phänomen erkennen. Dabei sind jeweils die Anteile an der Stichprobe genannt, die auf der jeweiligen Mittelwertskala einen Wert > 3 aufweisen. Aufgrund der zuvor beschriebenen Uneinheitlichkeit der zugrundeliegenden Definitionen lassen sich die Werte nur eingeschränkt vergleichen.

Für künftige Forschung wird dafür plädiert, dass der hier unternommene Versuch einer Operationalisierung anhand einer einheitlichen Extremismusdefinition fortgeführt werden sollte. Grundlage jedes Messinstrumentes sollte eine klare Definition sein.

Tabelle 26. Übersicht Anteile extremistisch eingestellter Studierender der StuPe-Stichprobe nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B*; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.295

	Rechtsextremismus	**Linksextremismus**	**Islamistischer Extremismus**
Operationalisierung A	2,3	10,1	0,2
Operationalisierung B	1,1	-	0,3

Anmerkung: Anteil bemisst sich an Werten > 3,00 auf den Mittelwertskalen (Min = 1, Max = 5); Für Linksextremismus nach Operationalisierung B ist die Anzahl der Items nicht ausreichend; Für Linksextremismus nach Operationalisierung A und islamistischen Extremismus nach Operationalisierung B ist die interne Konsistenz der Skala nicht zufriedenstellend.

[12] Bei einigen Items gibt es gute Argumente für und gegen eine Berücksichtigung bei der *Operationalisierung B*. Es wurden jedoch nur Items verwendet, die eindeutig die genannten Kriterien erfüllten.

7 Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen

Ziel des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“ ist es u. a. Prädiktoren für Radikalisierung in einem frühen Stadium zu identifizieren, um daraus Schlüsse für Präventionsansätze ableiten zu können. Wie bereits in Kapitel 6 deutlich wurde, sind im Hinblick auf die Analyse der Studierendenbefragung unter der genannten Fragestellung einige Anmerkungen nötig. Es besteht weitestgehend Einigkeit unter den Forschenden, dass unter dem Begriff der Radikalisierung die Hinwendung zum Extremismus zu verstehen ist. Radikalisierung als Prozess kann anhand von den vorliegenden Daten nicht hinreichend analysiert werden, da hier nur ein Erhebungszeitpunkt vorliegt. Es werden daher in diesem Bericht statistische Zusammenhänge dargestellt. Diese Zusammenhänge sollten nicht zu der Annahme führen, daraus kausale Schlüsse ableiten zu können. Die „Richtung“ der Zusammenhänge, also inwieweit eine Variable eine andere beeinflusst, kann nicht statistisch belegt werden, sondern kann lediglich aus theoretischen Annahmen abgeleitet werden. Unter Vulnerabilitätsfaktoren werden im Folgenden Faktoren verstanden, deren Auftreten eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für extremistische Einstellungen bedeutet. Anhand dieser Faktoren können also Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Gefährdung von Personen oder Gruppen, bei denen jene Faktoren auftreten, getroffen werden.

Im folgenden Kapitel wurde auf die Analyse von Zusammenhängen mit islamistischen Einstellungen verzichtet. Wie in Tabelle 24 zu sehen ist, beinhalten die Daten nur eine geringe Varianz. Durchschnittlich stimmen 95,3 % den Items zur Messung von Islamismus nach *Operationalisierung A* „überhaupt nicht“ zu. Somit sind Korrelationen nicht hinreichend zu interpretieren. Es werden daher in diesem Kapitel Zusammenhänge mit den Mittelwertskalen zu Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* sowie zu Linksextremismus nach *Operationalisierung A* analysiert. Auch bezüglich dieser Mittelwertskalen ist die rechtsschiefe Verteilung der Daten zu beachten.

Für die Analyse der Zusammenhänge von Extremismus mit Variablen, die nominales Skalenniveau aufweisen, werden die Mittelwerte der jeweiligen Gruppen auf den Extremismusskalen verglichen. Die Mittelwerte liegen deutlich unter der theoretischen Mitte von 3,00. Für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein Mittelwert von 1,55 auf der Skala von 1,00 bis 5,00 und nach *Operationalisierung B* von 1,34. Linksextremismus nach *Operationalisierung A* weist einen Mittelwert von 2,28 auf.

Nach einigen soziodemographischen Merkmalen werden Faktoren aus den vorherigen Kapiteln zu Gemeinschaft, Religion und Politik in Hinblick auf Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen geprüft. Anschließend werden Vulnerabilitätsfaktoren betrachtet, denen in der Forschungsliteratur eine bedeutsame Rolle für Radikalisierungsprozesse zugeschrieben wird.

7.1 Soziodemografische Merkmale

Das Alter der Studierenden hat fast keinen Effekt auf das Ausmaß extremistischer Einstellungen. Trotz ausreichender Varianz beim Alter der Stichprobe zeigt sich nur für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* ein signifikanter Effekt, der jedoch sehr schwach ist (Tabelle 27).

Tabelle 27. Korrelationen von extremistischen Einstellungen und Alter; N_{min} = 4.289

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Alter	.01	-.05**	.00

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Bei der Analyse des Geschlechts hingegen zeigt sich, dass männliche Befragte deutlich höhere Mittelwerte auf den Skalen für Rechtsextremismus aufweisen als weibliche Befragte und Befragte, die sich nicht als männlich oder weiblich identifizieren (Abbildung 18). Bei Linksextremismus nach *Operationalisierung A* haben diverse Befragte den verhältnismäßig höchsten Mittelwert. Insgesamt sind die Mittelwertunterschiede für alle drei Mittelwertskalen signifikant.

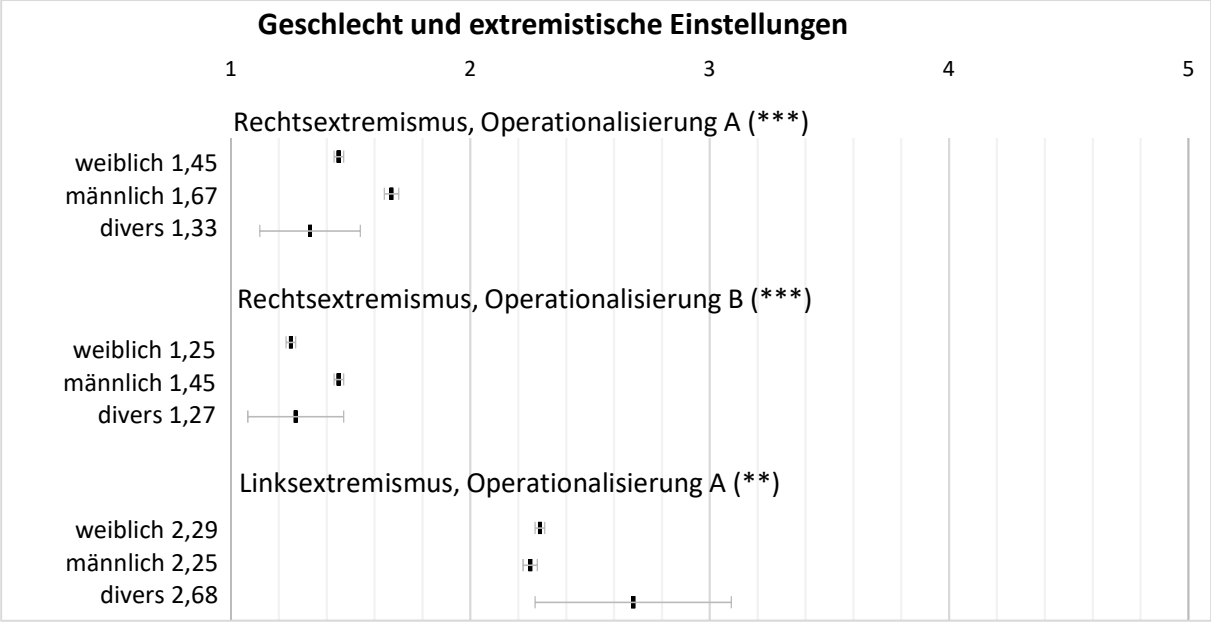

Abbildung 18. Mittelwerte der Extremismusskalen nach Geschlecht; N_{min} = 2.461 weiblich, N_{min} = 1.808 männlich, N_{min} = 24 divers; 95 %-KI; Unterschied zwischen Geschlechtern signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Betrachtet man die Wohnsituation der Studierenden, lässt sich feststellen, dass diejenigen, die bei den Eltern wohnen, die höchsten Mittelwerte für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* aufweisen (Abbildung 19). Die kleinsten Mittelwerte können für Studierende in WGs bzw. Wohnheimen (*Operationalisierung A*) und in eigenen Wohnungen mit Partner*in (*Operationalisierung B*) gefunden werden. Die Mittelwerte der betrachteten Gruppen liegen jedoch dicht beieinander. Dennoch sind die Unterschiede der Mittelwerte signifikant. Das gilt auch für Linksextremismus nach *Operationalisierung A*, wobei Studierende, die in einer WG bzw. einem Wohnheim leben, den höchsten, und diejenigen, die alleine in einer eigenen Wohnung leben, den kleinsten Mittelwert aufweisen.

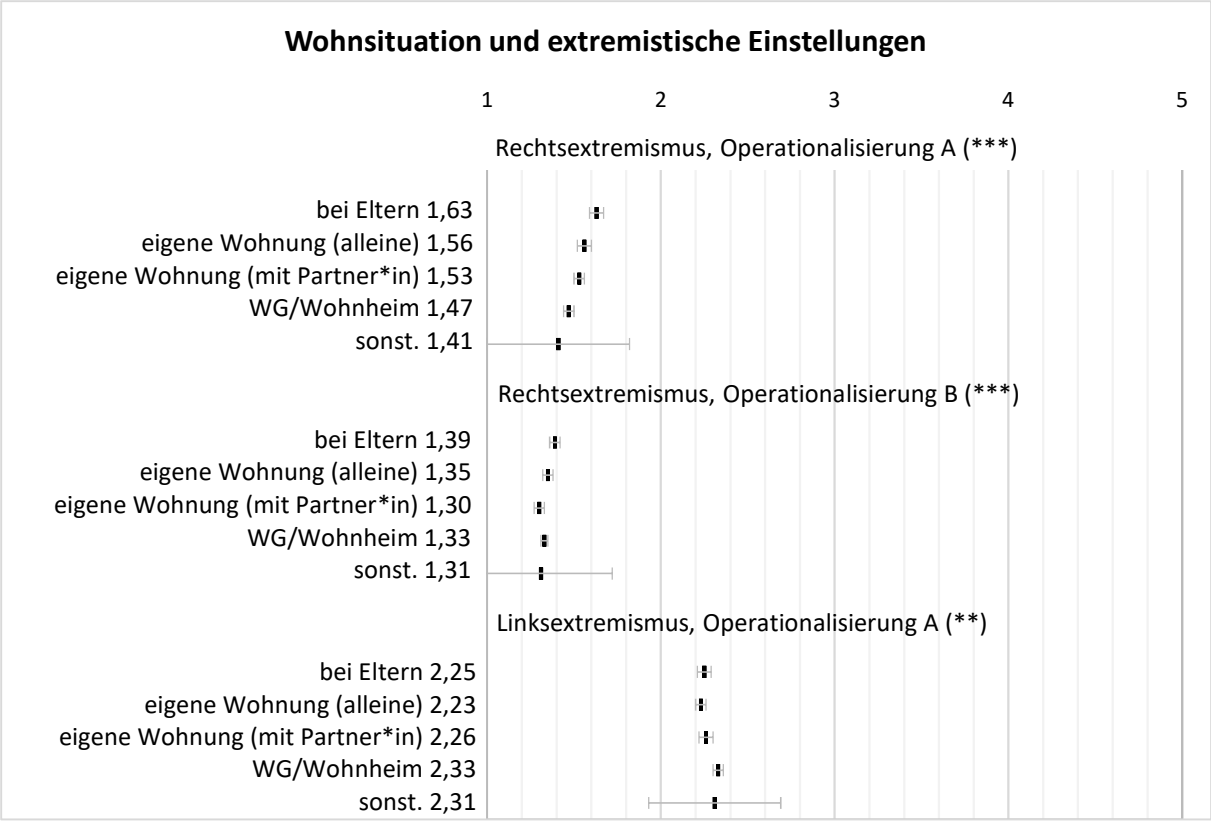

Abbildung 19. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Wohnsituation; N_{min} = 833 bei Eltern, N_{min} = 900 eigene Wohnung alleine, N_{min} = 1.053 eigene Wohnung (mit Partner*in), N_{min} = 1.496 WG, N_{min} = 9 sonstige; 95 %-KI**;** Unterschied zwischen Wohnformen signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Studierende mit Migrationshintergrund haben signifikant höhere Mittelwerte auf allen drei Extremismusskalen (Abbildung 20). Für alle drei Skalen ist der Wert jeweils leicht, um 0,1, höher als für Studierende ohne Migrationshintergrund.

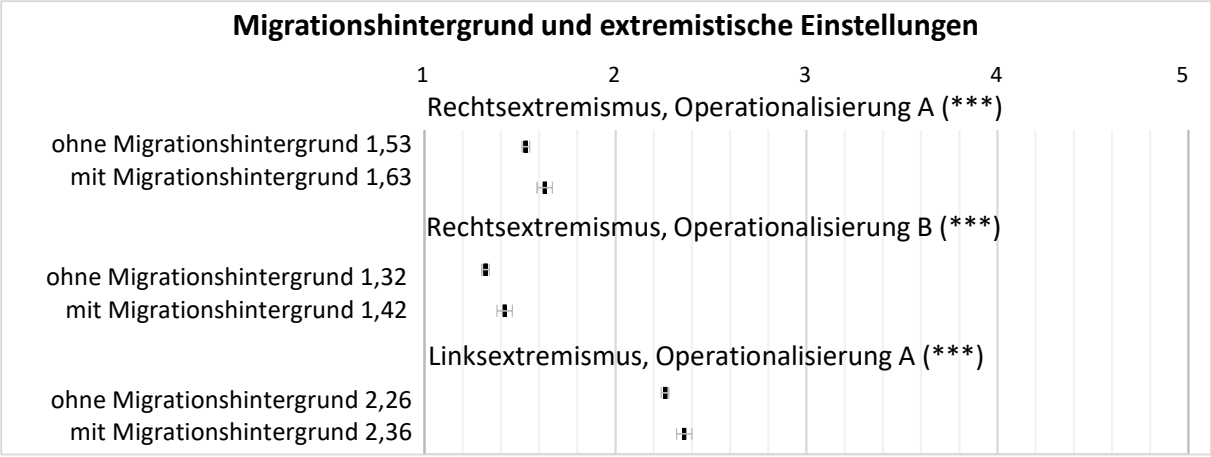

Abbildung 20. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Migrationshintergrund; N_{min} = 750 Migrationshintergrund, N_{min} = 3.545 kein Migrationshintergrund; 95 %-KI; Unterschied ja/nein signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Zusammenhänge von Extremismus und den betrachteten soziodemografischen Faktoren eher gering sind. Eine Ausnahme bilden dabei die deutlich höheren Mittelwerte für rechtsextreme Einstellungen bei männlichen Studierenden.

7.2 Gemeinschaft

Der Großteil der Studierenden der Befragung befindet sich im jungen Erwachsenenalter (Mittelwert = 24 Jahre). In der Zeit des Heranwachsens bewegen sich die Studierenden in einem sozialen Kontext, der Einfluss auf die persönliche Entwicklung nimmt und von dem sie geprägt werden. Zwar wohnt der Großteil nicht mehr bei den Eltern, sondern in eigenen Wohnungen bzw. in Wohnheimen oder WGs, dennoch spielt die Familie eine wichtige Rolle im sozialen Umfeld der meisten Studierenden. Während insbesondere in der Kindheit die Familie meist die wichtigste Rolle für die Sozialisation spielt, gewinnen in der Adoleszenz Freund*innen und Peers zunehmend als Bezugspersonen bei der Lebensgestaltung und –bewältigung an Bedeutung. Das soziale Umfeld dient jungen Menschen als Orientierung und hat Anteil an Bildungsprozessen und der Entwicklung von Werten und Normen (Eilers, Gruber & Kemmesies, 2015, S. 19).

Die Rolle der Peers als Ursache von Gewalt und Kriminalität ist seit längerem in der kriminologischen Forschung bekannt (Baier, 2017). Zahlreiche Befunde aus der Forschung zu Jugendlichen weisen darauf hin, dass solche mit delinquenten Freund*innen mit höherer Wahrscheinlichkeit selbst delinquent werden (Agnew, 1991, S. 47). So ist es nicht überraschend, dass ähnliche Befunde bezüglich Entwicklungsprozessen, die in Extremismus münden, gefunden werden. In der Forschungsliteratur wird darauf hingewiesen, dass der Faktor Peergroup „der am häufigste[n] thematisierte Einflussfaktor“ (Eilers et al., 2015, S. 73f.) in Bezug auf Radikalisierung ist. Malthaner (2017) spricht dabei von der Mobilisierung präexistenter sozialer Beziehungen. Dabei spielt die ideologische Überzeugung der Gruppe in erster Linie keine Rolle. Gründe für den Anschluss an eine Gruppe sind z.B. Zugehörigkeit, Sympathie (Dzhekova, Mancheva, Stoynova & Anagnostou, 2017) oder Zugang zu dieser (Baier, Manzoni & Bergmann, 2016).

Gleichzeitig dient das Umfeld im Sinne der Bindungstheorie nach Hirschi (1969) auch der sozialen Kontrolle, die junge Menschen davon abhält, sich gesetzeswidrig zu verhalten. Enge Bindungen an Familie und Freund*innen stärken dabei die Konformität der Jugendlichen. Je enger die sozialen Bindungen sind und je stärker diese soziale Kontrolle ausüben, desto eher neigen junge Menschen dazu, Regeln und Gesetze zu befolgen. Denn Hirschi geht davon aus, dass Individuen den Erwartungen und Anforderungen von engen Bezugspersonen entsprechen wollen, um diese nicht zu enttäuschen (Hirschi, 1969). Fehlt ein beständiges soziales Umfeld, kann das die Hinwendung zu abweichendem bzw. deviantem Verhalten fördern. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das soziale Umfeld eine wichtige Rolle im Hinblick auf Radikalisierungsprozesse spielen kann, weshalb im Folgenden näher auf den Einfluss der Familie und Freund*innen sowie der Studiensituation und der Freizeitgestaltung eingegangen wird.

In der statistischen Auswertung werden differenzierte Zusammenhänge und insbesondere die Art der sozialen Beziehungen, beispielsweise inwiefern Familie oder Freund*innen zu extremistischen Einstellungen neigen, nicht en détail analysiert. Es werden jedoch korrelative Zusammenhänge aufgezeigt, die einen Überblick über den durchschnittlichen Zusammenhang aller Befragten zeigen. Wie für alle Zusammenhangsanalysen mit Korrelationen gilt auch hier, dass detailliertere Analysen für die jeweiligen Themen geboten sind.

7.2.1 Studium

Zwischen Universitäten und Fachhochschulen gibt es hinsichtlich extremistischer Einstellungen der Studierenden nur geringe Unterschiede (Abbildung 21). Es zeigt sich, dass Studierende von Fachhochschulen etwas höhere Mittelwerte für Rechtextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* aufweisen. Kein Mittelwertunterschied kann zwischen Universität und Fachhochschule bei der *Operationalisierung A* des Linksextremismus festgestellt werden.

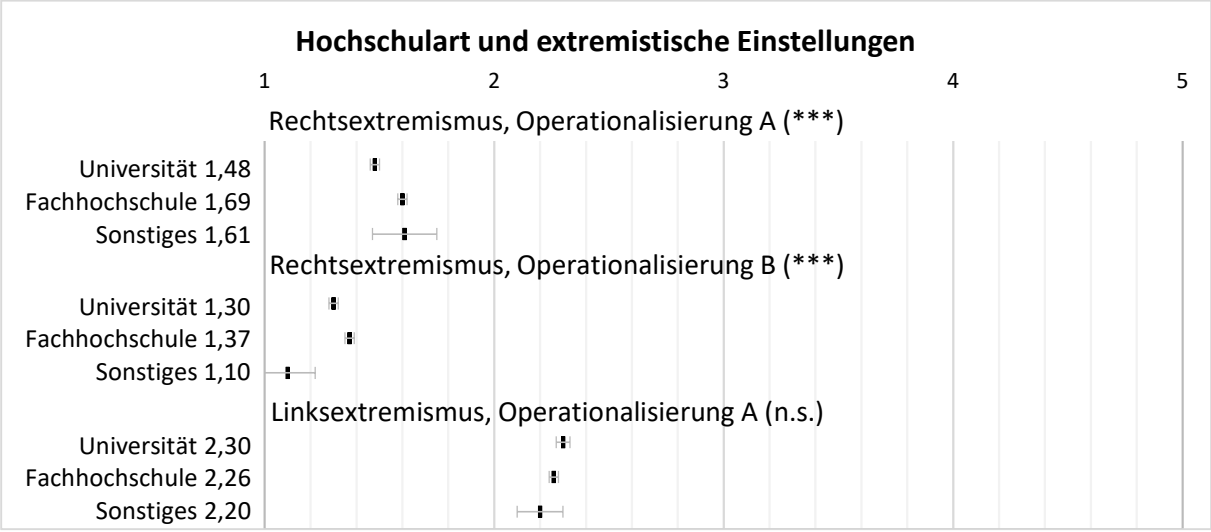

Abbildung 21. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Hochschulart; N_{min} = 1.891 Universität, N_{min} = 2.334 Fachhochschule, N_{min} = 69 sonstige; 95 %-KI; Unterschied zwischen Hochschularten signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Differenziert nach Studiengängen können etwas deutlichere Mittelwertunterschiede beobachtet werden (Abbildung 22). Studierende der Beamtenstudiengänge und Ingenieurswissenschaften weisen mit 1,7 die höchsten Mittelwerte für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* auf, wohingegen es nach *Operationalisierung B* Ingenieurswissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik sowie Beamtenstudiengänge sind. Auch die Sammelkategorie der Studiengänge, die nicht klar zugeordnet werden konnten, zeigt hohe Mittelwerte.[13] Deutlich geringer fallen die Mittelwerte für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* unter den gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge, Kunst-, Gestaltung und Musik sowie Lehramtsstudiengängen und sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen aus.

Für die linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein durchwachsenes Bild. Der höchste Wert findet sich unter Studierenden der Kunst-, Gestaltung und Musik. Den verhältnismäßig geringsten Wert weisen hingegen Studierende der Beamtenstudiengänge auf. Die Werte der verschiedenen Studiengänge liegen jedoch im Wertebereich zwischen 2,1 und 2,5 und somit dicht beieinander.

[13] In dieser Sammelkategorie finden sich vor allem Fälle, bei denen Abkürzungen von Studiengängen genannt wurden, die nicht eindeutig zuzuordnen waren. Einige Nennungen waren außerdem allgemeine Beschreibungen wie z. B. „Bachelorstudiengang“.

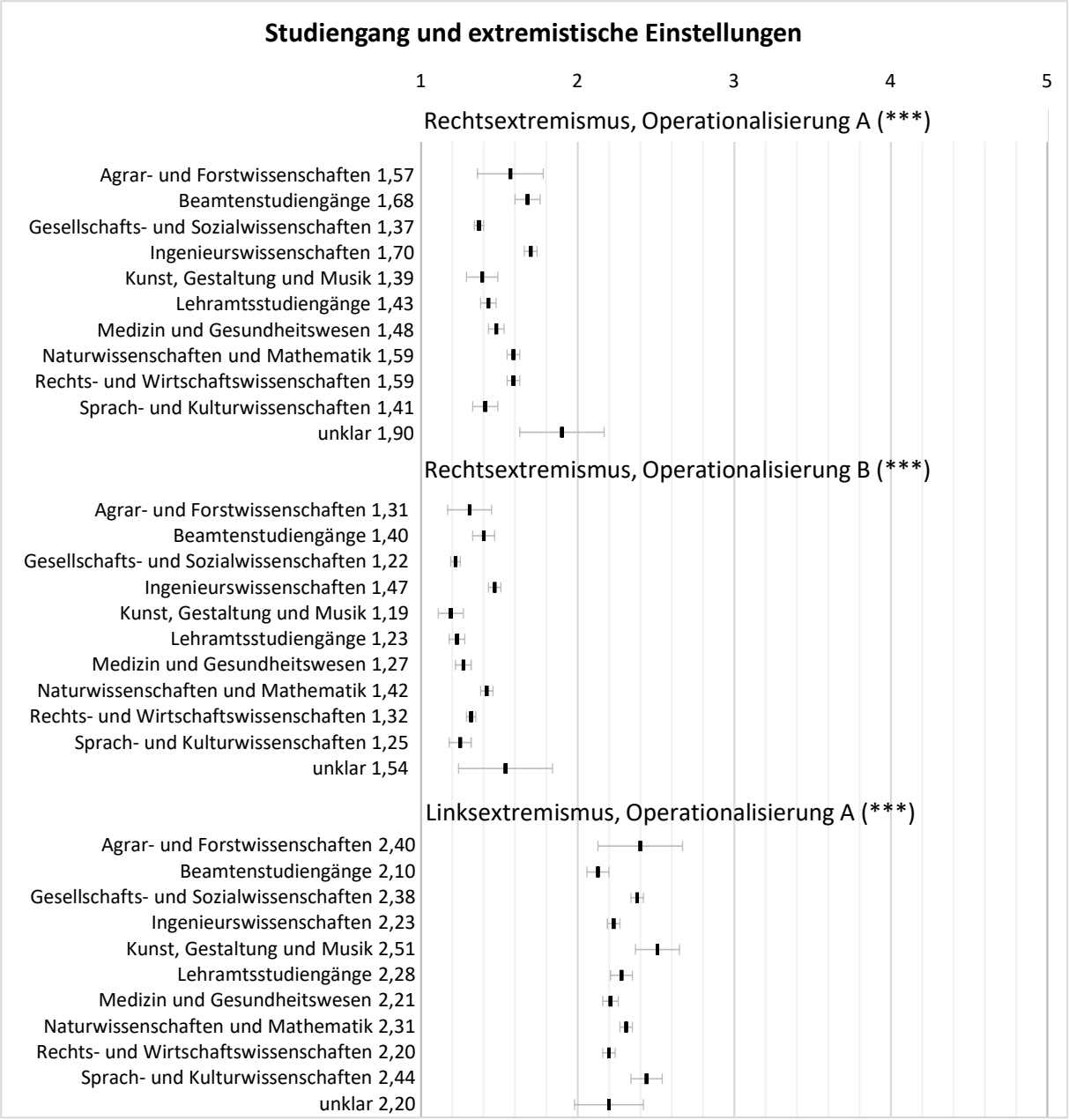

Abbildung 22. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Studiengang; N_{min} = 26 Agrar- und Forstw., N_{min} = 198 Beamtenst., N_{min} = 845 Gesell.- u. Sozialw., N_{min} = 782 Ingenieursw., N_{min} = 63 Kunst u. Musik, N_{min} = 249 Lehramtss., N_{min} = 337 Medizin u. Ges., N_{min} = 739 Naturw. u. Mathem., N_{min} = 841 Rechts- u. Wirtschaftsw., N_{min} = 163 Sprach- u. Kulturw., N_{min} = 32 unklar; 95 %-KI; Unterschied zwischen Studiengängen signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Werden die Mittelwerte für extremistische Einstellungen differenziert nach Abschluss betrachtet, sind kaum Unterschiede zu finden (Abbildung 23). Für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* sind die Mittelwertunterschiede nicht signifikant. Nach *Operationalisierung B* weisen bis auf den Abschluss Magister, dessen Mittelwert um 0,1 höher liegt, alle Abschlüsse einen Mittelwert von 1,3 auf. Bei der *Operationalisierung A* von linksextremen Einstellungen lässt sich der höchste Mittelwert von 2,7 für den Master-Abschluss feststellen. Den geringsten Wert weist der Abschluss Magister mit 1,9 auf.

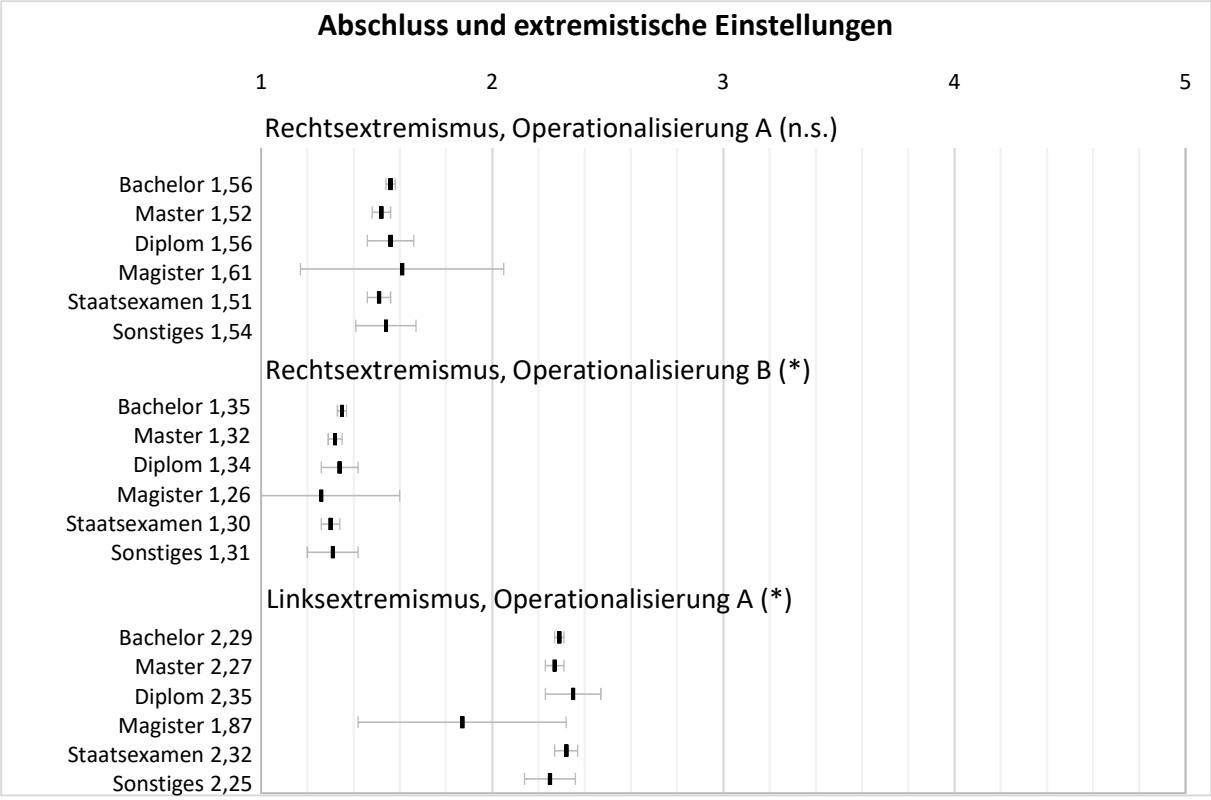

Abbildung 23. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Abschluss; N_{min} = 2.866 Bachelor, N_{min} = 772 Master, N_{min} = 932 Diplom, N_{min} = 10 Magister, N_{min} = 463 Staatsexamen, N_{min} = 91 sonstige; 95 %-KI; Unterschied zwischen Abschlüssen signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Für die metrischen Variablen, die sich auf das Studium beziehen, wurden Korrelationskoeffizienten berechnet, um die Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen zu veranschaulichen. Aus Tabelle 28 geht hervor, dass die Anzahl an Hochschulsemestern nicht in Zusammenhang mit extremistischen Einstellungen steht. Es zeigen sich, wenn auch signifikant, nur sehr geringe, negative Effekte für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B*. Für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* gibt es keinen signifikanten Zusammenhang.

Die in Tabelle 3 dargestellten Items, die im Wesentlichen die Eingebundenheit im Studienalltag abbilden, wurden ebenfalls hinsichtlich ihrer Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen analysiert (Tabelle 28). Dabei zeigen sich kaum signifikante Effekte in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen. Hinsichtlich linksextremer Einstellungen nach *Operationalisierung A* sind die Effekte für alle Items signifikant, bleiben jedoch unter .1 bzw. -.1 und sind somit sehr klein.

Tabelle 28. Zusammenhang zwischen extremistischen Einstellungen und Aspekten des Studiums; N_{min} = 4.288

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Hochschulsemester	-.03*	-.03*	-.01
Genügend Ansprechpartner	-.02	-.02	-.08***
Möglichkeiten der Information	-.01	.00	-.08***
Leistungsdruck	.05**	-.02	.09***
Fehlen würde nicht auffallen	.02	.01	.07***
In der Masse untergehen	.02	.00	.06***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.2.2 Freizeit

Aktivitäten, die im Rahmen der Hochschule wahrgenommen werden (Tabelle 4), zeigen kaum Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen (Tabelle 29). In Bezug auf rechtsextreme Einstellungen zeigt sowohl nach *Operationalisierung A* als auch nach *Operationalisierung B* lediglich die Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung einen signifikanten und positiven Effekt von > .1. Die Mitgliedschaft zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*. Die Mitgliedschaft in politischen Studierendengruppen weist im Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* den einzigen signifikanten und positiven Effekt > .1 auf.

Tabelle 29. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und Aktivitäten in Hochschulgruppen; N_{min} = 4.286

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Fachschaft	-.01	.00	.03
Studentische Selbstverwaltung/Vertretungs-gruppe (z.B. AStA)	-.01	.02	.04**
Offizielles Selbstverwaltungsgremium (z.B. Senat, Konzil)	.01	.04*	.04**
Politische Studierendengruppe	-.03*	.00	.12***
Studentenverbindung	.13***	.12***	-.03
Sportgruppe	-.01	-.01	-.04*
Kulturelle Aktivitäten (z.B. Theater-, Musik-, Orchestergruppe)	-.03	-.02	.02
Studierendengemeinde oder religiöse Gruppe	.03*	.03*	-.02

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Bei Aktivitäten außerhalb der Hochschule (Tabelle 5) zeigen sich häufiger signifikante Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen (Tabelle 30). Diese bleiben jedoch in den meisten Fällen sehr klein. Lediglich die Mitgliedschaft in Schützen-, Trachten- oder Karnevalsvereinen zeigt einen positiven und statistisch signifikanten Zusammenhang mit rechtextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* von > .1. Betrachtet man die Zusammenhänge mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*, zeigt sich ein deutlicher positiver Effekt von Aktivitäten in politisch-gesellschaftlichen Gruppen. Auch die Mitgliedschaft in einem Natur-, Umweltschutz- oder Tierschutzverein steht in einem positiven Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*.

Tabelle 30. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und Aktivitäten in Vereinen; N_{min} = 4.287

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Sport-, Turn-, Reitverein	.05***	.02	-.09***
Schützen-, Trachten-, Karnevalsverein	.11***	.07***	-.03*
Musik-, Tanz- oder Theaterverein, Musikschule, Chor	-.04**	-.04**	.02
Helfende Gruppe (z. B. DLRG, DRK, THW, Freiwillige Feuerwehr)	.04**	.02	-.04**
Religiöse Gruppe (z.B. in der Kirche oder Moschee)	.03*	-.01	-.04*
Politisch-gesellschaftliche Gruppe (z. B. Partei, politische Gruppe, NGO)	-.09***	-.04**	.19***
Fan-Gruppe (z. B. Musik, Sport)	.09***	.06***	.05**
Natur-, Umweltschutz-, Tierschutzverein	-.03	-.02	.11***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.2.3 Familie und Freundeskreis

Aus Abbildung 24 geht hervor, dass der Familienstand kaum mit extremistischen Einstellungen zusammenhängt. Es zeigen sich lediglich für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung B* signifikante Mittelwertunterschiede. Die Mittelwerte liegen jedoch recht dicht beieinander, sieht man von der Gruppe der Verwitweten ab (*N* = 2).

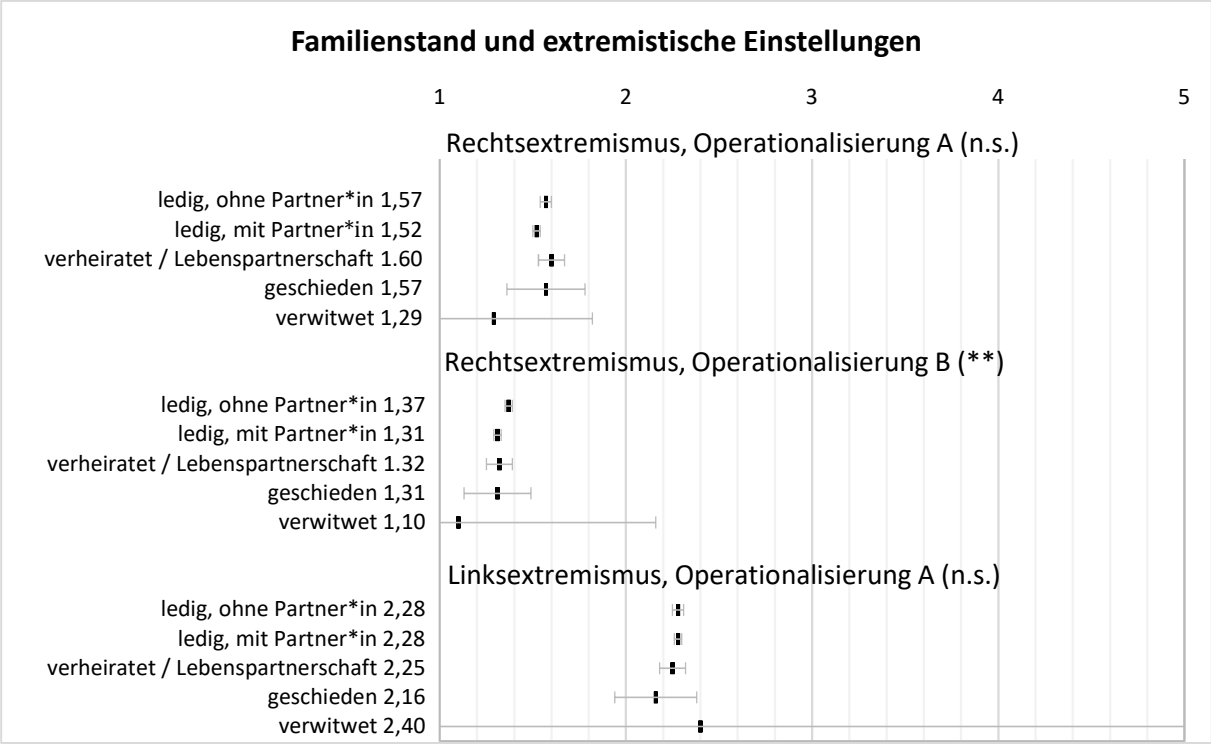

Abbildung 24. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Familienstand; N_{min} = 1.912 ledig ohne Partner*in, N_{min} = 2.082 ledig mit Partner*in, N_{min} = 248 verheiratet, N_{min} = 27 geschieden, N_{min} = 2 verwitwet; 95 %-KI; Unterschied zwischen Familienständen signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Für die Analyse des Zusammenhangs von extremistischen Einstellungen und dem Klima in der Herkunftsfamilie wurde aus den Items, die in Tabelle 6 beschrieben sind, eine Mittelwertskala gebildet. Mit einem Cronbachs α von .85 ist die interne Konsistenz der Skala gut**.**

Tabelle 31 zeigt, dass ein positives Klima in der Familie kaum mit rechtsextremen Einstellungen zusammenhängt. Für linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigt sich jedoch ein deutlicher negativer und signifikanter Zusammenhang. Das bedeutet, je positiver das Klima in der Familie ist, desto eher haben Studierende keine linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*.

In Bezug auf die Analyse der Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen und dem Klima im Freundeskreis (Tabelle 31) wurde eine Mittelwertskala aus den Items in Tabelle 7 berechnet. Mit einem Cronbachs α von .75 kann die interne Konsistenz der Skala als akzeptabel bezeichnet werden. Die Korrelationskoeffizienten sind für rechtsextreme Einstellungen zwar signifikant, jedoch sehr gering. Kein signifikanter Effekt zeigt sich für den Zusammenhang zwischen Klima im Freundeskreis und linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*.

Aus Abbildung 7 wurde außerdem die Anzahl an Freund*innen mit Migrationshintergrund verwendet, um diese hinsichtlich der Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen zu überprüfen. Nach der ursprünglich von Allport (1954) formulierten und von Autor*innen wie Pettigrew (1998) ausgearbeiteten Kontakthypothese wird davon ausgegangen, dass der Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener sozialer Gruppen unter bestimmten Voraussetzungen im Laufe der Zeit zu einer Reduzierung von Vorurteilen und Feindseligkeit gegenüber Fremdgruppen führt. Bei der Analyse der

Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen und der Anzahl an Freund*innen mit Migrationshintergrund wurden daher nur Studierende betrachtet, die selbst keinen Migrationshintergrund aufweisen. Es zeigt sich, dass die Korrelationskoeffizienten, im Sinne der Hypothese, negativ und signifikant sind. Tendenziell haben demnach Personen seltener rechtsextreme Einstellungen, je mehr Freund*innen mit Migrationshintergrund sie haben. Allerdings sind die Effekte sehr klein. Im Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein positiver, signifikanter Effekt, wobei auch dieser Korrelationskoeffizient sehr klein ist. Demnach weisen Personen, mit steigender Anzahl an Freund*innen, welche einen Migrationshintergrund haben, etwas häufiger linksextreme Einstellungen auf.

Tabelle 31. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und Klima in der Familie, im Freundeskreis und Anzahl an Freund*innen mit Migrationshintergrund; N_{min} = 4.294

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Positives Klima in der Herkunftsfamilie	.04**	.00	-.12***
Positives Klima im Freundeskreis	-.08***	-.09***	-.02
Freund*innen mit Migrations-hintergrund (nur Studierende ohne eigenen Migrations-hintergrund; N_{min} = 3.545)	-.06***	-.04*	.08***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.3 Religion

Die Rolle der Religion für den Radikalisierungsprozess wird in der Forschungsliteratur kontrovers diskutiert. Besonders im Hinblick auf islamistische Radikalisierung gehen einige Forscher davon aus, dass Religion ein Ausgangspunkt für Radikalisierungsprozesse sein kann (Aslan, Erşan Akkılıç & Hämmerle, 2018). Neben der Studie von Aslan et al. (2018), vertritt insbesondere Gilles Kepel (u.a. 2002) die Ansicht, dass der Islam Ausgangspunkt für Radikalisierungsprozesse sein kann (Dziri & Kiefer, 2018). In der Debatte, die vor allem in Frankreich kontrovers geführt wird, sehen andere Forscher*innen wie Olivier Roy wiederum die Religion als Deckmantel und der Radikalisierung nachgeordnet (Dziri & Kiefer, 2018). Für viele Forscher*innen spielt die Religion eher eine untergeordnete Rolle und dient in erster Linie als ideologischer Bezugspunkt für soziale Identität und als Rechtfertigungsnarrativ für Gewalt (Baier, 2017; Eilers et al., 2015). Religion wird darüber hinaus auch als ein Schutzfaktor beschrieben, da z. B. islamistische Propaganda besonders bei jenen Wirksamkeit entfaltet, die nicht religiös sozialisiert sind und denen religiöse Bildung fehlt (Dantschke, 2014). Andere internationale empirische Studien kommen zu dem Ergebnis, dass z. B. unter Muslim*innen die religiöse Praxis wie häufige Moscheebesuche positive, aber die persönliche Wichtigkeit der Religion negative Effekte auf extremistische Gewaltbefürwortung haben kann (Beller & Kröger, 2017).

Einige Studien zeigen, dass Religiosität mit ethnischem Rassismus einhergeht. Dies gilt sowohl für die bloße Religionszugehörigkeit als auch für das Ausmaß an selbsteingeschätzter Religiosität (Hall, Matz

& Wood, 2010; Hunsberger & Jackson, 2005; Johnson, Rowatt & LaBouff, 2010). Im Hinblick auf den Zusammenhang von Religion und Vorurteilen zeigt sich anhand der Daten der sogenannten Bielefelder Mitte-Studie ein höheres Ausmaß von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei zunehmender selbsteingeschätzter Religiosität (Küpper & Zick, 2017, S. 126f.). Differenziert nach den verschiedenen Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen sich starke positive Zusammenhänge insbesondere mit Sexismus und Homophobie sowie negativen Zusammenhängen mit der Abwertung Obdachloser und Langzeitarbeitsloser (Küpper & Zick, 2017, S. 127). Neben der selbsteingeschätzten Religiosität zeigt in der Studie auch ein Item zur Messung von Fundamentalismus[14] einen deutlichen positiven Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Küpper & Zick, 2017, S. 130f.). Andere Studien belegen einen Zusammenhang von Fundamentalismus mit rechten Einstellungen, insbesondere rechtsgerichtetem Autoritarismus (Altemeyer, 1996; Hall et al., 2010; Klein et al., 2017).

Für Linksextremismus lassen sich einige Erkenntnisse übertragen, die aus der Forschung zu islamistischer Radikalisierung stammen, in großen Teilen jedoch auf alle Formen von Radikalisierung übertragbar sind. So sieht z. B. van Hüllen (2013) eher „patchworkartige Weltbilder […] aus inkonsistenten, manchmal widersprüchlichen Wertemustern zusammengebastelt“ (van Hüllen, 2013, S. 111). Auch hier scheint die Ideologie demnach oftmals wenig gefestigt und nicht auslösender Faktor von Radikalisierungsprozessen zu sein. Für Manzoni et al. (2019, 49f.) spielt Religion nach ihren empirischen Analysen eine untergeordnete Rolle als Einflussfaktor für linksextreme Einstellungen.

Wie aus Abbildung 25 hervorgeht, gibt es signifikante Mittelwertunterschiede hinsichtlich extremistischer Einstellungen zwischen den verschiedenen Religionszugehörigkeiten. Im Bereich des Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* sind die höchsten Mittelwerte unter den Studierenden zu finden, die sich als muslimisch bezeichnen oder zu einer kleinen Religionsgruppe unter „Sonstige“ gehören. Katholische und evangelische Christ*innen sowie Konfessionslose zeigen die niedrigsten Mittelwerte. Das gleiche gilt für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B*, wobei hier auch Studierende der kleineren christlichen Konfessionen einen relativ kleinen Mittelwert aufweisen. Im Bereich Linksextremismus zeigen Muslim*innen den höchsten Mittelwert. Katholische und evangelische Christ*innen weisen die niedrigsten Mittelwerte auf.

[14] Der Wortlaut des Items ist „Meine Religion ist die einzig wahre“ (Küpper & Zick, 2017, S. 131).

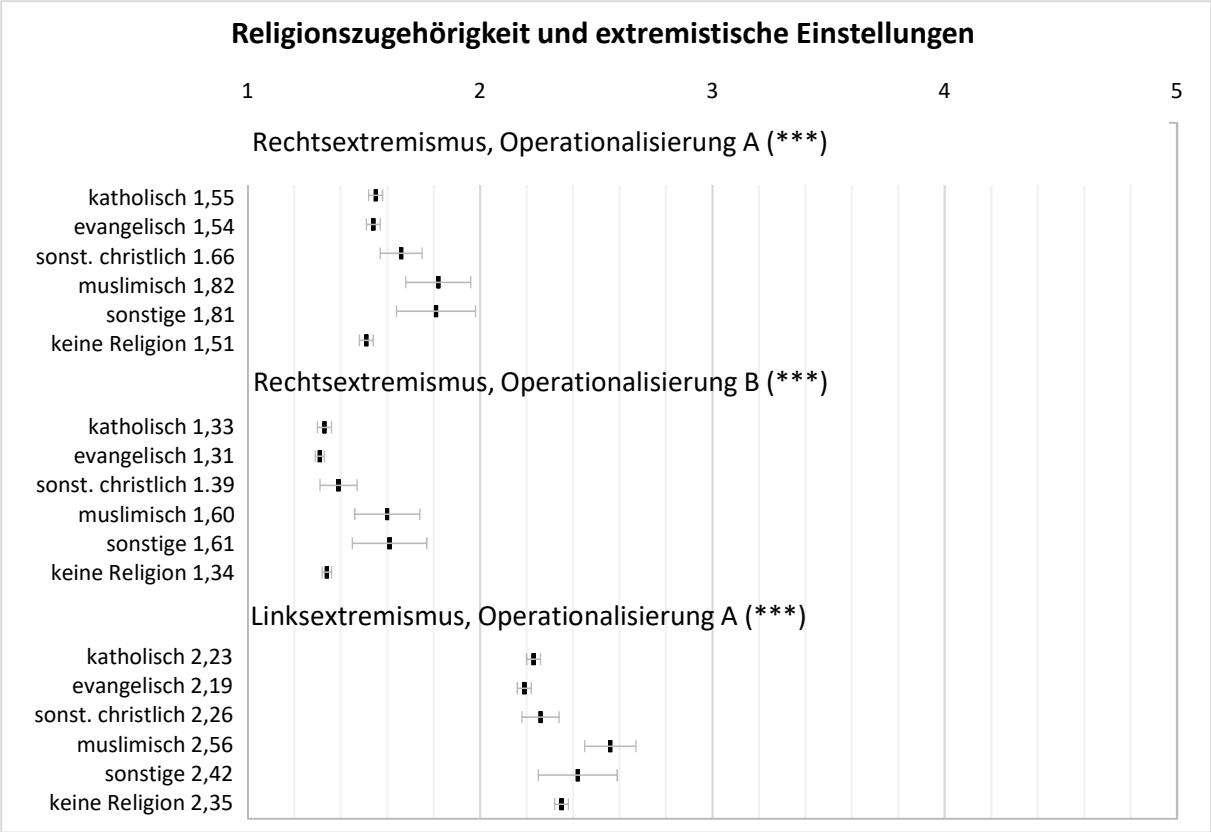

Abbildung 25. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Religionszugehörigkeit; N_{min} = 991 katholisch, N_{min} = 1.392 evangelisch, N_{min} = 163 sonst. christlich, N_{min} = 91 muslimisch, N_{min} = 48 sonstige, N_{min} = 1.586 keine Religion; 95 %-KI; Unterschied zwischen Religionszugehörigkeiten signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Bei der Analyse der Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen und der Wichtigkeit der Religion zeigen sich verschiedene Effekte (Tabelle 32). Für alle drei Items aus Tabelle 9 werden die Zusammenhänge für drei Stichproben betrachtet. Zum einen werden alle Studierenden mit Ausnahme der Konfessionslosen betrachtet, zum anderen alle Christ*innen und außerdem alle Muslim*innen. Bei der Bedeutung der Religion persönlich im Alltag ist zu erkennen, dass die Korrelationskoeffizienten für die Stichprobe mit allen Religionen nur sehr kleine, wenn auch signifikante Effekte aufweisen. Auch bei den Christ*innen zeigen sich keine bedeutsamen Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen. Die Korrelation mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* ist hingegen positiv, etwas stärker und signifikant. Für die Stichprobe der Muslim*innen zeigen sich keine signifikanten Effekte hinsichtlich des Zusammenhangs von extremistischen Einstellungen und der persönlichen Wichtigkeit der Religion.

Werden die Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen und der Wichtigkeit der Religion in der Familie analysiert, fällt zunächst auf, dass in der Stichprobe aller religiöser Studierenden die Effekte für alle drei Extremismusskalen sehr klein, wenn auch positiv und signifikant sind. Für Christ*innen zeigen sich hier keine signifikanten Zusammenhänge. Bei der Stichprobe der Muslim*innen werden starke Zusammenhänge mit Korrelationskoeffizienten > .3 für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* deutlich. Der Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* weist keinen signifikanten Zusammenhang auf.

In Bezug auf die Wichtigkeit von Religion im Freundeskreis zeigen sich kaum bedeutsame Effekte für extremistische Einstellungen. In der Stichprobe aller religiösen Studierenden sind die Effekte für die beiden Skalen für rechtsextreme Einstellungen signifikant, jedoch sehr klein. Für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* zeigt sich kein signifikanter Effekt. Für die Stichprobe der Christ*innen ist lediglich der Korrelationskoeffizient im Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* signifikant. Die Effekte für alle Extremismusskalen sind hier jedoch äußerst gering. Bei den Muslim*innen sind die gefundenen Effekte nicht signifikant.

Bei der Analyse der Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen mit Fundamentalismus werden die Items aus Tabelle 12 bzw. Tabelle 14, die Fundamentalismus religionsunabhängig messen, zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Für die Stichprobe aller religiöser Studierenden ergibt sich ein Cronbachs α von .82, für Christ*innen von .79 und für Muslim*innen von .86. Die interne Konsistenz der Skala ist in allen Subgruppen somit hinreichend gut. Bei der Analyse der Zusammenhänge zeigt sich, dass in der Stichprobe aller religiöser Studierenden deutliche Effekte für alle drei Extremismusskalen sichtbar werden. Insbesondere für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* sind die Korrelationskoeffizienten bei etwa .3 signifikant. Für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein etwas schwächerer, aber immer noch deutlicher und ebenfalls positiver, signifikanter Effekt. Für Christ*innen ändern sich die zuvor beschriebenen Effekte kaum. Lediglich für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* wird der Effekt etwas kleiner. Für Muslim*innen ist der Effekt für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* etwas geringer und bei Linksextremismus nach *Operationalisierung A* etwas größer.

Die Items aus Tabelle 15 wurden ebenfalls zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Es ergibt sich für die Mittelwertskala ein Cronbachs α von .76 für die Gesamtstichprobe und von .75, wenn nur Konfessionslose betrachtet werden. Die interne Konsistenz ist somit akzeptabel. Wird die Gesamtstichprobe hinsichtlich der Zusammenhänge von Religionsfeindlichkeit und extremistischen Einstellungen analysiert, zeigen sich für alle Korrelationskoeffizienten signifikante, positive Effekte. Sowohl für die beiden Operationalisierungen rechtsextremer Einstellungen als auch für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* ergeben sich fast identisch starke Korrelationen. Werden nur konfessionslose Studierende betrachtet, ändert sich lediglich der Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* substantiell. Hier kann ein deutlich stärkerer Zusammenhang als in der Gesamtstichprobe festgestellt werden.

Tabelle 32. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und Wichtigkeit der Religion, Fundamentalismus und Religionsfeindlichkeit; N_{min} = 2.783 (alle Religionen), N_{min} = 2.544 (nur Christ*innen), N_{min} = 91 (nur Muslim*innen), N_{min} = 4.289 (alle), N_{min} = 1.584 (nur Konfessionslose)

		Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Sample	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Wichtigkeit der Religion persönlich im Alltag	alle Religionen nur Christ*innen nur Muslim*innen	.09*** .07*** .14	.05* .02 .15	-.01** .11*** .00
Wichtigkeit der Religion i. d. Familie	alle Religionen nur Christ*innen nur Muslim*innen	.06** .04 .35**	.04* .01 .31**	.05* .03 .03
Wichtigkeit der Religion im Freundeskreis	alle Religionen nur Christ*innen nur Muslim*innen	.08*** .06** .19	.05* .02 .19	.04 .02 -.10
Fundamentalismus	alle Religionen nur Christ*innen nur Muslim*innen	.30*** .29*** .24*	.26*** .24*** .27*	.12*** .08*** .22*
Religionsfeindlichkeit	Alle nur Konfessionslose	.18*** .24***	.17*** .17***	.18*** .17***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.4 Politik

In sämtlichen Theorien und Konzepten beinhaltet die Definition von Extremismus eine politische Dimension. Auch wenn von religiösem Extremismus die Rede ist, wird, wie am Beispiel des Islamismus deutlich wird, nicht der religiöse Aspekt einer Ideologie an sich problematisch, sondern stets eine politisierte Form der Religion bzw. ein Konglomerat aus verschiedenen Ideologiebausteinen, bei denen Politik eine wesentliche Rolle spielt. Dies ließe sich auch auf weitere Extremismen übertragen, die ihren Ursprung nicht vordergründig im politischen Spektrum haben.[15] Im Fall des Rechts- und Linksextremismus scheint klar, dass primär politisch-gesellschaftliche Ziele verfolgt werden. Einige Radikalisierungsmodelle, wie das sogenannte Treppenhausmodell von Moghaddam (2005), sehen eine Unzufriedenheit mit der Politik in großen Teilen der Gesellschaft als erste Stufe eines Radikalisierungsprozesses. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Gründe für eine Radikalisierung auf einer individuellen Mikroebene, der Meso- oder Makroebene angesiedelt und vielfältig sein können. Gefühle der Benachteiligung, Deprivation sowie Diskriminierungs- und Viktimisierungserfahrungen können zwar kollektiv erfahren, empfunden und politisiert werden, finden jedoch auch auf einer individuellen Ebene statt.[16] In dem hier folgenden Kapitel sollen Zusammenhänge mit politischem Engagement und politischer Selbstverortung aufgezeigt werden. Wie bereits im Kapitel zu den Zusammenhängen von Extremismus und Religion geht es hier nicht um Faktoren, bei

[15] In einigen Fällen, wie beispielsweise dem Thema Tierschutz sind sich Forscher*innen uneins, inwiefern diese, je nach Konzept, als extremistisch gelten oder nicht.

[16] Einige der Faktoren, die Radikalisierungsmodelle und empirische Studien als Vulnerabilitätsfaktoren postuliert oder identifiziert haben, werden in Kapitel 7.5 analysiert.

denen ein kausaler Zusammenhang mit extremistischen Einstellungen vermutet wird. Da jedoch Politik für Extremismus konzeptionell wichtig ist, kann der Datenfundus der Studierendenbefragung genutzt werden, um etwaige Zusammenhänge offenzulegen.

7.4.1 Engagement

Der Zusammenhang von politischem und sozialem Engagement und extremistischen Einstellungen scheint naheliegend. Jedoch verweisen einige Radikalisierungsmodelle darauf, dass politische Unzufriedenheit nur dann zu einer Radikalisierung führt, wenn Personen keine Möglichkeit sehen, ihrem Unmut in legitimen Formen politischer Partizipation Ausdruck zu verleihen. Ist dies möglich, so findet keine weitere Radikalisierung statt (Moghaddam, 2005).

Die Ergebnisse aus Tabelle 33 zeigen, dass Engagement für politische und soziale Angelegenheiten durchaus mit extremistischen Einstellungen einhergehen kann. Die bereits in Tabelle 16 genannten Betätigungsfelder zeigen unterschiedlich starke Effekte. In Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* stehen Aktivitäten wie das Engagement für Sicherheit und Ordnung am Wohnort und die Pflege deutscher Kultur und Tradition. Deutliche negative Effekte weisen hier das Engagement für geflüchtete Menschen, für ein besseres Zusammenleben von Ausländer*innen und Deutschen sowie für Menschen in armen Ländern auf. Ein ähnliches Bild, wenn jedoch mit kleineren Effekten zeigt sich auch bei *Operationalisierung B* von rechtsextremen Einstellungen.

In Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* stehen mit deutlichen positiven und signifikanten Effekten vor allem das Engagement für geflüchtete Menschen, für soziale und politische Veränderung in Deutschland, ein besseres Zusammenleben von Ausländer*innen und Deutschen, für Menschen in armen Ländern sowie für Umwelt- und Tierschutz. Etwas kleinere Effekte, aber > .1 sind auch im Hinblick auf das Engagement für benachteilige Menschen (positiver Effekt) und für die Pflege deutscher Kultur und Tradition (negativer Effekt) zu finden.

Tabelle 33. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und sozialem und politischem Engagement; N_{min}= 4.284

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Umwelt- und Tierschutz	-.08***	-.04**	.16***
Interessen von Jugendlichen, jungen Leuten	-.04**	-.03*	.07***
geflüchtete Menschen	-.22**	-.14***	.22***
besseres Zusammenleben von Ausländern und Deutschen	-.17***	-.09***	.20***
Sicherheit und Ordnung an meinem Wohnort	.20***	.15***	-.04**
benachteiligte Menschen (z. B Ältere, Arme, Behinderte)	-.07***	-.07***	.11***
soziale und politische Veränderung in Deutschland	-.09***	-.04**	.21***
Menschen in armen Ländern	-.12***	-.08***	.19***
Pflege deutscher Kultur und Tradition	.27***	.19***	-.10***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.4.2 Internet

Im Zeitalter der Digitalisierung durchdringt die Nutzung digitaler Medien das Leben der Studierenden in Deutschland. Auch bereits vor dem Digitalisierungsschub, den die Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 auslöste und für zahlreiche innovative und kreative Formen der digitalen politischen Partizipation sorgte, fanden zahlreiche politische Aktivitäten online statt. Besonders in sozialen Netzwerken finden Studierende den Raum für politische Aktivitäten und politischen Austausch.

Für Radikalisierungsprozesse sind soziale Medien aus zahlreichen Gründen zentral. Die Konstruktion der sozialen Netzwerke und ihre Algorithmen, welche zur Entstehung von sogenannten Echokammern beitragen, können Vorurteilsstrukturen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördern. Hassrede (engl. hate speech) also z. B. Beleidigungen, üble Nachrede, Volksverhetzung aber auch Aufrufe zu Straftaten können dort durch eine gesenkte Hemmschwelle im Vergleich mit der offline-Welt durch situative Dynamiken entstehen bzw. verstärkt und vielfach beobachtet werden (Struck, 2019; Struck, Kraus & Görgen, 2017). Auch extremistische Gruppierungen wissen das Internet und insbesondere das Web 2.0 für ihre Zwecke zu nutzen und setzen gezielt auf Internetpropaganda, um ihre Weltanschauung zu verbreiten (Awan, 2017, S. 141; Ipsen, Wörner-Schappert & Eisentraut, 2017, S. 31; Neumann, Winter, Meleagrou-Hitchens, Ranstorp & Vidino, 2018, S. 10ff.). Des Weiteren bieten die digitalen Technologien sichere, schnelle und kostengünstige Kommunikation, die es erlaubt, konspirative Absprachen wie z. B. Verabredungen zu extremistischen Taten in verschlüsselten Gruppen zu treffen (Inan, 2017, S. 104; Kiefer et al., 2018). In der Debatte um die Rolle des Internets in Radikalisierungsprozessen wird inzwischen von einem Großteil der Forschenden die Ansicht vertreten, dass das Internet nicht die Ursache für eine Radikalisierung ist, aber verstärkende und beschleunigende Wirkung haben kann und neue Möglichkeiten schafft (Hohnstein & Glaser, 2017).

Für politische Aktivitäten im Internet lassen sich grob vereinfacht drei Dimensionen nachzeichnen. *Konsum* bezeichnet dabei z. B. den Besuch von Internetseiten. Mit *Posting* werden aktive Formen der digitalen Partizipation, wie das Weiterleiten von Inhalten, beschrieben. Der unmittelbare Austausch mit anderen wird mit dem Stichwort *Netzwerk* beschrieben.

Wie in Tabelle 34 zu sehen ist, konsumieren mehr als die Hälfte der befragten Studierenden „manchmal“ oder „oft“ Seiten mit politischem Inhalt. Nur 13,6 % tun dies nie. Mit 73,2 % ist der Anteil der Studierenden sehr hoch, der „nie“ politische Posts verfasst. Nur 9,3 % tun dies „manchmal“ oder „oft“. Deutlich über die Hälfte der Befragten gibt außerdem an, sich „nie“ mit anderen online über politische Fragen auszutauschen. 19,2 % tun dies „manchmal“ oder „oft“.

Tabelle 34. Politische Internetaktivitäten; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.461

	Itemwortlaut	nie	selten	manch-mal	oft
Konsum	Ich besuche gerne Seiten im Internet mit politischem Inhalt.	13,6	33,0	32,0	21,5
Posting	Ich poste Dinge wie Bilder, Links, oder Texte mit politischem Inhalt in den sozialen Netzwerken.	73,2	17,5	6,7	2,6
Netzwerk	Ich tausche mich online mit anderen über politische Fragen aus.	56,7	24,2	12,9	6,3

In Tabelle 35 sind die Zusammenhänge der drei Dimensionen politischer Internetaktivitäten mit extremistischen Einstellungen dargestellt. Für rechtextreme Einstellungen zeigen sich kaum nennenswerte Effekte, sowohl für die Mittelwertskala nach *Operationalisierung A* als auch für *Operationalisierung B*. Im Bereich der linksextremen Einstellungen zeigen sich positive und signifikante Effekte bei allen drei Dimensionen, wobei der stärkste Zusammenhang mit .21 für die Dimension Posting zu erkennen ist.

Tabelle 35. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und politischen Internetaktivitäten; N_{min} = 4.293

	Rechtsextremismus		Linksextremismus
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Konsum	-.06***	-.02	.11***
Posting	-.04**	.00	.21***
Netzwerk	.02	.04*	.12***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.4.3 Politische Selbstverortung

Die Mittelwerte auf den Extremismusskalen zeigen, verglichen nach Parteipräferenz, signifikante Unterschiede (Abbildung 26). Für die Mittelwertskalen rechtsextremer Einstellungen haben Anhänger*innen der AfD mit 2,7 (*Operationalisierung A*) und 2,2 (*Operationalisierung B*) die mit

Abstand höchsten Mittelwerte. CDU/CSU und FDP-Anhänger*innen sowie Nichtwähler*innen liegen mit Werten um 1,8 (*Operationalisierung A*) und 1,5 (*Operationalisierung B*) im Vergleich mit den anderen Parteien im Mittelfeld. Deutlich kleinere Mittelwerte um 1,4 (*Operationalisierung A*) bzw. 1,2 (*Operationalisierung B*) zeigen Studierende, die SPD, Linke oder Grüne wählen würden. Die Unterschiede zwischen den Mittelwerten dieser drei Parteien nach *Operationalisierung B* sind nicht signifikant. Bei *Operationalisierung A* sind es Anhänger von CDU/CSU und FDP die keine signifikanten Mittelwertunterschiede aufweisen.

Ein Zusammenhang von linksextremen Einstellungen und Parteipräferenz lässt sich ebenfalls anhand signifikanter Unterschiede in den Mittelwerten ausmachen. Anhänger*innen der Linken haben mit 2,7 den deutlich höchsten Mittelwert. Die restlichen Parteien liegen dicht beieinander, wobei die kleinsten Werte mit 2,0 bei Anhänger*innen der CDU/CSU, AfD und FDP zu finden sind. Die Mittelwerte dieser drei Parteien unterscheiden sich nicht signifikant.

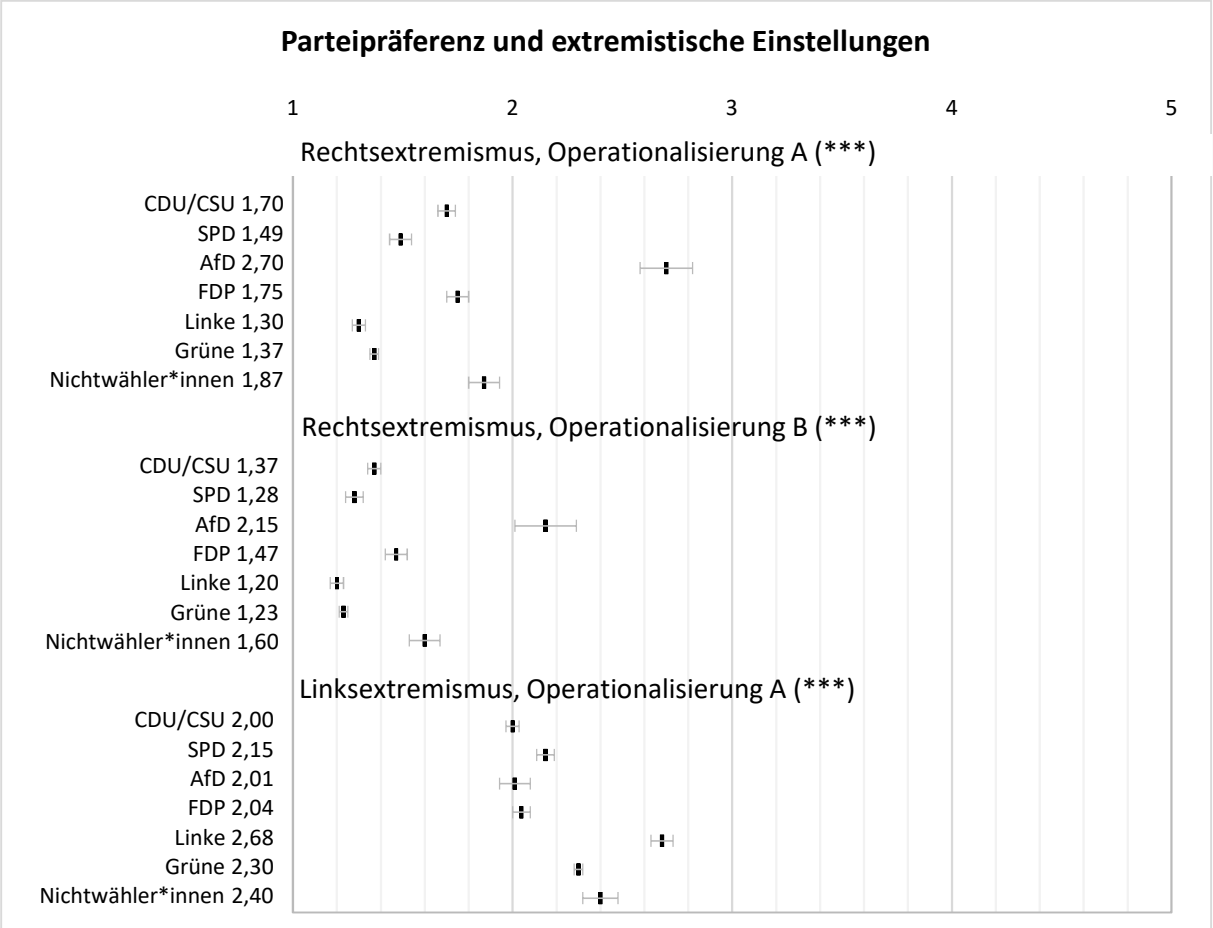

Abbildung 26. Mittelwerte für extremistische Einstellungen nach Parteipräferenz; N_{min} = 595 CDU/CSU, N_{min} = 403 SPD, N_{min} = 154 AfD, N_{min} = 545 Linke, N_{min} = 1.581 Grüne, N_{min} = 255 Nichtwähler*innen; 95 %-KI; Unterschied zwischen Parteien signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

In Tabelle 36 werden die korrelativen Zusammenhänge von extremistischen Einstellungen mit Interesse an Politik (Abbildung 11), politischer Wirksamkeit (Abbildung 12) und politischer Selbstverortung auf einer Links-Rechts-Skala (Abbildung 13) betrachtet.

Interesse an Politik zeigt für alle drei Extremismusskalen sehr geringe, signifikante Effekte. Für die beiden Rechtsextremismusskalen sind die Effekte leicht negativ und für Linksextremismus nach *Operationalisierung A* leicht positiv. Somit zeigt sich, dass Interesse an Politik kaum in Zusammenhang mit extremistischen Einstellungen steht.

Die Mittelwertskala zur Messung politischer Wirksamkeit weist keine signifikanten Effekte hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen und einen nur sehr geringen, wenn auch signifikanten Effekt in Bezug auf linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* auf.

Sehr deutlich fallen die Zusammenhänge erwartungsgemäß hinsichtlich der Links-Rechts-Skala aus: hierbei bedeuten kleine Werte linke und hohe Werte rechte Selbstverortung. Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* weist einen Korrelationskoeffizienten von .56 und nach *Operationalisierung B* von .38 auf. Linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* stehen hingegen mit -.38 in einem negativen Zusammenhang. Daran zeigt sich, dass sich die Studierenden selbst tendenziell richtig einschätzen bzw. die Selbsteinstufungsskala recht valide die politische Selbsteinschätzung misst.

Tabelle 36. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und Interesse an Politik, politischer Wirksamkeit und Links-Rechts-Skala; N_{min} = 4.263

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Interesse an Politik	-.06***	-.04*	.08***
Politische Wirksamkeit	-.01	.00	.04**
Links-Rechts-Skala	.56***	.38***	-.38***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.5 Ausgewählte Vulnerabilitätsfaktoren für extremistische Einstellungen

Relevante Vulnerabilitätsfaktoren können aus den zahlreichen theoretischen Radikalisierungsmodellen abgeleitet werden (Beelmann, 2019; McCauley & Moskalenko, 2008; Moghaddam, 2005; Sageman, 2004; Silber & Bhatt, 2007; Veldhuis & Staun, 2009; Wiktorowicz, 2005). Des Weiteren wurden zur Ermittlung von Vulnerabilitätsfaktoren für extremistische Einstellungen bereits deutschlandweit, wie auch international, wissenschaftliche Überblicksstudien durchgeführt. Beispielhaft können hier folgende Übersichtsarbeiten genannt werden: Baier (2017) umreißt aktuelle Entwicklungen im Bereich Gewalt und Radikalisierung in Deutschland, um darauffolgend entsprechende Präventionsziele zu formulieren. Pisoiu (2013) beschreibt die wissenschaftliche Literatur zum Thema Radikalisierung mit Bezugnahme auf Post 9/11 Literatur, die sich insbesondere mit islamistischer Radikalisierung beschäftigt mit zusätzlichem Verweis auf Literatur zum Themenfeld Rechtsextremismus. Darüber hinaus diskutiert sie umstrittene Konzepte und Erklärungsmechanismen islamistischer Radikalisierung. Der Untersuchung bereits bestehender Prognose- und Diagnoseinstrumente für Radikalisierungsprozesse in Europa gehen Dzhekova et al. (2017) nach, um anschließend Schlüsse und Empfehlungen für aktuelle Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen ziehen zu können.

Vulnerabilitätsfaktoren können nach diesen Übersichtsarbeiten auf unterschiedlichen Ebenen untersucht werden. Einem soziologischen Analyseraster folgend können Vulnerabilitätsfaktoren auf drei Ebenen, Mikro-, Meso- und Makroebene, herausgearbeitet werden. Auf der Mikroebene richtet sich der Blick auf das Individuum mit seinen Eigenschaften und Erfahrungen. Zu den Vulnerabilitätsfaktoren auf dieser Ebene gehören Identitätskrisen, gescheiterte Integration, Entfremdungsgefühle und relative Deprivation (Dzhekova et al., 2017, 10). Auf der Mesoebene steht die Rolle des sozialen Nahraums im Mittelpunkt. Dies kann die Freundesgruppe, eine Gemeinschaft oder ein soziales Netzwerk sein. Die Vulnerabilitätsfaktoren zeigen sich in gruppendynamischen Prozessen, wie bspw. sozialen Normen, Freundschaftsbeziehungen oder Gruppendruck. Die Makroebene bezieht sich auf gesellschaftliche Zusammenhänge. Als Faktoren können hier Marginalisierung, Ausgrenzung, Diskriminierung, sowie die Wahrnehmung von Verteilungsungerechtigkeiten genannt werden (Baier, 2017, 12; Bögelein, Meier & Neubacher, 2017, 374; Dzhekova et al., 2017, 10ff.)

Nach Dzhekova et al. (2017, 13ff.) können Vulnerabilitätsfaktoren außerdem sowohl auf Handlungs- als auch auf kognitiver Ebene unterschieden werden. Die Handlungsebene umfasst Veränderungen in Gewohnheiten, Tätigkeiten und Erscheinungsbild. Auf kognitiver Ebene zeigen sich diese in Meinungsäußerungen, Überzeugungen und Einstellungen.

Des Weiteren wird bei den beisteuernden Faktoren eines Radikalisierungsprozesses in sogenannte Push- und Pull-Faktoren eingeteilt. Push-Faktoren bezeichnen Einflüsse aus dem persönlichen Hintergrund eines Individuums, welche es regelrecht in die Richtung einer Extremismusform „stoßen“. Pull-Faktoren hingegen sind solche, welche Individuen anziehen, die Vorzüge einer extremistischen Haltung (und Handlung) hervorheben, als attraktiv erscheinen lassen und so überzeugen (Baier, 2017, 7).

Die Konzeption des Fragebogens und damit einhergehend die Auswahl möglicher Vulnerabilitätsfaktoren erfolgte auf Grundlage der verschiedenen Radikalisierungsmodelle und wissenschaftlichen Übersichtsstudien, die bis zum Zeitpunkt der Fragebogenkonstruktion veröffentlicht waren.

7.5.1 Selbstwirksamkeit

Selbstwirksamkeit wurde anhand von drei Items gemessen (Tabelle 37). Die Skala zur Messung allgemeiner Selbstwirksamkeit (ASKU) wurden von Beierlein, Kemper, Kovaleva und Rammstedt (2012b) entwickelt. Die Aussagen der Items thematisieren, inwieweit sich die Befragten in schwierigen Situationen auf ihre Fähigkeiten verlassen, sie Probleme aus eigener Kraft meistern und meinen, dass sie herausfordernde Aufgaben in der Regel gut lösen können.

Bei allen drei Items zeigt sich ein ähnliches Antwortmuster. Die Studierenden zeigen ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit. Der Anteil der Befragten, auf die die Aussagen „überhaupt nicht“ zutreffen ist mit 0,2 % bis 0,3 % sehr gering. Der Anteil jener, auf die die Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zutreffen, liegt zwischen 82,2 % und 82,5 %. Die Mittelwertskala aus den drei Items für Selbstwirksamkeit zeigt mit einem Cronbachs α von .85 eine gute interne Konsistenz.

Tabelle 37. Selbstwirksamkeit; N_{min} = 4.835

	trifft überhaupt nicht zu	trifft eher nicht zu	teils/teils	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu
In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.	0,3	2,4	15,0	52,8	29,5
Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.	0,3	2,3	15,0	52,7	29,8
Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen.	0,2	2,1	15,5	53,3	28,9

Die Zusammenhänge mit extremistischen Einstellungen sind äußerst gering (Tabelle 38). Es zeigt sich zwar ein positiver, signifikanter Effekt für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und negative, signifikante Effekte für Linksextremismus nach *Operationalisierung A*, jedoch sind beide sehr gering. Es kann demnach nur ein sehr geringer Zusammenhang zwischen extremistischen Einstellungen und Selbstwirksamkeit festgestellt werden.

Tabelle 38. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und ausgewählten Faktoren; N_{min} = 4.294

	Rechtsextremismus		Linksextremismus
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Selbstwirksamkeit	.05**	.02	-.08***
Relative Deprivation	.15***	.09***	.07***
Politische Deprivation	.34***	.26***	.10***
Ambiguitätsintoleranz	.13***	.08***	.05**
Anomie	.16***	.10***	.14***
Zuversichtliche Zukunftssicht (persönlich)	-.09***	-.07***	-.15***
Zuversichtliche Zukunftssicht (Gesellschaft)	-.25***	-.20***	-.23***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

7.5.2 Deprivation

In der Forschungsliteratur wird Deprivation häufig in Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen als wichtiger Faktor benannt, ist dabei jedoch durchaus umstritten (Rippl & Baier, 2005; Schmitt, Maes & Gollwitzer, 2003). Vereinfacht ausgedrückt, gilt ein Individuum als depriviert, wenn es sich bei dem Verzicht auf etwas Erwünschtes benachteiligt fühlt und darauf mit Unzufriedenheit reagiert. Dies kann sich in vielen Bereichen des Lebens, z. B. in politischen Einstellungen oder in Vorurteilen widerspiegeln (Rippl & Baier, 2005, S. 645). Deprivation kann auch auf kollektiver Ebene entstehen und z. B. ökonomisch, politisch oder sozial gerahmt sein. Ein besonderes Augenmerk wird in der Forschung zu Radikalisierung auf die relative Deprivation gelegt, also die subjektiv wahrgenommene

Benachteiligung (Böckler & Zick, 2015, S. 109). Sie kann dazu führen, dass andere Personengruppen, die als Schuldige für die momentane Situation identifiziert werden, abgewertet werden (Zick, Küpper & Berghan, 2019, S. 29).

Die relative Deprivation wurde anhand des Items gemessen „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Wie viel glauben Sie, erhalten Sie persönlich?“. Die Studierenden konnten angeben, ob sie „mehr als den gerechten Anteil“, „den gerechten Anteil“ oder „weniger als den gerechten Anteil“ erhalten. Dabei geben 22,7 % der Studierenden an, „mehr als den gerechten Anteil“ zu erhalten. 59,0 % der Studierenden kreuzen an, „den gerechten Anteil“ und 18,3 % „weniger als den gerechten Anteil“ zu erhalten (*N* = 4.427).

Es zeigen sich für alle Zusammenhänge von relativer Deprivation und extremistischen Einstellungen positive, signifikante Effekte. Für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* ist der Effekt deutlich, nach *Operationalisierung B* ist er mit < .1 geringer. Für den Zusammenhang mit der Mittelwertskala für linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigt sich ebenfalls nur ein sehr kleiner Effekt.

Die aus den Items für politische Deprivation (Tabelle 19) berechnete Mittelwertskala steht deutlich in Zusammenhang mit extremistischen Einstellungen (Tabelle 38). Für den Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein starker und signifikanter Effekt von .34. Politische Deprivation und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* stehen ebenfalls, mit einem Korrelationskoeffizienten von .26, in Zusammenhang. Auch für den Zusammenhang mit Linksextremismus nach *Operationalisierung A* ist der Korrelationskoeffizient positiv und signifikant, jedoch mit .1 geringer als jene, die den Zusammenhang von politischer Deprivation und Rechtsextremismus darstellen. Die Ergebnisse zeigen zusammengefasst, dass relative Deprivation geringe Zusammenhänge mit Rechts- und Linksextremismus aufweist. Politische Deprivation hängt nur leicht mit Linksextremismus zusammen, jedoch deutlich stärker mit Rechtsextremismus.

7.5.3 Ambiguitätsintoleranz

In der Forschungsliteratur wird häufig auch der Begriff Ambiguitätstoleranz in Bezug auf Extremismus verwendet. Erste Methoden zur Erfassung von Ambiguitätstoleranz stammen von Frenkel-Brunswik (1949, 1951), die im Rahmen der Studien zur Autoritären Persönlichkeit Interviewstudien durchgeführt hat. Frenkel-Brunswik definiert Ambiguitätstoleranz als die Fähigkeit, „die Koexistenz von positiven und negativen Aspekten im selben Wahrnehmungsobjekt (z.B. den Eltern) zu erkennen.“ Sie beschreibt jene am Ende der Skala dieser Fähigkeit als die, „die sich gerne auf Schwarz-Weiß-Lösungen zurückziehen [...] und die nach einer unqualifizierten und unzweideutigen Gesamtakzeptanz oder -ablehnung anderer Leute trachten“ (Frenkel-Brunswik, 1951, S. 115; Übersetzung von Lind, 1987, S. 25).

Für die Studierendenbefragung wurden Items eingesetzt, die die Dimension „Ambiguitätsintoleranz“, wie sie in der Need for Closure Scale von Kruglaski et al. (2013) integriert ist, messen. Die Items (Tabelle 39) wurden für die Befragung ins Deutsche übersetzt.

Die insgesamt neun Items konnten anhand einer sechsstufigen Skala von „stimme überhaupt nicht zu“ bis „stimme voll und ganz zu“ beantwortet werden.

Die Angaben der Studierenden zu den Items verteilen sich über alle Antwortmöglichkeiten, wobei tendenziell Zustimmung überwiegt. Außer bei dem Item „Ich würde gerne wissen, was die Menschen

die ganze Zeit denken“ weisen alle Items Mittelwerte > 4 auf. Besonders viel Zuspruch erfährt das Statement „Ich würde lieber über schlechte Nachrichten Bescheid wissen, als im Ungewissen zu bleiben“, dem 88,3 % der Studierenden mit Werten von vier bis sechs zustimmen.

Wie in Tabelle 38 zu sehen ist, steht Ambiguitätsintoleranz in einem schwachen Zusammenhang mit extremistischen Einstellungen. Für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigt sich ein positiver und signifikanter Korrelationskoeffizient von .13. Der Zusammenhang von Ambiguitätsintoleranz und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* ist geringer, wenn auch immer noch signifikant. Der Zusammenhang von Ambiguitätsintoleranz und Linksextremismus nach *Operationalisierung A* ist positiv und signifikant, jedoch sehr klein. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ambiguitätsintoleranz leicht mit Rechtsextremismus und kaum mit Linksextremismus zusammenhängt.

Tabelle 39. Ambiguitätsintoleranz; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.404

Itemwortlaut (α = .70)	**stimme über-haupt nicht zu 1**	**2**	**3**	**4**	**5**	**Stimme voll und ganz zu 6**
Ich mag keine ungewissen Situationen.	1,8	6,7	12,0	23,1	31,1	25,3
Ich fühle mich nicht wohl, wenn ich den Grund für ein bestimmtes Ereignis in meinem Leben nicht verstehe.	4,0	9,6	11,9	22,9	30,9	20,7
Wenn ich aufgrund einer wichtigen Angelegenheit verwirrt bin, ärgert mich das sehr.	4,7	10,5	15,4	26,4	28,4	14,6
In den meisten Konflikten zwischen Personen fällt es mir leicht, festzustellen, welche Seite die Richtige und welche die Falsche ist.	3,7	10,0	16,1	32,1	28,8	9,3
Ich würde gerne wissen, was die Menschen die ganze Zeit denken.	12,0	17,3	14,9	19,7	19,5	16,5
Ich mag es nicht, wenn die Aussage einer Person vieles bedeuten kann.	3,3	10,2	16,0	23,5	29,6	17,5
Es ist lästig, jemandem zuzuhören, der sich nicht entscheiden kann.	4,1	12,1	16,5	24,7	24,4	18,3
Ich fühle mich unwohl, wenn eine Aussage oder die Absicht von jemandem unklar für mich ist.	2,9	9,1	14,2	27,2	31,5	15,0
Ich würde lieber über schlechte Nachrichten Bescheid wissen, als im Ungewissen zu bleiben.	2,2	3,7	5,9	14,0	30,5	43,8

7.5.4 Anomie

Merton (1938, 1968) übernahm die wesentlichen Grundannahmen der Anomietheorie Durkheims (1893, 1977) und erweiterte sie um sozialstrukturelle Elemente. Die Gesellschaft lässt sich nach Merton (1968) anhand der kulturellen und der sozialen Struktur unterscheiden. Die kulturelle Struktur beschreibt die kulturell festgelegten, legitimen Handlungsziele, Interessen und Absichten sowie die zur

Zielerreichung legitimen Mittel einer Gesellschaft, die sich aus den herrschenden Werte und Normen ableiten. Die soziale Struktur bezieht sich auf die sozialen Beziehungen und die Verteilung der institutionalisierten Mittel zur Erreichung von Zielen. Ein anomischer Zustand entsteht, wenn strukturelle und kulturelle Ziele auseinanderklaffen, denn nicht jedem Gesellschaftsmitglied ist es aufgrund seiner sozialen Struktur möglich, die Ziele der kulturellen Struktur mit den notwendigen institutionellen Mitteln zu erreichen. Diese Diskrepanz kann zu Desorganisation führen, der sich in irgendeiner Form angepasst werden muss, bspw. durch abweichendes Verhalten (Merton, 1968, S. 289). Nach Merton entsteht das Gefühl der Anomie, welche auch als individuelle Orientierungslosigkeit bzw. Ziellosigkeit beschrieben werden kann, demnach aufgrund der sozialen Umgebung einer Person. Dementsprechend verhalten sich Personen aufgrund gesellschaftlicher Ursachen und nicht etwa der Persönlichkeit abweichend (Lamnek, 2013, S. 125). Es ist in Folge dessen auch davon auszugehen, dass Desorganisation, Orientierungs- und Ziellosigkeit dazu führen, dass Personen für Extremismus empfänglich werden können (Heyder & Gaßner, 2012; Merton, 1968, S. 292).

Die Items sind der Anomieskala von Gümüs et al. (2014) entnommen. In Tabelle 40 ist zu erkennen, dass sich die Varianz der Antworten über alle Antwortmöglichkeiten verteilt. Über die Hälfte der Befragten stimmt jedoch den beiden Aussagen „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu. Der Anteil derjenigen, die „voll und ganz“ zustimmen ist mit knapp 2 % sehr gering.

Für die Zusammenhangsanalyse wurden beide Items zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Die Korrelationskoeffizienten mit den Extremismusskalen sind alle positiv und signifikant. Der Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* ist mit .16 am stärksten ausgeprägt. In Bezug auf Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* zeigt Anomie einen Korrelationskoeffizienten von .10.

Der Zusammenhang von Anomie und Linksextremismus nach *Operationalisierung A* ist mit .14 deutlich. Insgesamt konnte ein schwacher Zusammenhang zwischen Anomie und Rechts- sowie Linksextremismus festgestellt werden.

Tabelle 40. Anomie; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.442

Itemwortlaut (*r* = .62***)	**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.	16,5	38,6	28,8	14,0	2,0
Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass ich nicht mehr weiß, was los ist.	16,2	36,4	33,3	12,4	1,8

7.5.5 Zukunftssicht

Extremistische Ideologien beinhalten oftmals dystopische Elemente, Untergangsszenarien und eine generell düstere Sicht auf die Zukunft. Daher wurden in den Fragebogen die individuelle Zukunftssicht und die Sicht auf die Zukunft der Gesellschaft aufgenommen.

Ein Großteil der befragten Studierenden blickt zuversichtlich in die Zukunft (Tabelle 41). Fast zwei Drittel sehen ihre persönliche Zukunft „eher zuversichtlich“ oder „zuversichtlich“. Mit 7,5 % ist der

Anteil jener, die die Zukunft „eher düster“ oder „düster“ sehen, deutlich kleiner. Gefragt nach der Zukunft der Gesellschaft sind die Studierenden jedoch weit weniger zuversichtlich. Knapp 34 % sehen die Zukunft unserer Gesellschaft „eher düster“ oder „düster“ und nur knapp 22 % „eher zuversichtlich“ oder „zuversichtlich“. Der Anteil jener, die die Mittelkategorie wählen und die Frage „gemischt, mal so mal so“ sehen, ist mit 44,4 % hoch.

Tabelle 41. Zukunftssicht; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.444

Itemwortlaut	düster	eher düster	gemischt, mal so mal so	eher zuver-sichtlich	zuver-sichtlich
Wie sehen Sie Ihre Zukunft?	1,7	5,8	27,7	41,8	23,1
Und wie ist es mit der Zukunft unserer Gesellschaft?	6,8	27,2	44,4	18,9	2,8

In den Zusammenhangsanalysen zeigt sich, dass die persönliche Zukunftssicht nur in sehr geringem Umfang mit extremistischen Einstellungen zusammenhängt. Alle drei Extremismusskalen weisen negative und signifikante Effekte auf. Für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* sind diese Effekte jedoch < .1 und somit sehr klein.

Der Zusammenhang von linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* und der persönlichen Zukunftssicht ist negativ und fällt deutlich aus. Die Sicht auf die Zukunft der Gesellschaft hängt hingegen wesentlich stärker mit extremistischen Einstellungen zusammen (Tabelle 38). Auch hier sind die Effekte durchweg negativ und signifikant.

Es kann geschlussfolgert werden, dass Studierende mit einem zuversichtlichen Blick auf die Zukunft der Gesellschaft seltener rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* sowie linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* aufweisen.

7.5.6 Geschlechterrollen

Um die Ursache für die erhöhte Delinquenz von Personen mit Migrationshintergrund zu untersuchen, entwickelten Enzmann, Brettfeld und Wetzels (2004) eine Skala zur Erfassung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen, in der Gewalt als angemessenes und sozial anerkanntes Mittel zur Verteidigung angesehen wird. Die Konzeption der gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen knüpft an dem Konzept der Kultur der Ehre von Cohen und Nisbett (1996) an. Diese gingen bereits davon aus, dass erhöhte Gewalt bestimmter Gruppen aufgrund unterschiedlicher Auffassungen von Geschlechterrollen entsteht. Unter der „Kultur der Ehre“ verstehen sie eine verstärkte Akzeptanz von Gewalt zur Erhaltung der Ehre des Mannes und als Reaktion auf Selbstwertbedrohungen. Enzmann, Brettfeld und Wetzels (2004, 269) kamen zu dem Ergebnis, dass sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch einheimische Jugendliche, deren Familien einen geringen sozioökonomischen Status aufweisen, höhere Werte auf der Skala gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen zeigen. Dementsprechend folgern sie, dass es sich bei der Skala „[…] weniger um einen ethnisch spezifischen kulturellen Faktor handelt, als vielmehr Orientierungen, die über die Ethnie hinweg allgemeiner in Kontexten sozialer Benachteiligung und Marginalisierung entstehen“ (Enzmann et al., 2004, 283).

Aus der Originalskala mit acht Items, wurden vier eingesetzt.[17] Der Wortlaut der Items und die Zustimmung der Studierenden sind in Tabelle 42, differenziert nach Geschlecht, dargestellt. Augenscheinlich ist die Zustimmung zu den Items durchschnittlich sehr gering. Der Anteil jener, der den Items „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmt, liegt in der Gesamtstichprobe zwischen 1,0 % und 3,3 %. Zwischen 80,8 % und 92,5 % der Gesamtstichprobe stimmen den Items „überhaupt nicht“ zu. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei allen Items deutlich. Bei allen Items stimmen männliche Befragte tendenziell eher zu.

Aus den Items wurde eine Mittelwertskala gebildet. Wird der Mittelwert dieser Skala differenziert nach Geschlecht betrachtet, verdeutlicht sich die häufigere durchschnittliche Zustimmung männlicher Befragter anhand signifikant höherer Mittelwerte für gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen (Abbildung 27). Die Signifikanz des Mittelwertunterschieds ergibt sich aus der Differenz von weiblichen und männlichen Befragten, da die Mittelwerte der als divers identifizierten Befragten weder zu den Mittelwerten der weiblichen noch denen der männlichen Befragten signifikante Differenzen aufweisen.

Auch die Zusammenhänge von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und extremistischen Einstellungen zeigen geschlechtsspezifische Unterschiede (Tabelle 43). Zunächst ist deutlich zu erkennen, dass der Zusammenhang von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* sehr stark positiv und signifikant ist. Der Unterschied in der Stärke der Zusammenhänge ist bei Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* größer als bei *Operationalisierung B*. In beiden Fällen weisen männliche Befragte stärkere Zusammenhänge von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und Rechtsextremismus auf. Befragte, die sich nicht als männlich oder weiblich identifizieren, zeigen die stärksten Zusammenhänge. Trotz der geringen Größe der Gruppe sind die Zusammenhänge signifikant.

Mit Linksextremismus nach *Operationalisierung A* können nur äußerst geringe Zusammenhänge festgestellt werden. Die Korrelationskoeffizienten der Subgruppen sind schwach positiv. Der einzig signifikante Effekt zeigt sich für männliche Befragte und die Gesamtstichprobe, allerdings sind diese Zusammenhänge mit < .1 sehr klein.

[17] Anhand einer Faktorenanalyse mit Daten einer Befragung von Schüler*innen (Goede, Schröder & Lehmann, 2020) wurden die vier Items ausgewählt.

Tabelle 42. Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen nach Geschlecht; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 2.523 weiblich, N_{min} = 1.839 männlich, N_{min} = 25 divers, N_{min} = 4.387 insgesamt

Itemwortlaut (α = .76)		**stimme über-haupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen mit Gewalt zu wehren, ist ein Schwächling.	weibl.	90,0	7,3	2,0	0,7	0,1
	männl.	77,1	14,2	5,9	1,8	1,0
	div.	84,0	8,0	8,0	0,0	0,0
	insg.	84,5	10,2	3,6	1,2	0,5
Der Mann ist das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen.	weibl.	96,3	2,7	0,7	0,2	0,1
	männl.	87,3	7,8	3,0	1,4	0,4
	div.	96,0	0,0	0,0	4,0	0,0
	insg.	92,5	4,9	1,7	0,7	0,3
Männern sollte es erlaubt sein, Schusswaffen zu besitzen, um ihre Familie oder ihr Eigentum zu beschützen.	weibl.	93,1	4,5	1,7	0,3	0,4
	männl.	75,9	11,2	6,0	3,8	3,1
	div.	88,0	4,0	8,0	0,0	0,0
	insg.	85,9	7,3	3,6	1,8	1,5
Ein richtiger Mann ist bereit zuzuschlagen, wenn jemand schlecht über seine Familie redet.	weibl.	86,6	9,8	2,3	1,0	0,4
	männl.	72,8	15,8	6,8	3,0	1,6
	div.	88,0	4,0	4,0	4,0	0,0
	insg.	80,8	12,3	4,2	1,8	0,9

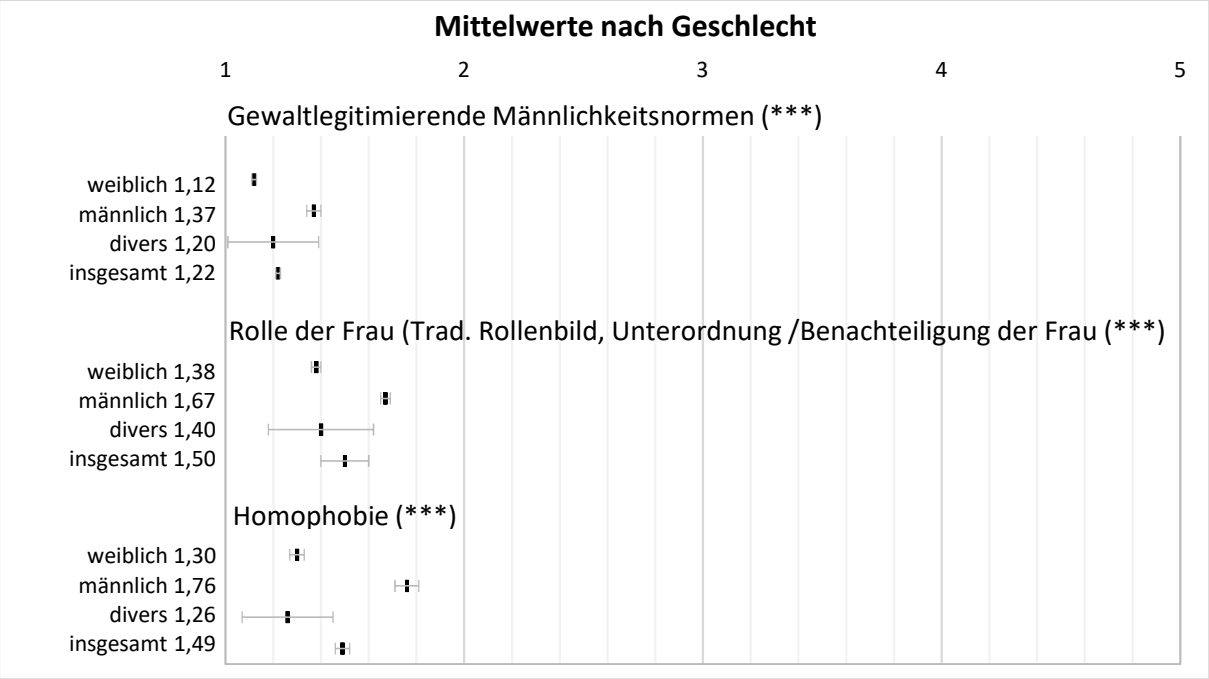

Abbildung 27. Mittelwerte der Mittelwertskalen von gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen, Rolle der Frau und Homophobie nach Geschlecht; N_{min} = 2.512 weiblich, N_{min} = 1.834 männlich N_{min} = 25 divers, N_{min} = 4.371 insgesamt; 95 %-KI; Unterschied zwischen Geschlechtern signifikant bei *p < .05, **p < .01, ***p < .001 mit n.s. = nicht signifikanter Unterschied

Tabelle 43. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen, Rolle der Frau und Homophobie; N_{min} = 2.461 weiblich, N_{min} = 1.807 männlich, N_{min} = 24 divers, N_{min} = 4.293 insgesamt

		Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Sample	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen	weibl.	.46***	.43***	.03
	männl.	.55***	.48***	.06**
	div.	.89***	.73***	.08
	insg.	.54***	.49***	.04*
Rolle der Frau (Trad. Rollenbild und Unterordnung/Benachteiligung der Frau)	weibl.	.42***	.37***	-.11***
	männl.	.56***	.51***	-.03
	div.	.80***	.70***	-.24
	insg.	.54***	.48***	-.08***
Homophobie	weibl.	.37***	.29***	-.03
	männl.	.54***	.46***	.00
	div.	.79***	.53**	-.09
	insg.	.50***	.43***	-.02

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

In Tabelle 44 sind Items und die Antworten der Studierenden bezüglich der Rolle der Frau dargestellt. Die Items gehen zum Großteil auf eigene Überlegungen zurück und beinhalten im Wesentlichen ein traditionelles Rollenbild und die Unterordnung bzw. Benachteiligung der Frau.

Die Studierenden stimmen den Aussagen überwiegend nicht zu. Der Anteil derjenigen, der den Aussagen „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmt, liegt bei den meisten Items zwischen 0,4 % und 6,4 %. Das erste Item der Tabelle 44, welches die Benachteiligung von Frauen in Deutschland beinhaltet, ist invers zu den anderen Items formuliert und zeigt über 50 % Zustimmung. Bei diesem Item ist die Streuung der Angaben über die Antwortmöglichkeiten stärker als bei den übrigen Items. Deutlich wird hier, dass weitaus mehr weibliche Befragte die Benachteiligung von Frauen in Deutschland als ein Problem wahrnehmen als männliche Befragte. Von denjenigen, die sich weder als weiblich noch als männlich identifizieren, sieht der überwiegende Teil darin ein Problem. Die Aussage, dass Mädchen und Jungen unterschiedlich erzogen werden sollen, lehnen die meisten Befragten ab. Sie zeigt jedoch im Vergleich zu den übrigen Aussagen größere Zustimmung seitens der Befragten. Es stimmen deutlich mehr Männer als Frauen der Aussage zu.

Die geringste Varianz in den Antworten zeigt sich bei der Aussage, Frauen sollten nur in männlicher Begleitung auf die Straße gehen. Mehr als 95,2 % aller Befragten stimmen der Aussage „überhaupt nicht“ zu, wobei auch hier der Anteil der Frauen deutlich größer ist als der der Männer.

Aus den Items wurde eine Mittelwertskala gebildet. Der Mittelwert auf dieser Skala unterscheidet sich signifikant, wenn man die Stichprobe hinsichtlich des Geschlechtes unterteilt (Abbildung 27). Männer haben einen deutlich höheren Mittelwert als alle anderen Geschlechter.

Des Weiteren wurden Korrelationen mit den Skalen für extremistische Einstellungen berechnet (Tabelle 43). Ein traditionelles Rollenbild[18] geht stark einher mit rechtsextremen Einstellungen. Die gebildete Skala und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* korrelieren mit .54 stark positiv

[18] Die Unterordnung bzw. Benachteiligung der Frau als weitere inhaltliche Dimensionen der Skala ist hier mit inbegriffen. Die Skala wird lediglich aus Gründen der Praktikabilität verkürzt betitelt.

und signifikant. Der Zusammenhang ist bei Männern stärker als bei Frauen und deutlich höher bei Studierenden, die sich weder als männlich noch als weiblich identifizieren. Obwohl die Ergebnisse dieser Subgruppe aufgrund der kleinen Stichprobengröße mit Vorsicht zu interpretieren sind, sind alle gefundenen Zusammenhänge signifikant. Die Effekte für den Zusammenhang mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* sind ähnlich, wenn auch etwas geringer.

Für linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* sind alle Effekte negativ. Ein deutlicher, wenn auch relativ kleiner Effekt zeigt sich nur für die Stichprobe der weiblichen Befragten. Je mehr sie den Aussagen zu einem traditionellen Rollenbild der Frau zustimmen, desto seltener weisen sie linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* auf.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Rechtsextremismus stark mit einem traditionellen Bild und der Unterordnung bzw. Benachteiligung der Frau einhergeht. Studierende mit einem solchen Rollenverständnis sind etwas seltener linksextrem eingestellt.

Tabelle 44. Rolle der Frau; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 2.523 weiblich, N_{min} = 1.837 männlich, N_{min} = 25 divers, N_{min} = 4.386 insgesamt

Itemwortlaut (α = .70)		**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Die Benachteiligung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem. (Invers)	weibl.	4,2	10,5	25,7	31,0	28,6
	männl.	15,2	20,1	25,7	24,7	14,4
	div.	8,0	8,0	24,0	12,0	48,0
	insg.	8,8	14,5	25,7	28,3	22,7
Das Wichtigste im Leben einer Frau ist es, eigene Kinder zu haben.	weibl.	76,7	14,0	6,7	2,1	0,5
	männl.	64,4	19,1	10,4	4,4	1,4
	div.	80,0	12,0	4,0	0,0	4,0
	insg.	71,7	16,2	8,2	3,1	0,9
Die Frau sollte sich dem Mann unterordnen.	weibl.	95,0	2,6	1,5	0,6	0,3
	männl.	86,0	7,8	3,3	2,0	1,0
	div.	96,0	4,0	0,0	0,0	0,0
	insg.	91,2	4,8	2,3	1,2	0,6
Frauen sollten nur mit männlicher Begleitung auf die Straße gehen.	weibl.	96,5	2,3	1,0	0,1	0,2
	männl.	93,4	4,4	1,8	0,3	0,2
	div.	96,0	4,0	0,0	0,0	0,0
	insg.	95,2	3,1	1,3	0,2	0,2
Frauen sollten sich nicht freizügig kleiden, sondern sich bedecken.	weibl.	79,0	14,3	5,3	1,1	0,2
	männl.	74,2	17,4	6,1	2,0	0,4
	div.	80,0	8,0	12,0	0,0	0,0
	insg.	77,0	15,5	5,7	1,5	0,3
Mädchen und Jungen sollten unterschiedlich erzogen werden.	weibl.	78,2	13,0	6,5	1,6	0,7
	männl.	51,7	19,3	17,1	7,7	4,2
	div.	68,0	12,0	12,0	4,0	4,0
	insg.	67,0	15,6	11,0	4,2	2,2
Die Schönheit einer Frau ist nur für ihren Ehemann da.	weibl.	86,1	8,6	3,4	1,4	0,6
	männl.	68,2	18,3	8,3	4,1	1,1
	div.	88,0	4,0	4,0	4,0	0,0
	insg.	78,6	12,7	5,4	2,5	0,8

Die Items zur Messung von Homophobie sind in Tabelle 45 dargestellt.[19] Der Aussage, dass es ekelhaft ist, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen, stimmt der Großteil der Befragten

[19] Item 1 ist der Kurzskala Homophobie GMF-HO entnommen (Heyder, Küpper & Zick, 2005).

„überhaupt nicht“ zu (74,4 %). 5,8 % stimmen der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Männliche Befragte stimmen tendenziell eher zu als Frauen oder jene, die sich weder als männlich noch als weiblich identifizieren. Ein ähnliches Antwortmuster zeigt sich bei dem zweiten Item, das invers zu der zweiten Aussage formuliert wurde. Es ist zu erkennen, dass die Mehrheit der Befragten Homosexualität als etwas Normales ansieht. 8,3 % aller Befragten stimmen der Aussage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu. Der Anteil jener, der diese Antwortoptionen angibt, ist unter männlichen Befragten ein vielfaches höher als bei Frauen oder Studierenden, die sich nicht als männlich oder weiblich identifizieren.

Die beiden Items wurden zu einer Mittelwertskala zusammengefasst. Die Mittelwerte auf dieser Skala unterscheiden sich je nach Geschlecht signifikant (Abbildung 27). Demnach haben Männer einen deutlich höheren Mittelwert auf der Skala für Homophobie als die anderen Geschlechter.

Die Analyse der Zusammenhänge von Homophobie und Rechtsextremismus zeigt, dass Homophobie in einem starken positiven und signifikanten Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen steht (Tabelle 43). Männer weisen einen stärkeren Zusammenhang zwischen Homophobie und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* auf als Frauen. Jene, die sich weder als weiblich noch männlich identifizieren, weisen hierbei den größten Zusammenhang auf. Trotz der geringen Stichprobengröße, aufgrund derer dieser Zusammenhang mit Vorsicht interpretiert werden sollte, ist dieser Zusammenhang signifikant. Für den Zusammenhang von Homophobie und Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* zeigt sich ein ähnliches Bild mit etwas kleineren Effekten.

Die Analyse des Zusammenhangs von Homophobie und linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* ergibt keine signifikanten Effekte.

Tabelle 45. Homophobie; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 2.509 weiblich, N_{min} = 1.834 männlich, N_{min} = 25 divers, N_{min} = 4.368 insgesamt

Itemwortlaut (*r* = .63***)		**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	weibl.	84,9	8,5	3,6	2,1	0,8
	männl.	59,9	20,0	10,4	5,6	4,1
	div.	80,0	8,0	12,0	0,0	0,0
	insg.	74,4	13,3	6,5	3,6	2,2
Homosexualität ist etwas Normales. (Invers)	weibl.	1,9	3,1	4,1	12,7	78,3
	männl.	5,4	7,7	10,3	19,2	57,4
	div.	0,0	0,0	0,0	20,0	80,0
	insg.	3,3	5,0	6,7	15,5	69,5

7.5.7 Einstellungen zu Gewalt und Recht

Die Kurzskalen bezüglich der zynischen Einstellung zur Rechtsordnung (Tabelle 46), Vertrauen in die Polizei (Tabelle 48) und Gewaltlegitimation (Tabelle 49) stammen aus dem Züricher Projekt zur sozialen Entwicklung von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter (z-proso). Zur Messung von zynischen Einstellungen zur Rechtsordnung wurde sich an dem Konzept des „legal cynicism“ orientiert und die Items aus Skalen von Karstedt und Farrall (2006) und Sampson und Bartusch (1998) übernommen (Nivette, Eisner, Malti & Ribeaud, 2015; Nivette, Eisner & Ribeaud, 2017). In Tabelle 46 sind die Items

dargestellt, die eine zynische Einstellung zur Rechtsordnung messen. Sie sollen die legale Sozialisation im Sinne der Einhaltung von Gesetzen abbilden.

Die Items weisen unterschiedliche Verteilungen der Antworten auf. Beispielsweise stimmen knapp die Hälfte der Befragten der Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zu, dass es in Ordnung ist zu tun, was man möchte, solange man niemandem wehtut. Nur etwa 18 % stimmen hingegen „etwas“ oder „voll und ganz“ der Aussage zu, dass die Person Nachteile hat, die sich an Regeln hält. Besonders gering ist die Zustimmung zu dem Item, das die Aussage beinhaltet, dass Gesetze da sind, um sie zu brechen. Lediglich 0,8 % der Befragten stimmen hier „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Das unterschiedliche Antwortverhalten spiegelt sich auch in einem eher moderaten Cronbachs α von .69 der aus den Items berechneten Mittelwertskala. Dies gilt es, bei der Interpretation der folgenden Korrelationen zu berücksichtigen.

Zynische Einstellungen zur Rechtsordnung stehen deutlich in einem positiven Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen (Tabelle 47). Sowohl die Korrelation mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* als auch die Korrelation mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* zeigen positive und signifikante Effekte > .2. Stärker und ebenfalls positiv und signifikant ist der Korrelationskoeffizient, der den Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* darstellt.

Tabelle 46. Zynische Einstellungen zur Rechtsordnung; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.299

Itemwortlaut (α = .69)	**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Es ist in Ordnung zu tun, was immer man will, solange es niemandem wehtut.	8,0	15,9	25,8	30,6	19,7
Wer sich an Regeln hält, hat dadurch oft Nachteile.	10,3	38,2	33,5	15,2	2,8
Es ist ein gutes Gefühl, wenn man Regeln umgeht und dabei nicht erwischt wird.	31,4	34,2	21,2	10,8	2,5
Manchmal ist es einfach nötig, Regeln und Gesetze nicht zu beachten und zu tun, was man selbst will.	22,3	34,9	26,9	12,5	3,4
Es gibt keinen richtigen oder falschen Weg, um an Geld zu kommen, sondern nur bequeme oder mühsame.	57,5	25,4	10,7	4,8	1,5
Gesetze sind da, um sie zu brechen.	74,8	19,9	4,5	0,6	0,2

Tabelle 47. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und zynischen Einstellungen zur Rechtsordnung, Vertrauen in die Polizei sowie Gewaltlegitimation; N_{min} = 4.273

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Zynische Einstellungen zu Rechtsordnung	.24***	.27***	.40***
Vertrauen in die Polizei	.09***	.01	-.50***
Gewaltlegitimation	.22***	.27***	.34***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Einstellungen zur Polizei wurden anhand von drei Items gemessen (Tabelle 48). Über die Hälfte der Befragten stimmt den ersten beiden Items tendenziell zu, in denen die Aussagen getroffen werden, dass die Polizei die Leute mit Würde und Respekt behandelt und man darauf vertrauen kann, dass die Polizei ihre Arbeit gut macht. 11,1 % bis 13,2 % der Befragten stimmen den Aussagen „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu. Das dritte Item beinhaltet die Aussage, dass die Polizei die Gesetze bei unterschiedlichen Menschen immer gleich anwendet. Hier stimmen mit knapp 40 % etwas weniger Befragte „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Fast 30 % stimmen dieser Aussage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu. Auffällig groß ist bei allen Items die Gruppe derjenigen, die die Mittelkategorie „teils/teils“ wählen.

Werden die Items zu einer Mittelwertskala zusammengefasst, weist diese mit einem Cronbachs α von .86 eine gute interne Konsistenz auf. Wie in Tabelle 47 zu sehen ist, gibt es einen sehr schwachen positiven und signifikanten Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Polizei und rechtsextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A*. Für rechtsextreme Einstellungen nach *Operationalisierung B* ist der Effekt nicht signifikant.

Vertrauen in die Polizei und linksextreme Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigen einen starken Zusammenhang mit einem signifikanten, negativen Korrelationskoeffizienten von -.50.

Tabelle 48. Vertrauen in die Polizei; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.291

Itemwortlaut (α = .86)	**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Die Polizei behandelt die Leute mit Würde und Respekt.	2,1	9,0	37,0	44,1	7,8
Man kann darauf vertrauen, dass die Polizei ihre Arbeit gut macht.	3,3	9,9	32,7	44,8	9,3
Die Polizei wendet die Gesetze auch bei unterschiedlichen Menschen immer gleich an.	8,7	20,3	30,9	32,3	7,8

In der z-proso Studie, aus der die Items in Tabelle 49 stammen, wird die Skala „gewaltbereite extremistische Einstellungen“ verwendet. Im Folgenden wird diese als „Gewaltlegitimation“ bezeichnet, da das in diesem Bericht vertretene Verständnis von Extremismus (Kapitel 6) nicht mit dem der z-proso-Studie übereinstimmt. Gleichwohl können hohe Korrelationen angenommen werden. Es wird der Gewaltaspekt fokussiert, der für die Forscher*innen ein entscheidender Aspekt von Extremismus ist, jedoch beispielsweise in der Extremismusdefinition von Beelmann (2019), auf der *Operationalisierung B* beruht, nicht immanent ist. Die Skala wurde erstmals bei der Befragung von 17-Jährigen im Jahr 2015 der z-proso Studie verwendet. Die Forscher*innen orientierten sich zur Messung dieser an der Definition der International Association of Chiefs of Police (2014). Dort werden „[…] gewaltbereite extremistische Einstellungen als Einstellungen, welche die Begehung einer gewalttätigen kriminellen Tat zur Erreichung politischer, ideologischer, religiöser, sozialer oder wirtschaftlicher Ziele fördern, billigen, hinnehmen, rechtfertigen oder unterstützen“ (Ribeaud, Eisner & Nivette, 2017, S. 2) bezeichnet. Die Items zur Messung extremistischer Einstellungen sollen „[…] Gewalthandeln als mögliche Reaktion auf Ungerechtigkeiten oder als Möglichkeit, seine Überzeugungen und Werte zu verteidigen oder für eine bessere Welt einzustehen [.]“ (Ribeaud et al., 2017, S. 2) abbilden.

Die Mehrheit der Studierenden stimmt den Aussagen nicht zu (Tabelle 49). Am wenigsten stimmen sie der Aussage zu, dass Gewalt, Anschläge oder Entführungen manchmal nötig sind, um für eine bessere Welt zu kämpfen. Knapp 95 % stimmen tendenziell nicht zu. Nur 1,6 % der Befragten stimmen „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Etwas mehr Zustimmung kann bei der der Aussage, dass es manchmal nötig ist, Gewalt anzuwenden, um gegen Dinge zu kämpfen, die sehr ungerecht sind, festgestellt werden. Hier stimmen 12,6 % „eher“ oder „voll und ganz“ zu. 17,7 % geben „teils/teils“ an und insgesamt fast 70 % der Befragten stimmen tendenziell nicht zu.

Die aus den Items berechnete Mittelwertskala weist mit einem Cronbachs α von .82 eine gute interne Konsistenz auf. Wie aus Tabelle 47 hervorgeht, zeigt die Skala mit allen drei Extremismusskalen deutlich positive Zusammenhänge. Gewaltlegitimation korreliert mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B* signifikant mit > .2.

Linksextremismus nach *Operationalisierung A* korreliert mit Gewaltlegitimation stark positiv und signifikant mit .34.

Tabelle 49. Gewaltlegitimation; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.297

Itemwortlaut (α = .82)	**stimme überhaupt nicht zu**	**stimme eher nicht zu**	**teils/teils**	**stimme eher zu**	**stimme voll und ganz zu**
Es ist manchmal nötig, Gewalt anzuwenden, um gegen Dinge zu kämpfen, die sehr ungerecht sind.	38,7	31,1	17,7	10,2	2,4
Manchmal müssen Menschen zu Gewalt greifen, um ihre Werte, Überzeugungen oder ihren Glauben zu verteidigen.	59,9	23,8	10,5	4,8	1,0
Es ist in Ordnung, Gruppen zu unterstützen, die mit Gewalt gegen Ungerechtigkeiten kämpfen.	64,4	21,7	10,4	2,8	0,7
Es ist manchmal nötig, mit Gewalt, Anschlägen oder Entführungen für eine bessere Welt zu kämpfen.	85,2	9,4	3,8	1,3	0,3

8 Zusammenfassung

Gegenstand des vorliegenden Forschungsberichts ist die Studierendenbefragung „Studentische Perspektiven auf Politik, Religion und Gemeinschaft (StuPe)“. Diese ist im Rahmen des Verbundprojektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter - Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“ innerhalb des vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) durchgeführten Teilvorhaben II (Ermittlung des Gefahrenpotentials und Identifikation vulnerabler Gruppen) entstanden.

RadigZ wird auf Basis des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017“ der Bundesregierung im Rahmen der Bekanntmachung „Zivile Sicherheit – Aspekte und Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Insgesamt sind acht verschiedene Forschungseinrichtungen an dem Verbundprojekt beteiligt. Die Projektlaufzeit ist auf drei Jahre festgeschrieben (Februar 2017 bis Februar 2020).

Ziel der Studierendenbefragung war es, der Frage nachzugehen, was Studierende in der heutigen, digitalen Zeit bewegt, wie sie die Gesellschaft sehen und in ihr partizipieren. Ihre Erfahrungen und Orientierungen sowie ihr politisches und soziales Engagement sollten abgebildet und verschiedene Aspekte des alltäglichen Lebens aufgegriffen werden. Themen wie die persönliche Lebens- und Studiensituation, Familie, Freund*innen und Freizeitgestaltung wurden ebenso thematisiert. Zudem wurden Fragen zu politischen Ansichten, Weltanschauung und Religion gestellt. Dabei wurden auch Einstellungen in den Blick genommen, die im Widerspruch zu allgemeinen Werten wie Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen und mitunter als extremistisch angesehen werden können. Somit konnten Vulnerabilitätsfaktoren für extremistische Einstellungen identifiziert werden, die für weitere Analysen und mögliche Präventionsmaßnahmen relevant sind.

Methode und Stichprobenbeschreibung

Die vorliegende Studie basiert auf einer quantitativen Mehrthemenbefragung Studierender in Deutschland. Die Studie wurde als Online-Erhebung konzipiert und bundesweit durchgeführt. Die Befragung fand im Wintersemester 2018/2019 (September 2018 bis März 2019) statt.

- Von den insgesamt 431 Hochschulen in Deutschland wurde eine Zufallsstichprobe von einem Drittel (144 Hochschulen) gezogen. Zusätzlich wurden sechs Hochschulen hinzugezogen, mit denen eine Kooperation besteht.
- Mehr als 57 Hochschulen beteiligten sich an der Befragung.
- Stichprobe und Ergebnisse sind nicht repräsentativ für alle Studierenden in Deutschland.
- Von den 6.189 Fällen (Bruttostichprobe) konnten nach der Bereinigung der Daten 4.835 Fälle (Nettostichprobe) berücksichtigt werden.
- Davon sind 57,5 % weiblich, 41,9 % männlich, 0,6 % divers.
- 18,1 % weisen einen Migrationshintergrund auf.
- 94,3 % sind in Deutschland geboren, 97,1 % haben die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Im Durchschnitt sind die Befragten 24,2 Jahre alt (*SD* = 5,4).
- 13,6 % der Studierenden sind in einer Großstadt aufgewachsen, 37,3 % im ländlichen Raum.
- 44,9 % leben alleine oder mit Partner*in in einer eigenen Wohnung, 35,1 % in einer WG oder einem Wohnheim und 19,8 % bei den Eltern.
- 43,5 % studieren an einer Universität, 54,9 % an einer Fachhochschule.

- Die Befragten studieren zahlreiche verschiedene Studiengänge. Die größten Gruppen bilden rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge (20,0 %), Gesellschafts- und Sozialwissenschaften (19,3 %), Ingenieurswissenschaften (18,3 %) sowie Naturwissenschaften und Mathematik (17,0 %).
- Etwa die Hälfte der Befragten studiert im ersten bis vierten Hochschulsemester.

Wesentliche Ergebnisse im Überblick

Die Sichtweisen Studierender auf die Gesellschaft, insbesondere auf die Themen Politik, Religion und Gemeinschaft stellen ein besonderes Interesse dar. Dies begründet sich daraus, dass Hochschulen nicht nur als Institutionen der Bildung, wissenschaftlichen Qualifikation und Innovation, sondern auch als Orte der Persönlichkeitsentwicklung und der intellektuellen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen sowie sozialen und politischen Fragen gelten. Darüber hinaus führt die akademische Ausbildung dazu, dass im späteren Berufsleben Positionen besetzt werden, die eine Mitgestaltung ermöglichen. Im Folgenden sind die wesentlichen Ergebnisse in Kurzform abgebildet.

Gemeinschaft

Studierende pflegen in der Regel viele verschiedene soziale Kontakte (u.a. Eltern, Freund*innen, Interessensgemeinschaften). Neben dem Miteinander in Vorlesungen und Seminaren und der darüberhinausgehende Kontakt zu Kommiliton*innen prägen viele weitere Aspekte ebenfalls das soziale Umfeld der Studierenden. Zu den zahlreichen Aktivitäten, die an Hochschulen angeboten werden, sind viele Studierende in Gruppen aktiv, denen sie schon vor dem Studium angehörten. Darüber hinaus bilden sich häufig während des Studiums weitere Interessen heraus. Es wurden daher neben den Themen wie Familie und Freundeskreis auch Aktivitäten in und außerhalb der Hochschule thematisiert.

- Auf 84,7 % der Befragten trifft die Aussage zu, dass man sich in der Familie gegenseitig hilft und unterstützt.
- Bei Problemen wenden sich 80,7 % der Befragten an ihre Eltern.
- 65,7 % unternehmen viel gemeinsam im Freundeskreis.
- Unterstützung im Freundeskreis bei Sorgen und Problemen finden 82,3 % der Befragten.
- 68,4 % finden an ihrer Hochschule genügend Ansprechpartner*innen bei Problemen.
- 43,6 % sehen die Hochschule als einen Ort, an dem ausschließlich ihre Leistung im Studium gefordert ist.
- Dass es an ihrer Hochschule niemandem auffallen würden, wenn sie einmal eine Woche lang fehlten, geben 35,4 % an.
- 23,3 % geben an, dass man in der Masse der Studierenden untergehen kann.
- In einer Hochschulsportgruppe sind 28,7 % der Studierenden aktiv, 12,8 % sind in kulturelle Hochschulaktivitäten, wie Theater-, Musik- oder Orchestergruppen eingebunden, in Fachschaften sind es 7,7 % und in Selbstverwaltungs- oder Studierendenvertretungsgruppen (z. B. AStA) sind 5,5 % der Befragten aktiv. Über 90 % der Befragten sind „nie“ in letztgenannten Gruppen, in religiösen, politischen Hochschulgruppen sowie offiziellen Selbstverwaltungsgremien, wie Senat oder Konzil oder in Studentenverbindungen aktiv.
- Außerhalb der Hochschule beteiligen sich 42,0 % der Befragten in einem Sport-, Turn- oder Reitverein, 20,1 % im Bereich Musik, Tanz oder Theater, 11,6 % engagieren sich in Natur-, Umweltschutz-, oder Tierschutzvereinen und 11,7 % in politisch-gesellschaftlichen Gruppe (z. B. Partei, politische Gruppe, NGO).

Religion

Bei dem Thema Religion werden neben der konfessionellen Zugehörigkeit auch die Bedeutung der Religion und religiöse Aktivitäten in den Blick genommen.

- 36,4 % der Studierenden gehören keiner Religion an. 32,8 % ordnen sich der evangelischen, 23,1 % der katholischen und 3,8 % einer anderen christlichen Konfession zu. 2,7 % sind muslimischen Glaubens.
- Religion ist im Alltag für 72,6 % „völlig unwichtig“ oder „eher unwichtig“. Für 15,1 % der Studierenden ist Religion im Alltag „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“.
- In der Freundesgruppe wird Religion von der Mehrheit (75,0 %) als „völlig unwichtig“ oder „eher unwichtig“ gesehen. Für 5,3 % der Studierenden ist Religion in der Freundesgruppe „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“.
- In der Familie schreiben die Befragten Religion etwas mehr Bedeutung zu als im Freundeskreis. 19,0 % halten Religion dort für „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ und 59,1 % für „völlig unwichtig“ oder „eher unwichtig“.
- 50,9 % der Befragten beteten nie in den letzten 12 Monaten, mindestens einmal bis zweimal beteten 16,5 % im letzten Jahr. Mehrmals pro Woche beteten 5,0 % und 6,3 % beteten täglich.
- 34,8 % der Studierenden sind in den letzten 12 Monaten nicht in ein Gotteshaus gegangen, 5,4 % der Studierenden sind in den letzten 12 Monaten einmal pro Woche oder häufiger in ein Gotteshaus gegangen.
- Eine religiöse Veranstaltung besuchten 29,3 % der Studierenden in den letzten 12 Monaten ein- oder zweimal, 4,4 % taten dies einmal pro Woche oder häufiger und 48,0 % nie.
- Sowohl christliche als auch muslimische Studierende lehnen fundamentalistische Thesen überwiegend ab.

Politik

Studierende können sich auf unterschiedlichste Art und Weise politisch engagieren. Dabei finden sie sowohl in der Hochschule als auch außerhalb viele Betätigungsfelder der politischen Meinungsbildung und Partizipation.

- „Starkes“ oder „sehr starkes“ Interesse an Politik besteht bei 47,9 % der Studierenden.
- 57,9 % der Studierenden sind im Durchschnitt davon überzeugt, politische Fragen gut einschätzen zu können und trauen sich zu, sich an einem Gespräch über politische Fragen zu beteiligen.
- In den letzten 12 Monaten haben sich 36,1 % der Studierenden an einer Unterschriftensammlung und 34,5 % an einer Online-Protestaktion beteiligt. 19 % haben in den letzten 12 Monaten einen Kommentar zu einem politischen oder gesellschaftlichen Thema im Internet geschrieben und an einer genehmigten Demonstration/Kundgebung haben 21,7 % in den letzten 12 Monaten teilgenommen.
- Anlässe der Demonstrationen/Kundgebungen waren meist Themen „gegen Rechts“, „für bessere Bildung“ sowie „für Tier- und Umweltschutz“.
- 86,9 % würden niemals an Aktionen teilnehmen, bei denen es auch mal zu Sachbeschädigungen kommt.
- 53,5 % der Studierenden besuchen „manchmal“ oder „oft“ Seiten mit politischem Inhalt im Internet.
- 19,2 % der Befragten tauschen sich „manchmal“ oder „oft“ mit anderen über politische Fragen im Internet aus.

- Mit 73,2 % ist der Anteil der Studierenden hoch, der „nie“ politische Posts in den sozialen Medien verfasst. Nur 9,3 % der Befragten tun dies „manchmal“ oder „oft“.

Extremismus

Die Studienergebnisse weisen aus, dass extremistische Tendenzen und Einstellungen unter den Studierenden in der Stichprobe zu finden sind. Dennoch müssen hier einige Faktoren berücksichtigt werden: Die vorliegenden Ergebnisse sind unter Berücksichtigung der vorhandenen wissenschaftlichen Diskussionen um Konzepte, Begrifflichkeiten sowie Unterschiede hinsichtlich der Erhebung und Messung von Extremismus entstanden. Dabei wurden zur Messung extremistischer Einstellungen zunächst etablierte Messinstrumente verwendet (*Operationalisierung A*). Es wird darauf hingewiesen, dass bisherige Messinstrumente z. T. in der Kritik stehen und diese nicht immer Extremismus im Sinne der dem Projekt zugrundeliegenden Definition Beelmanns (2019) messen. In einem zweiten Schritt wurden diese Messinstrumente deshalb kritisch hinsichtlich ihrer Passung zu der Extremismusdefinition von Beelmann (2019) geprüft (*Operationalisierung B*). Die verwendeten Items müssen nach dieser Definition in ihren Grundsätzen Abweichungen von bestimmten Rechtsnormen und humanitären Wertesystemen darstellen und auf deren zumindest partielle Abschaffung abzielen. Bei der Überprüfung der Items wurde ersichtlich, dass einige Items der *Operationalisierung A* nicht länger berücksichtigt werden konnten und somit für die Messung von Extremismus nach Beelmann (2019) (*Operationalisierung B*) entfallen. Eine Operationalisierung von Linksextremismus im Sinne der Extremismusdefinition nach Beelmann konnte nicht entwickelt werden. Bei den islamistischen Einstellungen sorgte vor allem die geringe Varianz der Daten dafür, dass keine Zusammenhangsmaße berechnet werden konnten. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Anteil an extremistisch eingestellten Studierenden.

Tabelle Z1. Anteile extremistisch eingestellter Studierender der StuPe-Stichprobe nach *Operationalisierung A* und *Operationalisierung B*; Angaben in gültigen Prozenten; N_{min} = 4.295

	Rechtsextremismus	**Linksextremismus**	**Islamistischer Extremismus**
Operationalisierung A	2,3	10,1	0,2
Operationalisierung B	1,1	-	0,3

Anmerkung: Anteil bemisst sich an Werten > 3,00 auf den Mittelwertskalen (Min = 1, Max = 5); Für Linksextremismus nach Operationalisierung B ist die Anzahl der Items nicht ausreichend; Für Linksextremismus nach Operationalisierung A und islamistischen Extremismus nach Operationalisierung B ist die interne Konsistenz der Skala nicht zufriedenstellend.

Vulnerabilitätsfaktoren für extremistische Einstellungen

Es lassen sich unterschiedliche Vulnerabilitätsfaktoren identifizieren. Dabei ist zu beachten, dass die Zusammenhänge korrelativ sind und keine kausalen Beziehungen bzw. ursächliche Erklärungen für extremistische Einstellungen darstellen.

<u>Rechtsextreme Einstellungen (*Operationalisierung A* und *Operationalisierung B*)</u>

Soziodemografische Faktoren:

- Die Zusammenhänge von Extremismus mit den betrachteten soziodemografischen Faktoren sind eher gering. Eine Ausnahme bilden die deutlich höheren Mittelwerte für rechtsextreme

Einstellungen bei männlichen Studierenden und geringfügig höhere Mittelwerte bei Studierenden mit Migrationshintergrund.

Gemeinschaft:

- Studierende in Beamtenstudiengängen und ingenieurswissenschaftlichen Studiengängen weisen die höchsten Mittelwerte für Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A* auf, wohingegen nach *Operationalisierung B* Ingenieurswissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik sowie Beamtenstudiengänge die höchsten Mittelwerte zeigen.
- Studierende in Studentenverbindungen sowie Mitglieder in Schützen-, Trachten- oder Karnevalsvereinen zeigen häufiger rechtsextreme Einstellungen.
- Das Klima in der Familie und dem Freundeskreis steht kaum in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen.

Religion:

- Zwischen den Religionen gibt es signifikante Mittelwertunterschiede. Die höchsten Mittelwerte für rechtsextreme Einstellungen sind unter muslimischen Studierenden, sowie denjenigen, die einer kleinen Religionsgruppe („Sonstige“) angehören, zu finden.
- Muslimische Studierende, in deren Familie Religion eine größere Rolle spielt, zeigen häufiger rechtsextreme Einstellungen.
- Fundamentalistische Einstellungen korrelieren sowohl bei Christ*innen als auch bei Muslim*innen stark positiv mit rechtsextremen Einstellungen.
- Religionsfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen korrelieren positiv.

Politik:

- Deutliche Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen zeigen sich u. a. beim Engagement für Sicherheit und Ordnung am Wohnort (positiver Zusammenhang), für die Pflege deutscher Kultur und Tradition (ebenfalls positiv) sowie dem Engagement für Geflüchtete (negativ) und für das bessere Zusammenleben von Deutschen und Ausländer*innen (negativ).
- Politische Aktivitäten im Internet stehen kaum in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen.
- Studierende, die die AfD wählen würden, zeigen häufiger rechtsextreme Einstellungen.
- Interesse an Politik und politische Wirksamkeit stehen kaum in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen.

Ausgewählte Vulnerabilitätsfaktoren:

- Deutliche positive Zusammenhänge mit rechtsextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigen sich für politische Deprivation und einen düsteren Blick auf die Zukunft der Gesellschaft. Etwas schwächere Zusammenhänge weisen relative Deprivation, Ambiguitätsintoleranz und Anomie auf. Für die *Operationalisierung B* von rechtsextremen Einstellungen zeigen sich ähnliche, jedoch geringere Zusammenhänge.
- Die sehr starken und positiven Zusammenhänge von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und rechtsextremen Einstellungen sind bei Männern noch etwas stärker als bei Frauen. Für die Zusammenhänge von rechtsextremen Einstellungen mit einem traditionellen Frauenbild sowie mit Homophobie zeigt sich ein ähnliches Bild.

- Zynische Einstellungen zur Rechtsordnung und Gewaltlegitimation korrelieren stark mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung B* und etwas weniger mit Rechtsextremismus nach *Operationalisierung A*.
- Vertrauen in die Polizei steht kaum in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen.

Linksextreme Einstellungen (*Operationalisierung A*)

Soziodemografische Faktoren:

- Es zeigen sich kaum Zusammenhänge von linksextremen Einstellungen und soziodemografischen Faktoren. Lediglich Studierende mit Migrationshintergrund und Studierende, die in Wohngemeinschaften oder Wohnheimen leben, zeigen geringfügig höhere Mittelwerte.

Gemeinschaft:

- Zwischen den Studiengängen gibt es nur geringe Unterschiede im Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen. Beamtenstudiengänge zeigen den geringsten Mittelwert und Studiengänge wie Kunst, Gestaltung und Musik zeigen den höchsten Mittelwert.
- Studierende im Master sind etwas häufiger linksextrem eingestellt als Studierende, die aktuell einen anderen Abschluss anstreben.
- Ein leichter positiver Zusammenhang zeigt sich zwischen Engagement in politischen Studierendengruppen und linksextremen Einstellungen.
- Aktivitäten in politisch-gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Hochschule gehen ebenfalls leicht mit erhöhten linksextremen Einstellungen einher.
- Ist das Klima in der Familie positiv, so sind Studierende seltener linksextrem eingestellt.
- Das Klima im Freundeskreis hat keinen Effekt auf linksextreme Einstellungen.

Religion:

- Zwischen den Religionen gibt es geringe, signifikante Mittelwertunterschiede. Die höchsten Mittelwerte für linksextreme Einstellungen sind unter muslimischen Studierenden, sowie denjenigen, die einer kleinen Religionsgruppe („Sonstige“) angehören, zu finden.
- Christliche Studierende, für die Religion persönlich eine größere Rolle spielt, zeigen etwas häufiger linksextreme Einstellungen.
- Muslimische Studierende, in deren Freundeskreis Religion eine große Rolle spielt, weisen etwas seltener linksextreme Einstellungen auf.
- Fundamentalistische Einstellungen korrelieren bei Christ*innen kaum, bei Muslim*innen stark positiv mit linksextremen Einstellungen.
- Religionsfeindlichkeit und linksextreme Einstellungen korrelieren leicht positiv.

Politik:

- Positive Zusammenhänge mit linksextremen Einstellungen zeigen sich u. a. beim Engagement für Geflüchtete und für ein besseres Zusammenleben von Deutschen und Ausländer*innen, für Menschen in armen Ländern, für Umwelt- und Tierschutz sowie für soziale und politische Veränderung in Deutschland. Leicht negative Zusammenhänge weist das Engagement für die Pflege deutscher Kultur und Tradition auf.
- Politische Aktivitäten im Internet gehen leicht mit linksextremen Einstellungen einher.
- Studierende, die die Linke wählen würden, zeigen häufiger linksextreme Einstellungen.
- Interesse an Politik und politische Wirksamkeit stehen kaum in Zusammenhang mit linksextremen Einstellungen.

Ausgewählte Vulnerabilitätsfaktoren:

- Deutliche positive Zusammenhänge mit linksextremen Einstellungen nach *Operationalisierung A* zeigen sich für Anomie sowie einem düsteren Blick auf die Zukunft der Gesellschaft und auf die persönliche Zukunft. Einen etwas schwächeren positiven Zusammenhang zeigt politische Deprivation.
- Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen und Homophobie zeigen kaum Zusammenhänge mit linksextremen Einstellungen.
- Ein traditionelles Frauenbild geht bei Frauen mit weniger linksextremen Einstellungen einher.
- Zynische Einstellungen zur Rechtsordnung und Gewaltlegitimation korrelieren stark mit Linksextremismus.
- Vertrauen in die Polizei korreliert stark negativ mit linksextremen Einstellungen.

Tabelle Z2. Korrelationen zwischen extremistischen Einstellungen und ausgewählten Faktoren; N_{min} = 4.294

	Rechtsextremismus		**Linksextremismus**
	Operationalisierung A	Operationalisierung B	Operationalisierung A
Selbstwirksamkeit	.05**	.02	-.08***
Relative Deprivation	.15***	.09***	.07***
Politische Deprivation	.34***	.26***	.10***
Ambiguitätsintoleranz	.13***	.08***	.05**
Anomie	.16***	.10***	.14***
Zuversichtliche Zukunftssicht (persönlich)	-.09***	-.07***	-.15***
Zuversichtliche Zukunftssicht (Gesellschaft)	-.25***	-.20***	-.23***

Anmerkung: * p < .05, ** p < .01, *** p < .001

Im Rahmen des TV II sollte das Gefahrenpotenzial extremistischer Studierender identifiziert und Vulnerabilitätsfaktoren analysiert werden. Zusammenfassend wird deutlich, dass der Großteil der befragten Studierenden keine extremistischen Einstellungen aufweist.

Die Angaben zum politischen Engagement zeigen deutlich, dass die befragten Studierenden die legitimen Mittel des politischen oder sozialen Engagements deutlich häufiger wählen als die illegitimen Mittel.

Hinsichtlich der Analyse der Vulnerabilitätsfaktoren wurde deutlich, dass viele Zusammenhänge sehr schwach waren. Dies könnte zu der Annahme führen, dass andere Faktoren, die hier nicht berücksichtigt wurden, relevanter sind. Dies kann zwar nicht ausgeschlossen werden, es wird jedoch die These unterstützt, dass es sich bei einer Radikalisierung um das Zusammenspiel mehrerer Faktoren handelt, welche sich wiederum von Individuum zu Individuum unterscheiden können. Viele Vulnerabilitätsfaktoren werden demnach erst im Zusammenspiel mit anderen Faktoren relevant für Radikalisierungsprozesse. In einem nächsten Schritt müssen deshalb multivariate Modelle berechnet werden, um das komplexe Zusammenspiel verschiedener Risikofaktoren weiter untersuchen zu können. Darüber hinaus sollten in einer weiteren Analyse ausschließlich die risikobehafteten Personen

näher betrachtet werden, um insbesondere dort Zusammenhänge mit Risikofaktoren aufzudecken. Dies ist im Hinblick auf zukünftige Präventionsarbeit von hoher Bedeutung. Auch die kausale Beziehung zwischen den Faktoren, insbesondere im Zeitverlauf, kann anhand einzelner Korrelationen nicht geprüft werden. Dafür sind längsschnittliche Studien notwendig, die im Bereich der Radikalisierungsforschung geboten sind.

Bei der Operationalisierung extremistischer Einstellungen bestehen Schwierigkeiten und Uneinigkeiten. So plädiert das Forscher*innenteam für eine Grundlagenforschung, um die bisherigen Diskussionen zu Konzeptionen und Messinstrumenten kritisch zu prüfen und geeignete Instrumente zur Messung zu entwickeln. Dies scheint aufgrund der vielfachen Kritik an jüngsten Studien gegeben, damit vor allem auch durch die Verfassung geschützte Formen grundsätzlicher Gesellschaftskritik und Einstellungen nicht unter Extremismus gefasst und damit unter Generalverdacht gestellt werden.

9 Literaturverzeichnis

Agnew, R. (1991). The Interactive Effects of Peer Variables on Delinquency. *Criminology* (29), 47-72.

Albert, M., Hurrelmann, K., Quenzel, G. & TNS Infratest. (2015). *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch: 17. Shell Jugendstudie - Eine pragmatische Generation im Aufbruch* (Originalausgabe). Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley [u.a.].

Altemeyer, B. (1996). *The authoritarian specter*. Cambridge: Havard University Press.

Aslan, E., Erşan Akkılıç, E. & Hämmerle, M. (2018). *Islamistische Radikalisierung. Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieu* (Wiener Beiträge zur Islamforschung). Wiesbaden: Springer VS.

Awan, I. (2017). Cyber-Extremism. Isis and the Power of Social Media. *Society, 54* (2), 138-149.

Baier, D. (2017) Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11. & 12. Juni 2018 in Dresden. In H.-J. Kerner & M. Erich (Hrsg.), *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages.* Hannover.

Baier, D., Manzoni, P. & Bergmann, M. C. (2016). Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter — Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform / Journal of Criminology an Penal Reform, 99* (3), 171-198.

Baier, D. & Pfeiffer, C. (2011). *Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin* (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hrsg.) (KFN-Forschungsberichte Nr. 114), Hannover.

Baier, D. & Rabold, S. (2012). *Kinder- und Jugenddelinquenz im Bundesland Saarland* (KFN-Forschungsberichte Nr. 120). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Bargel, T. (2008). *Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007* (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hrsg.), Bonn, Berlin.

Bargel, T. & Simeaner, H. (2011). *Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden. Online-Erhebung im Rahmen des Studierendensurveys im Sommer 2010* (Universität Konstanz, Hrsg.) (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung Nr. 63).

Baron, P., Drücker, A. & Seng, S. (Hrsg.). (2018). *Das Extremismusmodell - Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit*. Düsseldorf.

Baur, N. & Florian, M. J. (2009). Stichprobenprobleme bei Online-Umfragen. In N. Jackob, H. Schoen & T. Zerback (Hrsg.), *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung* (Lehrbuch, 1. Aufl., S. 109-128). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Beelmann, A. (2019). Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. In E. Marks & C. Heinzelmann (Hrsg.), *Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag* (S. 181-209). Godesberg: Forum Verlag.

Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A. & Rammstedt, B. (2012a). *Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurskala (PEKS)* (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Hrsg.) (GESIS-Working papers Nr. 18), Köln.

Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A. & Rammstedt, B. (2012b). *Ein Messinstrument zur Erfassung subjektiver Kompetenzerwartung. Allgemeine Selbstwirsamkeit Kurzskala (ASKU)* (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Hrsg.) (GESIS-Working papers Nr. 17), Köln.

Beller, J. & Kröger, C. (2017). Religiosity, religious fundamentalism, and perceived threat as predictors of Muslim support for extremist violence. *Psychology of Religion and Spirituality*.

Benslama, F. (2017). *Der Übermuslim. Was junge Menschen zur Radikalisierung treibt* (1. Auflage). Berlin: Matthes & Seitz.

Bergmann, M. C., Baier, D., Rehbein, F. & Mößle, T. (2017). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015* (KFN-Forschungsberichte Nr. 131). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Bergmann, M. C., Kliem, S., Krieg, Y. & Beckmann, L. (2019). *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017* (KFN-Forschungsberichte Nr. 144). Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

Böckler, N. & Zick, A. (2015). Wie gestalten sich Radikalisierungprozesse im Vorfeld jihadistisch-terroristischer Gewalt? Perspektiven aus der Forschung. In D. Molthagen (Hrsg.), *Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Bögelein, N., Meier, J. & Neubacher, F. (2017). Modelle von Radikaliserungsverläufen - Einflussfaktoren auf Mikro-, Meso- und Makroebene. *Neue Kriminalpolitik, 29* (4), 353-491.

Borum, R. (2011a). Radicalization into violent extremism I. A review of social science theories. *Journal of Strategic Security, 4* (4), 7.

Borum, R. (2011b). Radicalization into Violent Extremism II: A Review of Conceptual Models and Empirical Research. *Journal of Strategic Security, 4* (4), 37-62.

Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2007). *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt.* Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen (Universität Hamburg und Bundesministerium des Innern, Hrsg.).

Breyer, B. (2015). *Left-Right Self-Placement (ALLBUS). Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen.* Zugriff am 29.04.2020. Verfügbar unter https://zis.gesis.org/pdfFiles/Dokumentation/Breyer_Left-Right_Self-Placement_c.pdf

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.). (2020). *Verfassungsschutzbericht 2019*.

Cohen, D. & Nisbett, R. E. (1996). Insult, Aggression, and The Southern Culture of Honor: An "Experimental Ethnography". *Journal of Personality and Social Psychology, 70* (5), 945-960.

Dantschke, C. (2014). "Lasst Euch nicht radikalisieren!" - Salafismus in Deutschland. In T. G. Schneiders (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung* (S. 171-186). Bielefeld: Transcript-Verlag.

Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B. & Brähler, E. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* (S. 65-116). Gießen: Psychosozial-Verlag.

Deutsches Jugendinstitut. (2003). *Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Fragebogen-DJI-Jugendsurvey 2003* (Deutsches Jugendinstitut & Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Hrsg.).

Deutz-Schroeder, M. & Schroeder, K. (2016). *Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 23). Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften.

Dzhekova, R., Mancheva, M., Stoynova, N. & Anagnostou, D. (2017). *Monitoring Radicalisation: A Framework for Risk Indicators*. Sofia: Center for the Study of Democracy.

Dziri, B. & Kiefer, M. (2018). „Baqiyya im Lego-Islam“. Anmerkungen zu den Whatsapp-Protokollen der „Ansaar Al Khilafat Al Islamiyya“ aus einer islamwissenschaftlichen Perspektive. In M. Kiefer, J. Hüttermann, B. Dziri, R. Ceylan, V. Roth, F. Srowig et al. (Hrsg.), *"Lasset uns in sha´a Allah ein Plan machen". Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe* (S. 23-58). Wiesbaden: Springer VS.

Eilers, F., Gruber, F. & Kemmesies, U. (2015). *Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewalt (PüG). Modul II - Literaturanalyse* (Bundeskriminalamt, Hrsg.).

Enzmann, D., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2004). Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Prüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migranten. In D. Oberwittler & S. Karstedt (Hrsg.), *Soziologie der Kriminalität* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderhefte, Bd. 43, S. 264-287). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Frenkel-Brunswik, E. (1949). Intolerance of ambiguity as an emotional perceptual Variable. *Journal of Personality, 18,* 108-143.

Frenkel-Brunswik, E. (1951). Personality theory and perception. In R. R. Blake & G. V. Ramsey (Hrsg.), *Perception: An Approach to Personality.* New York: Ronald Press.

Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2011). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Innern.

Fuhrmann, M. (2017). *Keine Klarheit über "Linksextremismus"*. Verfügbar unter https://www.freitag.de/autoren/maxf/keine-klarheit-ueber-linksextremismus

Gmeiner, J. & Micus, M. (2018). Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-) Autonomen. *Demokratie-Dialog* (02), 29-35.

Goede, L.-R. (2019). Islamistische Einstellungen und Verhaltensweisen unter muslimischen Jugendlichen. Ergebnisse einer deutschlandweiten Jugendstudie. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31* (3), 204-213.

Goede, L.-R., Schröder, C. P. & Lehmann, L. (2020). *Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“* (KFN, Hrsg.) (KFN-Forschungsberichte Nr. 151), Hannover.

Goertz, S. & Goertz-Neumann, M. (2018). *Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung* (Grundlagen - die Schriftenreihe der "Kriminalistik"). Heidelberg: Kriminalistik.

Gümüs, A., Gömleksiz, M., Glöckner-Rist, A. & Balke, D. (2014). *Anomie. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen*.

Hall, D. L., Matz, D. C. & Wood, W. (2010). Why don't we practice what we preach? A meta-analytic review of religious racism. *Personality and social psychology review, 14* (1), 126-139.

Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2002). *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, W., Müller, J. & Schröder, H. (1997). *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Heyder, A. & Gaßner, A. (2012). Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen – Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 41* (3), 277-298. Verfügbar unter https://webapp.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/view/1435/1123

Heyder, A., Küpper, B. & Zick, A. (2005). *Dokumentation der Entwicklung und Überprüfung von Kurzskalen: Homophobie, Behinderten- und Obdachlosenabwertung* (GMF-Arbeitsbericht 2005/01), Bielefeld.

Hirschi, T. (1969). Causes of Delinquency. *Berkeley, CA: University of California*.

Hohnstein, S. & Glaser, M. (2017). Wie tragen digitale Medien zu politischweltanschaulichem Extremismus im Jugendalter bei und was kann pädagogische Arbeit dagegen tun? Ein Überblick über Forschungsstand, präventive und intervenierende Praxis im Themenfeld. In S. Hohnstein & M. Herding (Hrsg.), *Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis* (S. 243-281). Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut e. V.

Hunsberger, B. & Jackson, L. M. (2005). Religion, Meaning, and Prejudice. *Journal of Social Issues, 61* (4), 807-826.

Inan, A. (2017). Jugendliche als Zielgruppe salafistischer Internetaktivitäten. In A. Toprak & G. Weitzel (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven* (S. 103-117). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

International Association of Chiefs of Police. (2014). *Homegrown Violent Extremism. Awareness Brief* (Office of Community Oriented Policing Services, Hrsg.), Washington, DC.

Ipsen, F., Wörner-Schappert, M. & Eisentraut, S. (2017). Rechtsextreme Medienstrategien. Inszenierung von Radikalität im Social Web und ihre Attraktivität für Jugendliche. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. In S. Hohnstein & M. Herding (Hrsg.), *Digitale Medien und politisch-*

weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis (S. 17-38). Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut e. V.

Johnson, M. K., Rowatt, W. C. & LaBouff, J. (2010). Priming Christian Religious Concepts Increases Racial Prejudice. *Social Psychological and Personality Science, 1* (2), 119-126.

Karstedt, S. & Farrall, S. (2006). The Moral Economy of Everyday Crime: Markets, Consumers and Citizens. *British Journal of Criminology, 46* (6), 1011-1036.

Kepel, G. (2002). *Jihad: The trail of political Islam*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Kiefer, M., Hüttermann, J., Dziri, B., Ceylan, R., Roth, V., Srowig, F. et al. (Hrsg.). (2018). *"Lasset uns in sha´a Allah ein Plan machen". Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe*. Wiesbaden: Springer VS.

Klein, C., Zwingmann, C. & Jeserich, F. (2017). Religiöser Fundamentalismus. Merkmale, Konzepte, Messsinstrumente und Korrelate. In C. Zwingmann, C. Klein & F. Jeserich (Hrsg.), *Religiosität: Die dunkle Seite: Beiträge zur empirischen Religionsforschung* (S. 139-166). Waxmann Verlag GmbH.

Knopke, K., Krüger, L. & Siri, J. (2017). *Vereinzelt, konfliktscheu, weltoffen? Studierende und Politik*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Akademie.

Koopmans, R. (2015). Religiöser Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. In J. Rössel & J. Roose (Hrsg.), *Empirische Kultursoziologie* (S. 455-490). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Kruglanski, A. W., Atash, M. N., Grada, E., Mannetti, L. & Pierro, A. (2013). *Need for Closure Scale (NFC). Measurement Instrument Database for the Social Science*. Verfügbar unter www.midss.ie

Kuckartz, U., Ebert, T., Rädiker, S. & Stefer, C. (2009). *Evaluation online. Internetgestützte Befragung in der Praxis* (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91317-9

Küpper, B., Häusler, A. & Zick, A. (2016). Die Neue Rechte und die Verbreitung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 143-166). Bonn: Dietz-Verlag.

Küpper, B., Krause, D. & Zick, A. (2019). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2002-2018/19. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 117-146). Bonn: Dietz-Verlag.

Küpper, B. & Zick, A. (2017). Religion und Menschenfeindlichkeit. In C. Zwingmann, C. Klein & F. Jeserich (Hrsg.), *Religiosität: Die dunkle Seite: Beiträge zur empirischen Religionsforschung* (S. 117-138). Waxmann Verlag GmbH.

Lamnek, S. (2013). *Theorien abweichenden Verhaltens I - "Klassische Ansätze". Eine Einführung für Soziologen, Psychologen, Juristen, Journalisten und Sozialarbeiter* (UTB Soziologie, Bd. 740, 9., durchges. Aufl.). Paderborn: Fink.

Lehmann, L. & Jukschat, N. (2019). "Linksextremismus" ein problematisches Konzept für die Präventionsarbeit. Perspektiven verschiedener Praxis-Akteure. *SIAK Journal* (4).

Leiner, D. J. (2016). *Too Fast, too Straight, too Weird: Post-hoc Identification of Meaningless Data in Internet Surveys. Working Paper*.

Lind, G. (1987). Soziale Aspekte des Lernens: Ambiguitäts-Toleranz. In B. Dippelhofer-Stiem & G. Lind (Hrsg.), *Studentisches Lernen im Kulturvergleich. Ergebnisse einer international vergleichenden Längsschnittstudie zur Hochschulsozialisation* (Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 83, S. 24-43). Weinheim: Dt. Studien-Verl.

Malthaner, S. (2017). Radicalization. The Evolution of an Analytic Paradigm. *European Journal of Sociology, 58* (3), 369-401.

Manzoni, P., Baier, D., Kamenowksi, M., Isenhardt, A., Haymoz, S. & Jacot, C. (2019). *Einflussfaktoren extremistischer Einstellungen unter Jugendlichen in der Schweiz* (Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften & Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Haute École de Travail Social Fribourg, Hrsg.).

Maurer, M. & Jandura, O. (2009). Masse statt Klasse? Einige kritische Anmerkungen zu Repräsentativität und Validität von Online-Befragungen. In N. Jackob, H. Schoen & T. Zerback (Hrsg.), *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung* (Lehrbuch, 1. Aufl., S. 61-74). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

McCauley, C. & Moskalenko, S. (2008). Mechanisms of Political Radicalization. Pathways Toward Terrorism. *Terrorism and Political Violence, 20* (3), 415-433.

Merton, R. K. (1938). Social Structure and Anomie. *American Sociological Review, 3* (5), 672.

Merton, R. K. (1968). Sozialstruktur und Anomie. In F. Sack & R. König (Hrsg.), *Kriminalsoziologie* (S. 283-313). Frankfurt am Main: Akademische Verlagsgesellschaft.

Meyer, T. (2011). *Was ist Fundamentalismus? Eine Einführung* (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.

Moghaddam, F. M. (2005). The staircase to terrorism: a psychological exploration. *The American psychologist, 60* (2), 161-169.

Morris-Lange, S. (2017). *Allein durch den Hochschuldschungel. Hürden zum Studienerfolg für internationale Studierende und Studierende mit Migrationshintergrund* (Forschungsbereich beim sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH, Hrsg.), Berlin.

Multrus, F., Majer, S., Bargel, T., Simeaner, H. & Lang, D. (2017). *Studiensituation und studentische Orientierung. Zusammenfassung zum 13. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen* (Bundesministerium für Bildung und Forschung & Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung, Hrsg.), Berlin. Zugriff am 29.04.2020. Verfügbar unter https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Studierendensurvey_Ausgabe_13_Zusammenfassung.pdf

Neu, V. (2009). *Rechts-und Linksextremismus in Deutschland: Wahlverhalten und Einstellungen*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Neu, V. (2012). *Linksextremismus in Deutschland. Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche: Auswertung einer qualitativen explorativen Studie* (Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V). Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Neumann, P. R., Winter, C., Meleagrou-Hitchens, A., Ranstorp, M. & Vidino, L. (2018). *Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung. PRIF Report 10* (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Hrsg.) (Report-Reihe Gesellschaft Extrem Nr. 10), Frankfurt am Main.

Niedermayer, O. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (Studienbücher Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden. Verfügbar unter http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-80815-8

Niedermayer, O. (2009). Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In S. Kühnel, O. Niedermayer & B. Westle (Hrsg.), *Wähler in Deutschland. Sozialer Wandel, Gender und Wahlverhalten* (S. 80-134). Wiesbaden.

Nivette, A., Eisner, M., Malti, T. & Ribeaud, D. (2015). The Social and Developmental Antecedents of Legal Cynicism. *Journal of Research in Crime and Delinquency, 52* (2), 270-298.

Nivette, A., Eisner, M. & Ribeaud, D. (2017). Developmental Predictors of Violent Extremist Attitudes. A Test of General Strain Theory. *Journal of Research in Crime and Delinquency, 54* (6), 755-790.

Paul Williamson, W., Hood, R. W., Ahmad, A., Sadiq, M. & Hill, P. C. (2010). The Intratextual Fundamentalism Scale: cross-cultural application, validity evidence, and relationship with religious orientation and the Big 5 factor markers. *Mental Health, Religion & Culture, 13* (7-8), 721-747.

Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. *Annu. Rev. Psychol.* (49), 65-85.

Pfahl-Traughber, A. (2014). Der Islamismus ist kein grüner Faschismus, sondern ein religiöser Extremismus. Eine kritische Prüfung einschlägiger Kriterien anlässlich einer öffentlichen Debatte. In T. G. Schneiders (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung* (S. 149-167). Bielefeld: Transcript-Verlag.

Pisoiu, D. (2013). Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen. *Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur* (1), 41-87.

Pollack, D., Müller, O., Rosta, G. & Dieler, A. (2016). *Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters "Religion und Politik" der Universität Münster*. : Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

Porst, R. (2014). *Fragebogen. Ein Arbeitsbuch* (4., erw. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.

Prisching, M. (2005). Fundamentalismus aus Sicht der Sozialwissenschaften. In K. Salanum (Hrsg.), *Fundamentalismus "interdisziplinär"* (S. 243-294). Wien: LIT Verlag.

Ramm, M., Multrus, F., Bargel, T. & Schmidt, M. (2014). *Studiensituation und studentische Orientierung. 12. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen* (Bundesministerium für Bildung und Forschung & Referat 415: Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung, Hrsg.).

Ribeaud, D., Eisner, M. & Nivette, A. (2017). *Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden? Forschungsmemo* (Universität Zürich, Jacobs Center for Productive Youth, Hrsg.).

Riedl, J. & Micus, M. (2017). Der blinde Fleck des Extremismus (-Begriffes). Überlegungen zu einer möglichen Alternative. *Demokratie-Dialog* (01/2017), 16-22.

Rippl, S. & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57* (4), 644-666.

Sageman, M. (2004). *Understanding Terror Networks*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Sampson, R. J. & Bartusch, D. J. (1998). Legal Cynicism and (Subcultural?) Tolerance of Deviance: The Neighborhood Context of Racial Differences. *Law & Society Review, 32* (4), 777-804.

Schmitt, M., Maes, J. & Gollwitzer, M. (2003). Längsschnittliche Effekte relativer Deprivation und relativer Privilegierung auf Fremdenfeindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland. In E. H. Witte (Hrsg.), *Sozialpsychologie politischer Prozesse. Beiträge des 18. Hamburger Symposions zur Methodologie der Sozialpsychologie* (S. 58-84). Lengerich: Pabst.

Schnabel, A. & Schützeichel, R. (2016). Hochschulen, Studierende und Religion - soziologische Analysen zu aktuellen Entwicklungen. *Zeitschrift für Beratung und Studium (ZBS), 11* (3), 82-85.

Schneiders, T. G. (2017). Historisch-theologische Hintergründe des Salafismus. In A. Toprak & G. Weitzel (Hrsg.), *Salafismus in Deutschland. Jugendkulturelle Aspekte, pädagogische Perspektiven* (S. 3-25). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schnell, R. (1991). Wer ist das Volk? Zur faktischen Grundgesamtheit bei "allgemeinen Bevölkerungsumfragen": Undercoverage, Schwererreichbare und Nichtbefragbare. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43,* 106-137.

Schroeder, K. & Deutz-Schroeder, M. (2015). *Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 22, 1st, New ed.). Frankfurt a.M: Peter Lang; Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften.

Sedgwick, M. (2010). The Concept of Radicalization as a Source of Confusion. *Terrorism and Political Violence, 22* (4), 479-494.

Silber, M. D. & Bhatt, A. (2007). *Radicalization in the West: The homegrown threat:* Police Department New York.

Struck, J. (2019). Digitale Vorwärtspanik. Situative Dynamiken von gewalthaltigen Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf digitalen Netzwerkplattformen. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform / Journal of Criminology an Penal Reform, 102* (01), 54-64.

Struck, J., Kraus, B. & Görgen, T. (2017). „Ladet endlich die Gewehre durch, oder müssen wir alles selber machen, ich bin dabei“. *Neue Kriminalpolitik, 29* (4), 398-407.

Van Hüllen, R. (2013). Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter Jugendlichen – eine qualitative Studie. In R. Schultens & M. Glaser (Hrsg.), *"Linke" Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen* (S. 96-114). Halle, Saale: Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt; Dt. Jugendienst. e.V. Außenstelle Halle Abt. Jugend und Jugendhilfe.

Veldhuis, T. & Staun, J. (2009). *Islamist radicalisation. A root cause model* (Clingendael Security Paper, no. 12). Den Haag: Netherlands Institute of International Relations Clingendael.

Weßels, B. (2018) Politische Integration und politisches Engagement. In Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb), Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Das Sozio-Oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (Hrsg.), *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (16. Aufl.) (S. 350-357). Bonn.

Wiktorowicz, Q. (2005). *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West*. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield Publishers.

Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 53-116). Bonn: Dietz-Verlag.

Zick, A., Krause, D., Berghan, W. & Küpper, B. (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 33-82). Bonn: Dietz-Verlag.

Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). Zerreißproben und Normalitätsverluste der Gesellschaft - eine Hinführung zur Mitte-Studie. In A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 15-38). Bonn: Dietz-Verlag.